

# WISO



Unabhängige Wochenzeitung für Politik,  
Wirtschaft und Kultur

#38 65. Jahrgang 21. September 2018



5 453000 174663



4,00€

## Von souverän bis süffisant

Etienne Schneider erfand die blau-rot-grüne Koalition, führte sie ins Referendumsdebakel und feierte sein Comeback mit Spezialeffekten

## Alternativlos

Gratis-Kinderbetreuung, weniger Bürokratie, mehr Lehrer – bloß keine Strukturreformen mehr. So lauten die Wahlversprechen im Bildungsbereich

## Le « modernisateur » bleu dans le Sud rouge

Durant un mois, le candidat Xavier Bettel et ses équipes sillonnent le pays sous le titre *De Premier bei lech*

Photo: Sven Becker

Etienne Schneider erfand die blau-rot-grüne Koalition, führte sie ins Referendumsdebakel und feierte sein Comeback mit Spezialeffekten

# S wie Schneider: von souverän bis süffisant

Michèle Sinner

**Immer pragmatisch bleiben** Dass Etienne Schneider strategisch denken kann, demonstrierte er schon vor den vorgezogenen Kammerwahlen 2013. Als Wirtschaftsminister machte er zusammen mit den Grünen und der DP Kampagne für den Wechsel, so als ob er selbst gar nicht Mitglied der gestürzten Regierung gewesen wäre. Als frisches Gesicht der LSAP präsentierte er sich, um die Fenster aufzureißen und zu lüften. Damals (wie heute) trat er mit dem erklärten Ziel an, Premier zu werden – eigentlich eine Selbstverständlichkeit für Spitzenkandidaten bei Parlamentswahlen. Doch im Marienland kam es damals (wie heute) vielen als Affront vor, als an-

maßend und sicherer Hinweis auf ein übergroßes Ego, dass sich jemand nicht von vornherein mit der Rolle des CSV-Juniorpartners zufriedengeben würde. Schneider überraschte am Wahlabend, indem er bewies, dass er nicht nur schnell rechnen, sondern falls notwendig, seinen persönlichen Machtanspruch hinter den politischen zurückstellen konnte. Indem er Xavier Bettel (DP) anbot, Premier zu werden, machte er die erste Regierung ohne CSV-Beteiligung seit den Siebzigern möglich.

**Bauchredner** Die Regierung Bettel-Schneider-Braz legte öffentlich viel Wert darauf zu de-

monstrieren, wie kollegial sie zusammenarbeite. Dabei war von vornherein klar, dass Schneider Bettel zwar den Titel des Chefs, nicht aber die Chefrolle überlassen hatte. Bei den Regierungsbriefings, die nun Live im Internet übertragen wurden, konnte jeder sehen, dass Schneider Bettels Bauchredner war, wenn er ihm die richtigen Antworten auf Journalistenfragen ins Ohr flüsterte. Die Rolle des Impulsgebers, beziehungsweise des Strippenziehers, fiel ihm schon allein deshalb zu, weil er in der vorderen Regierungsserie eindeutig der schlagfertigste, derjenige mit dem schnellsten Prozessor im Kopf war – im Parlament sollte sein Problem in den Folgejahren eher sein, dass nach Jean-Claude Junckers (CSV) Wechsel zur EU-Kommission niemand auf der Oppositionsbank eine Vorlage liefern konnte, um ihn mit einer Replik glänzen zu lassen. Zum neuen Alphonse machte ihn aber auch der Umstand, dass im Trio Bettel-Schneider-Braz Schneider der einzige war, der die Gebrauchsanweisung zum Regieren gelesen hatte. Während die Kollegen erst einmal im Oppositionsmodus blieben, wusste er, was konkret zu machen war, um eigene Pläne umzusetzen.

**Festung am Boulevard Royal** Dadurch und weil der große Druck von außen die Koalition mit ihrer knappen Mehrheit zusammenschweißte, hatte Schneider viel Freiheit, zu schalten und zu walten, wie er wollte. In seine Festung am Boulevard Royal holte er nicht nur seine private Freundin Francine Closenier (LSAP) als Staatssekretärin. Auch sonst setzte er in einem Maße auf persönliche Vertrauensleute, dass manchem Wähler für den Wechsel bald dümmerte, ohne CSV sei auch nicht alles besser. Er holte Closeniers alte Schulfreundin, die sehr effiziente Beamtin Sacha Baillie, ins Ministerium (die nun in Schneiders Auftrag Luxinnovation aufräumen soll). Er machte seinen ehemaligen SEO-Kollegen und persönlichen Freund, Claude Strasser, zum Post-Direktor. Aber anders als seine DP-Regierungskollegen verzichtete er auf eine öffentliche Jagd auf „CSV-Beamte“. Stattdessen bot er dem Beamten, der tatsächlich für die CSV kandidiert und sich deshalb unrechtmäßigen Zugang zu Adresslisten verschafft hatte, eine Stelle in einer anderen Abteilung an. Wo nötig, leitete er ohne viele Emotionen Disziplinar-Verfahren ein.

Schneider hatte sich bei den Koalitionsverhandlungen ein Riesensportfolio gesichert – ganz war die Luft aus seinem Ego doch nicht raus: neben der Wirtschaft, dem fortan darin integrierten Mittelstandsministerium zusätzlich die innere Sicherheit mit der Polizei und die Verteidigung. Mit seiner Staatssekretärin, mit der er anfangs alles zusammen machen wollte, fand er doch relativ schnell eine andere Arbeitsteilung. Sie erledigte den Kleinkram, auf den er keine Lust hatte: Na-

tion Branding, Messeeröffnungen, Tourismus und kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

**Flockig in den Untergang** Dennoch hatte sich Schneider ein bisschen viel vorgenommen und das Regieren ging ihm ein bisschen zu leicht von Hand. Im April 2015 redete er sich bei einer Podiumsdebatte flockig in den Untergang, als sich offenbarte, dass er die Fragestellung zum Ausländerwahlrecht in dem von ihm mitbetriebenen Referendum nicht kannte. Auf betretenes Schweigen folgte die Niederlage und dann wieder sehr langes, betretenes Schweigen. Mit der Referendumsniederlage und der Suche nach den Ursachen ging die Eintracht in der Koalition flöten. Schneider erkannte, dass die DP-Truppe riskierte, seine schöne Koalition zu ruinieren, wenn er sie gewähren ließ. Er demütigte den Koalitionspartner öffentlich, indem er nicht nur das Abhalten des Referendums einen Fehler nannte, sondern auch das von ihm geforderte Sparpaket. Fehler, die er nicht „so blöd“ sei, noch einmal zu wiederholen. Zwar wiegelten nachher alle ab, er habe das nicht ganz so gemeint. Aber seine Botschaft war angekommen. Dann verschwand er aus der Öffentlichkeit, monatelang stand die Politik still.

**Shock and awe** Hinter halbverschlossenen Türen erklärte er der DP, die CSV würde nur zu gern das Geld ausgeben, das DP, LSAP und Grüne nun sparen wollten, und schuf die Grundlage für die Steuerreform, mit der die Wählergunst wieder zurückgewonnen werden sollte. Als er dann zurück auf die politische Bühne kam, tat er es mit einem großen Knall und viel Spezialeffekten: Luxemburg werde in den Asteroidenbergbau einsteigen. Sein Vorhaben war dermaßen hanebüchen, extravagant und so unverschämte unbescheiden, dass es damit nicht nur gelang, über die Referendumsblamage hinwegzutäuschen, sondern Luxemburg endlich wieder positive Schlagzeilen in der internationalen Medienlandschaft zu verschaffen. Als er danach den US-Futurologen Jeremy Rifkin engagierte, um die dritte industrielle Revolution im Lande anzukurbeln, schien dies im Vergleich gar nicht mehr skandalös und es erlaubte ihm ganz nebenbei, den Grünen mit ihrem Zukunftstisch auf ihren Themen das Wasser abzugraben. Ganz ohne Widerstand verlief die Übung nicht, die darauf hinaus laufen sollte, dem Wahlvolk trotz Steuerreform doch noch ein bisschen Bescheidenheit und das Teilen beizubringen, weil er die Gewerkschaften außen vor ließ. Dennoch lief es für Schneider wieder ziemlich rund.

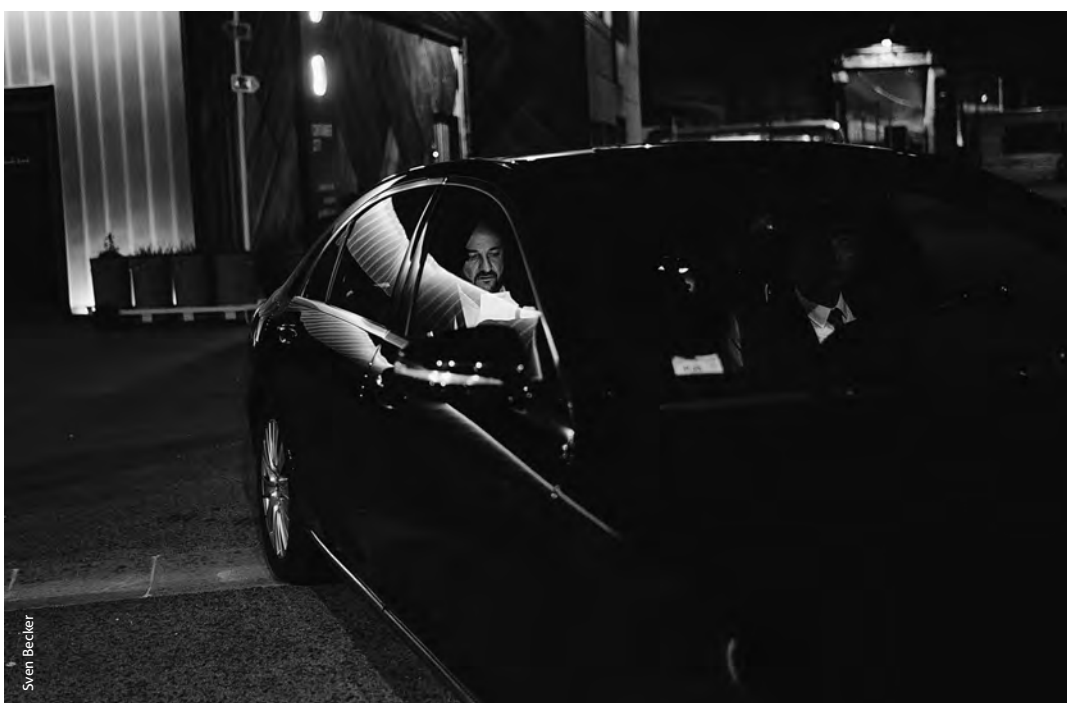
Weil die Nato-Mitgliedschaft zum luxemburger Konsens gehört, rüstete der sozialistische Verteidigungsminister ordentlich auf. In Personalunion mit dem Wirtschaftsminister bestellte er Militärsatelliten, um die Bündnispartner vom

Luxemburger Engagement zu überzeugen und schuf nebenbei positive „Rückföhreffekte“ für die luxemburger Satellitenbranche. Als Polizeiminister schlug ihm zwar Gewerkschaftsprotest wegen seiner Polizeireform entgegen. Doch als guter Manager sourcte er das Problem weitestgehend an externe Berater aus. Ob es daran lag, dass die Truppe in der Bevölkerung wenig Ansehen genießt und es manchem Wähler etwas ungerecht erschien, dass Polizeibeamte, die sie mit Alkoholkontrollen und Knöllchen gängeln, zu allem Überfluss auch noch in Dienstwohnungen für 200 Euro monatlich wohnen durften – auch dagegen gab es kaum Widerstand.

**Dicke Hose** So profilierte sich Schneider trotz seines großen Regierungsportfolios hauptsächlich als Wirtschaftsminister. Für seinen Hauptkundenkreis, die Arbeitgeberverbände und -kammern erwies er sich der sehr liberale sozialistische Minister, der, anders als andere LSAP-Kollegen, nicht durch die Gewerkschaftsschule des OGBL ging und privat am liebsten Rolls Royce fährt, als unberechenbarer Hausherr. Dass er der starke Mann in der Regierung war, wollten die Arbeitgeber nicht wahrhaben, die mit ihrer Lobby-Arbeit geholfen hatten, die DP mit dem Versprechen der „Desindexierung der gesamten Wirtschaft“ in die Regierung zu hieven. Sie unterschätzten seinen Einfluss innerhalb der Regierung deshalb fatal.

Schneider, der studierte Ökonom, hatte eins und eins zusammengezählt. Die Vorhersagen für eine niedrige Inflation, beziehungsweise die Deflationswarnungen erlaubten ihm ohne großes Risiko, die Index-Modulierung zu beenden und damit seine Wähler zufriedenzustellen. Als Fedil-Präsident Robert Dennewald die Machtprobe mit einem Kettenbrief an Xavier Bettel und Etienne Schneider suchte, aber nur 35 Patrons tatsächlich zu Papier und Stift griffen, mussten die Arbeitgeber mit ihrer Forderung, den Index

**Zum Alphonse machte ihn aber auch der Umstand, dass im Trio Bettel-Schneider-Braz Schneider der einzige war, der die Gebrauchsanweisung zum Regieren gelesen hatte**



Etienne Schneider während der Wahlkampagne 2013 und beim Neujahrsempfang der LSAP 2018



Etienne Schneider als Verteidigungsminister bei der Militärübung First Wolf und mit Xavier Bettel und US-Präsident Donald Trump beim Nato-Gipfel, mit seinem Mann Jérôme Domange bei der Staatsvisite in Frankreich und mit Maggy Nagel (links) beim ersten Spatenstich für die Weltausstellung in Dubai 2020

abzuschaffen, endgültig klein beigegeben. In ihrem Antwortschreiben an Dennewald wiesen Bettel und Schneider genüsslich auf die öffentlichen Gelder hin, die seine Unternehmensgruppe bezogen hatte. In ein paar kurzen Sätzen machte der homosexuelle Wirtschaftsminister dem Arbeitgebermilieu, in dem verächtliche Schwulenzitate nicht ausblieben, klar, dass er der bessere Macho sei. Fortan kündigte Schneider Index-Tranchen (auch mal vorschnell) via Twitter an. Seither blieb die Inflation niedrig, die Arbeitgeberverbände haben ihr Führungspersonal in großen Teilen ausgewechselt, und da sie Fachkräfte mit guten Löhnen locken müssen, ist der Index 2018 bisher kein Wahlkampfthema.

**Arnaque** Die Index-Episode hätte den Arbeitgebern eine Lehre sein müssen, dass mit Schneider nicht gut Kirschen essen ist. 2016 zögerte er nicht, sie und seinen Parteikollegen und Arbeitsminister Nicolas Schmit bloßzustellen. Während sie monatelang mühsam um eine Lösung im Streit um die Arbeitszeitorganisation verhandelt hatten, einigte sich Schneider mit dem OGBL und ließ Bettel die Botschaft in seiner Rede zur Lage der Nation verkünden. Dass eine Regierung eine politische Entscheidung zu Gunsten der Arbeitnehmer und zu ihren Ungunsten treffen könnte, waren die Arbeitgeber nach Jahren der allgemeinen Einschöpfung auf die Wettbewerbsfähigkeit nicht gewohnt. Schneider schockte sie dermaßen, dass sie öffentlich Amok liefen.

**Zuckerbrot und Peitsche** Weil ihm das als Sozialist zugute kam, suchte er immer wieder die öffentliche Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern. Er, der anders als viele seiner Regierungskollegen, weiß, wie er Journalisten mit einem kleinen Scoop bei Laune hält, kündigte im *Land* an, er wolle Handels- und Handwerkskammer fusionieren. In den Berufskammern, auf diesen Coup unvorbereitet, ging es danach zu, wie in einem Stall voll

aufgeschreckter Hühner. Was Schneider Gelegenheit gab, anschaulich vorzuführen, dass die Arbeitgeber immer Bürokratieabbau von der Regierung verlangten, während sie selbst ihre „Posten und Pöstchen“ verteidigten. So demonstrierte er ihnen immer wieder seine Überlegenheit und zeigte den Patrons, wer der eigentliche Chef ist.

Das erlaubte ihm, auf der anderen Seite großzügig zu sein, und sein Programm zur Wirtschaftsdiversifizierung durchzuziehen. Er reformierte die Beihilfensysteme, pumpte darüber ordentlich Geld in die Wirtschaft. Auch er gründete oder reaktivierte Hohe Komitees zur Beratschlagung mit den Arbeitgebern, die nicht transparenter sind als das von Luc Frieden (CSV) als Finanzminister erfundene Komitee für die Finanzbranche, und bei deren Sitzungen die Gewerkschaften außen vorblieben. Er reiste ebenso wie sein Amtsvorgänger auf ihren Promotionsreisen mit und war, wie Jeannot Krecké vor ihm, nicht besonders wählerisch was das Reiseziel betrifft. So scheute er sich nicht, zu Werbezwecken an der Weltausstellung im wenig demokratischen Kasachstan teilzunehmen und sich dabei von zwielichtigen Geschäftsmännern sponsern zu lassen, denen in Belgien vorgeworfen wurde, sich die Staatsbürgerschaft erschlichen und allerlei andere Betrügereien begangen zu haben.

**Geld her!** Schneider putzte Klinken amerikanischer CEOs, statt europäische Amtskollegen zu empfangen, und trat in Europafragen kaum in Erscheinung. Er stellte nie in Frage, ob die europäischen Stabilitäts- und Konvergenzregeln eine sozialistische Politik überhaupt noch zulassen. Diesen Rahmen hat er einfach akzeptiert. Nur einmal kurz muckte er auf Europa-Ebene auf, als er zusammen mit dem französischen Amtskollegen Arnaud Montebourg Front gegen den Stahlmagnaten Lakshmi Mittal machte. Die Solidarität währte nur kurz, dann besann sich Schneider darauf, dass als Wirtschaftsminister jeder seinen

eigenen *Biftek* zu verteidigen habe. Er begann, sich für Strafzölle auf Dumping-Stahl in die EU einzusetzen. Und in einem „Package-Immobilien-Deal“ einigte er sich mit Arcelor-Mittal darauf, der Firmensitz werde in Luxemburg bleiben. Dafür nötigte Schneiders Regierung nicht nur die Sparkasse dazu, der Arbed ihren verwaisten Prachtbau an der Avenue de la Liberté abzukaufen – der Gesichtsausdruck von Sparkassendirektor Jean-Claude Fink bei der Unterschriftenzeremonie ließ wenig Zweifel daran, dass er seine Unterschrift aufs Papier setzte, weil ihm symbolisch jemand die Pistole an der Schläfe hielt. Und schließlich nötigte der Wirtschaftsminister auch die Förderbank SNCI dazu, bei der Kapitalerhöhung von Arcelor-Mittal mitzumachen.

Indem er die Reserven der öffentlichen Banken mobilisierte, konnte Schneider nationale Unternehmen stützen und Wirtschaftsförderung betreiben, ohne den öffentlichen Haushalt zu belasten. Ein intelligenter Schachzug, aber angesichts der Verpflichtung der Banken, ihre Risiken zu streuen und ihr Geld gewinnbringend anzulegen, ein etwas zu pragmatischer Übergriff auf ihre Unabhängigkeit. Doch so gelang es dem Sozialisten, der die Liberalisierungspolitik der EU nicht in Frage stellte, sondern sie früher als zuständiger Beamter für die Energiefragen verwaltete, den größten Energieversorger quasi zu verstaatlichen. Nur um kürzlich einen chinesischen Konzern im Aktionariat von Encevo zuzulassen, während andere europäische Länder überlegen, wie sie strategische Industrien vor solchen Beteiligungen schützen können.

**Joghurt, Joghurt, Joghurt** Schneider gelang, was seinem Vorgänger nach der Wirtschaftskrise unmöglich erschien: Er konnte als Wirtschaftsminister wieder Millionen-, ja zusammengezehlt Milliardeninvestitionen in die Industrie bekanntgeben sowie die Schaffung hunderter neuer Arbeitsplätze. Mit der Bekanntgabe von neu-

## Schneider schockte die Arbeitgeber mit der Entscheidung zur Arbeitszeitorganisation dermaßen, dass sie öffentlich Amok liefen

en Projekten machte Schneider dermaßen gute Schlagzeilen, dass es seinen Koalitionskollegen, von denen mittlerweile auch einige die Gebrauchsanweisung gelesen hatten, unheimlich wurde. So eröffneten Umweltministerin Carole Dieschbourg (déi Gréng) und Etienne Schneider frühzeitig den Industrie- und Wachstumswahlkampf, indem sie um Joghurt und Steinwolle stritten. Schneider wählte dabei die Rolle des Verteidigers von Industrie und Wachstum und damit des Fortschritts, der möglicherweise auch ein bisschen sozialer Natur sein könne. Zwar zwingt ihn das, seit Monaten seine Argumente mit den immergleichen Beispielen zu illustrieren, aber es ist ihm gelungen, alle politische Kontrahenten zum Eingeständnis zu zwingen, dass auch sie nicht auf Wachstum verzichten können und sie ohnehin nicht wissen, wie sie eine Drosselung bewerkstelligen sollten.

Doch auch Schneider muss einsehen, dass in Zeiten guter Konjunktur sogar im Süden des Landes niemand mehr dankbar ist, wenn neben seiner Wohnung eine neue Fabrik gebaut wird. Weshalb er einfach aufgehört hat, neue Industrieprojekte anzukündigen. Zudem hat sich herausgestellt, dass der Wirtschaftsminister, der Dieschbourg

vorgeworfen hatte, in den Dossiers Fage und Knauf mit falschen Zahlen zu operieren, auch mit harten Bandagen kämpft, und sein Ministerium Fage die Grundstücke in der Industriezone verkauft hat, obwohl es sie üblicherweise lieber verpachtet – und das ehe eine Genehmigung für die Joghurtfabrik vorliegt.

Um Diskussionen mit den Grünen und Nimby-Bewegungen im Wahlkampf zu vermeiden, verlegt sich Schneider lieber darauf, über Projekte zu reden, die nicht in direkter Umgebung von Wohnsiedlungen liegen. So wehte er vergangene Woche mit großem Pomp die Luxembourg Space Agency ein, obwohl es sich dabei bis auf weiteres schlicht um eine Abteilung des Wirtschaftsministeriums handelt. Von den Wahlkampfkonkurrenten gab es dazu keine Widerworte. Ein Zeichen dafür, dass er sein großes Projekt Space Resources über die Legislaturperiode gerettet hat und es nicht mit seiner möglichen Abwahl eingestellt wird.

Das kann umso mehr überraschen, als die erste große, im Rahmen von Space Resources getätigte Investition – 13 Millionen Euro Kapitalteilnahme am Unternehmen Planetary Resources via SNCI –, sich derzeit in Luft auflöst, weil die Firma vor der Insolvenz steht. Die abgeschrieben Millionen seien möglicherweise nicht verloren, meinte er vergangene Woche, weil sich Luxemburg durch die Beteiligung am prominenten Pionierunternehmen viel Sichtbarkeit verschafft habe. Schneider könnte damit Recht behalten, dass die Rechnung am Ende noch aufgeht. Vor allem, wenn der Google-Konzern, dessen Gründer neben dem Luxemburger Vertreter im Verwaltungsrat von Planetary Resources sitzen, eine Milliarde Euro in ein Rechenzentrum in Bissen investiert. Aber mit solchen Aussagen fördert Schneider nicht das Vertrauen an der Basis, sondern nährt dort den Verdacht, dass dem selbstbewussten Wirtschaftsminister die Millionen ein wenig zu locker in der Tasche sitzen.

**EY**  
Building a better  
working world

Celebrating  
**25<sup>th</sup>**  
edition

**How do you successfully set up and operate investment funds in Luxembourg?**

The 2018 edition of Investment Funds in Luxembourg is now available.  
[ey.com/lu/investment-funds-in-Luxembourg](http://ey.com/lu/investment-funds-in-Luxembourg) #Betterquestion

Leitartikel

# Überfremdungsdebatte

Romain Hilgert

Bei seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der CSV im Oktober 2016 hatte Claude Wiseler an die am 20. Juli 2001 von CSV-Premier Jean-Claude Juncker in die Welt gesetzte Panik vor dem 700 000-Einwohnerstaat angeknüpft und so die in der rechten Ecke geschürten Überfremdungsängste als aktuelles Wahlkampfthema salonfähig gemacht. Unter dem Hüllwort „Wachstumsdebatte“ wird diese Überfremdungsdebatte regelmäßig veranstaltet, wenn ein Wahlkampf auf der Höhe eines Konjunkturzyklus stattfindet. So sollen beispielsweise mit dem „Rentenmauer“ genannten falschen Syllogismus „Weniger Rente statt mehr Auländer“ Ansprüche gegenüber dem Sozialstaat unterbunden werden.

Der Tenor dieser Debatte, dass die Ausländer, in diesem Fall die Grenzpendler, unser Unglück seien, wird in zwei Farbvarianten geliefert, einer bräunlich und einer grünlichen, die nicht nur zu einem unschönen Sud ineinanderverlaufen, sondern sich auch gegenseitig rechtfertigen: In der bräunlichen Variante bedrohen die Grenzpendler die heimische Kultur, weil man beim Bäcker ein *Kruassang* „Croissant“ nennen muss, in der grünlichen Variante bedrohen die Grenzpendler die heimische Natur, weil sie Verkehrsstaos verursachen.

Weil die Wirtschaft seit Jahren robust wächst, wird auch im aktuellen Wahlkampf eine Überfremdungsdebatte geführt. Nach dem Referendum von 2015 überbieten sich die Parteien von rechts bis weit in die Mitte mit Verständnis für jene Wähler, die im Fernsehen Nazis durch die Straßen fremder Städte ziehen sehen. Selbst am linken Rand wird ab und zu ein bescheidener Beitrag zur Spaltung der luxemburgisch-lothringischen Arbeiterklasse geliefert, weil die, die wenig haben, am liebsten jenen etwas wegnehmen möchten, die nichts haben.

Allerdings hat diese angebliche Wachstumsdebatte bei allen Parteien zwei sehr widersprüchliche Seiten. In der Propaganda auf Wahlversammlungen und Plakaten verteidigen die meisten Parteien das Vaterland, die Muttersprache und die Heimat-scholle vehement gegen Frankofone und Kohlenmonoxid. Die CSV verspricht, das Wirtschaftswachstum zu „leiten und zu begleiten“, die DP verspricht eine „Zukunft op Lëtzebuergesch“, die Grünen haben „eist Land gär“ und die ADR leistet sich den *Facebook*-Nationalisten aus der Referendumskampagne. Gemeinsam betuern sie, das Wirtschaftswachstum zu zügeln, die Liberaleren, indem sie Grenzpendler durch Roboter zu ersetzen versprechen.

Doch in den Programmen der Parteien sieht es ganz anders als auf ihren Plakaten aus: Kein einziges Programm macht Vorschläge, wie das Wirtschaftswachstum gebremst werden soll. Vielmehr überbieten sie sich mit Steuersenkungen für die Unternehmen, Investitionen in die Infrastrukturen, der Erhöhung der Kaufkraft und der Ansiedlung neuer Wirtschaftszweige, die allesamt das Wirtschaftswachstum nicht drosseln, sondern beschleunigen würden. So als dienten die geheutelten Sorgen um das hohe Wirtschaftswachstum bloß der Beruhigung unbedarfter Wähler, herrschten in der „richtigen“ Politik ganz andere, entgegengesetzte Prioritäten – schließlich sieht auch der dümmste Wähler das Verzichtsdenken lieber beim Nachbarn angesiedelt.

Der bisher einzige nachvollziehbare Vorschlag zur Drosselung des Wirtschaftswachstums kommt ausgerechnet von einem vehementen Wachstumsverfechter, Wirtschaftsminister Etienne Schneider. Denn der einfachste Weg zum Abbremsen des Wirtschaftswachstums ist eine Verteuerung der Arbeitskraft, bis die Produktion in verschiedenen Branchen unrentabel wird. Allerdings sind die von dem LSAP-Spitzenkandidaten vorgeschlagene Arbeitszeitverkürzung und Mindestloohnerhöhung völlig unzureichend, um das Wirtschaftswachstum zu beeinträchtigen.

Durch Gesetz vom 12. März 1818 hatte der niederländische König Wilhelm I. in seinem gesamten Reich *Commissien van geneeskundig* geschaffen. In den Niederlanden und in Belgien sind diese medizinischen Ausschüsse längst abgeschafft. Nur in Luxemburg gibt es das Collège médical der Ärzte und Apotheker immer noch, als eines der Selbstregulierungsorgane, wie sie zum Privileg vor allem einiger Freiberufler gehören. Das Collège médical, das den Zugang und die Ausübung medizinischer Berufe regelt und überwacht, feiert am heutigen Freitag in Anwesenheit des Großherzogs seinen 200. Gründungstag. rh.

Arztbesuch (R.Th.H. Laennec) vor 200 Jahren

blog

Personalien

Personalien

Personalien

Politik

Geschichte

Medien

Henri,

Großherzog, ließ stolz verbreiten, dass er sich vor kurzem zusammen mit Prinz Sébastien in Dakhla den Freuden des Kitesurfens hingab. Bei dieser Sportart lässt der Surfer sich von einem Lenkdrachen übers Meer ziehen. Allerdings liegt Dakhla an der Atlantikküste der Westsahara, einer ehemaligen spanischen Kolonie, die ab 1975 von Marokko besetzt und annektiert wurde. Ein Fünftel der Bevölkerung lebt hinter Befestigungen und Minenfeldern in algerischen Flüchtlingslagern, die Frente Polisario kämpft seit 45 Jahren für die nationale Unabhängigkeit. Weder die Vereinten Nationen, noch Luxemburg erkennen die Annexion des phosphatreichen Gebiets an, das fast so groß wie Italien ist. Der Privatbesuch des Luxemburger Staatsoberhaupts in dem besetzten Gebiet unterstützt deshalb Marokko in seiner Politik, unter Missachtung des Völkerrechts vollendete Tatsachen zu normalisieren. Der europäische Vertreter der Frente Polisario in Brüssel, Mohamed Sidati, schickte inzwischen einen Protestbrief an Außenminister Jean Asselborn (Foto: Maio Arias/Cour grand-ducale). rh.

Fernand Etgen,

Landwirtschaftsminister (DP), bekommt in der beginnenden heißen Phase des Wahlkampfs unerwartete Gelegenheit, Umsicht und Entschlusskraft zu demonstrieren, seit in der belgischen Grenzregion fünf an Afrikanischer Schweinepest erkrankte Wildschweine entdeckt wurden. Um ein Übergreifen auf die heimischen Hausschweine zu verhindern, rief der Minister eine Task Force zusammen, die eine weiträumige Beobachtungszone im Südwesten des Landes beschloss und am 27. September eine Aufklärungsversammlung für Schweinezüchter organisierte (Foto: MAVPC). rh.

Lee Michel Baseggio,

Mitbegründer der stramm rechten Biergerléscht, dann Kandidat von Demokratie 2018 bis zu deren Spaltung, war nach mehreren Vorstrafen am Donnerstag wieder wegen des Verdachts auf Hochstapelei angeklagt. Die Staatsanwaltschaft forderte vier Jahre Haft gegen den abwesenden 37-Jährigen, der sich unter Berufung auf gefälschte Diplome bereits als Rechtsanwalt, Psychologe und Oberhaupt einer Unabhängigen Katholischen Kirche ausgegeben hatte. rh.

Gérard Reuter

war der mit der Kontrolle der Staatsfinanzen beauftragte Präsident des Rechnungshofs, der nicht einmal mit seinem eigenen Einkommen zurande kam. Deshalb logierte der Geheimdienst ihn und seine Kenntnis zweifelhafter Geschäfte vorübergehend in einer konspirativen Wohnung. Die Staatsanwaltschaft fand nun laut RTL, dass dies keine Veruntreuung öffentlicher Gelder darstelle, und will von der Eröffnung eines Hauptverfahrens absehen. So dass nun auch nicht in öffentlicher Sitzung verhandelt werden muss, weshalb Gérard Reuter dem Geheimdienst so lieb und teuer war. rh.

Anja Leist,

Sozialepidemiologin an der Universität, erhielt vom Europäischen Forschungsrat den mit immerhin 1,5 Millionen Euro dotierten Starting Grant für Nachwuchsforscher. Damit soll sie über fünf Jahre ihre Forschung über die auch gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Risikofaktoren bei Altersdemenz fortsetzen können (Foto: Yaph). rh.

Mehr Initiativrecht

Nach dem Referendum, in dem 2015 das legislative Ausländerwahlrecht mit großer Mehrheit verworfen wurde, richtete die Association de soutien aux travailleurs immigrés (Asti) einen Katalog mit Vorschlägen an die politischen Parteien, die an den bevorstehenden Kammerwahlen teilnehmen. So sollen die im Maastrichter Abkommen ausgehandelten Ausnahmebedingungen für die Residenzklause bei Gemeindewahlen endlich abgeschafft werden. Die Salariaatskammer soll ein direktes gesetzgeberisches Initiativrecht erhalten, weil sie das einzige Organ aller Lohnabhängigen ist, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und ihrem Wohnort. Die politischen Parteien sollen mehrsprachig informieren und das gesetzgeberische Bürgerinitiativrecht soll nicht mehr auf Wahlberechtigte beschränkt, sondern auf alle alle Einwohner ausgeweitet werden (Foto: Asti). rh.

Geisterarmee

Am nächsten Mittwoch weihen die Bettemburger Gemeindeverwaltung und der neue US-Botschafter J. Randolph Evans am Auffangbecken Jongebesch zwischen Abweiler und Leudelingen ein Denkmal zu Ehren der *Ghost Army* ein. Dort halfen im September 1944 rund 400 GIs der 23. Headquarters Special Troops, einen unterbesetzten Frontabschnitt zu halten, indem sie die deutsche Wehrmacht glauben machten, dass sie 8 000 Mann der 6. Panzerdivision der US-Armee wären. Dazu installierten sie für die Operation „Bettembourg“ von den 603<sup>rd</sup> Camouflage Engineers in Originalgröße entwickelte aufblasbare Attrappen von Panzerfahrzeugen und Artilleriekanonen. Mit künstlichem Lautsprecherlärm von Truppenbewegungen und falschem Funkverkehr führten sie die deutsche Aufklärung erfolgreich irre. Entsprechend mokierten sie sich über die Intelligenz der laut deutschen *Wochenschau* besten Armee der Welt. rh.

DABei sein ist alles

Mit 20 Jahren Verspätung könnte doch noch digitales Radio hierzulande eingeführt werden. Das versprach Kommunikations- und Medienminister Xavier Bettel (DP) in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage von Marc Spautz (CSV). Seinerzeit hätten RTL und andere Sender die zusätzlichen Kosten für Digital audio broadcasting (DAB) gescheut und sich nicht über den gemeinsamen Betrieb eines Sendernetzes einigen können. Doch heute seien die Kosten gefallen und das Institut luxembourgeois de régulation arbeite derzeit an einem Bericht über die Einführung von DAB+, der verbesserten Technik. Das Broadcast center Europe von RTL habe zudem gerade eine Lizenz für Messsendungen erhalten. Auf der Grundlage dieser Studien sollten die heimischen Sender dann über den möglichen Betrieb eines landesweiten DAB+-Netzes diskutieren. Xavier Bettel wollte sich nicht auf den Ausgang dieser Diskussionen festlegen. Allerdings hätten die Radiohörer wohl lieber bessere Programme als bessere Technik und hören inzwischen Radio ganz digital über Internet – wenn sie überhaupt noch Radio hören. rh.

Wahlprogramme (8)

# Unternehmergeist als Religionsunterricht

Romain Hilgert

Keine Partei hatte sich so lange mit der Veröf-fentlichung ihres Wahlprogramms Zeit gelassen wie die CSV. Erst vier Wochen vor den Wahlen, am vergangenen Samstag, legte sie als letzte ihr Programm vor. So als hätte sie dessen Verbreitung nicht bloß hinausschieben, sondern sich am liebs-ten daran vorbeidrücken wollen.

Das ist verständlich: Denn seit den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung von 1918 ist die ehemalige Rechtspartei und heutige CSV un-terbrochen und mit Abstand die stärkste Partei im Parlament, und niemand erwartet ernsthaft, dass dies am 14. Oktober anders kommen wird. Deshalb geht die CSV davon aus, dass es bei der Regierungsbildung – anders als nach der Regie-rungskrise von 2013 – politisch sehr schwer wer-den dürfte, an ihr vorbeizukommen. Programma-tische Aussagen drohen unter diesen Umständen nur, die Wähler mit Missverständnissen und Po-lemiken zu verwirren.

Die CSV versichert mit ihrer Wahlkampflosung: „Mir hunn e Plang fir Lëtzebuerg“. Eine solche Beteuerung reichte während Jahrzehnten aus, damit ein Drittel der Wähler die Einzelheiten dieses Plans gar nicht kennen wollte und den christlich-sozialen Landesvätern treuhänderisch die Verwaltung des CSV-Staats überließ, damit alles blieb, wie es war. Doch nach all ihren Skan-dalen, mit denen sie sich als unfähig erwiesen hatte, die politische Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten, die den ganzen Geschäftsfundus einer konservativen Partei ausmacht, ist die CSV in der Opposition eine Partei wie all die anderen geworden. Deshalb will sie nicht den Eindruck einer lärmenden Reconquista erwecken, sondern muss sich eine neue Respektabilität zulegen.

Die Konkurrenz wirft der CSV vor, sich in ihrem Wahlprogramm auf unpräzise Allgemeinplät-ze zu beschränken. Tatsächlich drückt sie sich über 70 Mal an klaren Aussagen vorbei, indem sie erst einmal zu „analysieren“, zu „evaluieren“, zu „überprüfen“, zu „bewerten“ und „Bestands-aufnahmen vorzunehmen“ verspricht. Mit diesen Zauberformeln erweckt sie den Anschein, sich zu kümmern, ohne sich in irgendeiner Art festlegen zu müssen. Das stellen die anderen Parteien als die große Schwäche des Wahlprogramms dar, wo es doch seine ganze Stärke ist. Denn eine Volks-partei, die die widersprüchlichsten Interessen von Mindestlohnempfängern und Unternehmern, Bankdirektoren und Arbeitern, Bauern und Chir-urgen, Wohnungssuchenden und Ertragshausbe-sitzern zu bedienen versucht, muss stets ungenau und wolkig bleiben, um nicht bald die einen, bald die anderen zu enttäuschen.

Anders als ihr Wahlprogramm von 2013 beginnt das neue Wahlprogramm der CSV mit den Staats-finanzen. Nachdem die Staatsfinanzen unter ih-rem Finanzminister Luc Frieden trotz wiederhol-ter Sparpakete von dem versprochenen „sicheren Weg“ abgekommen waren, verspricht die CSV nun „ein[en] ausgeglichene[n] Haushalt, kein Defi-zit, de[n] progressiven Abbau der Staatsschuld“ (S. 6). Aber ganz so ernst nimmt sie das auch heu-te nicht, seit DP, LSAP und Grüne gezeigt hatten, wie man sich als Bußprediger und Sparapostel unbeliebt machen kann. Nicht einmal mehr das vor zwei Jahren angekündigte mittelfristige Haus-haltsziel von +0,25 Prozent steht im Programm.

Statt aufzuzählen, auf wessen Kosten sie sparsa-mer haushalten würde als die derzeitige Koali-tion, verspricht die CSV lieber eine Steuersen-kung für alle über den Weg einer „Erhöhung des Grundfreibetrags der Steuertabelle von 11 265 auf 12 000 Euro“. Außerdem will sie „den Mit-telstandsbuckel durch die Anpassung des Steu-erkredits weiter abflachen“ (S. 7) und sogar „die regelmäßige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation“ wieder einführen, die sie 1996 zwecks kalter Steuerprogression abgeschafft hatte. Die ebenfalls von ihr eingeführte Steuerklasse 1a für Rentner, Verwitwete und Alleinerziehende soll, wie bei den meisten anderen Parteien, wieder ab-geschwächt werden durch eine „Ausweitung des Übergangsregimes von bisher drei auf fünf Jahre“ und eine „Tarifangleichung der Klasse 1A in Rich-tung Steuerklasse 2“ (S. 7).

Bei der Unternehmensbesteuerung verspricht die CSV eine schrittweise „Verringerung der ges-amten Steuerbelastung der Betriebe in Rich-



Das Wahlprogramm der CSV will über 70 Mal „analysieren“, „evaluieren“, „überprüfen“, „bewerten“ und „Bestandsaufnahmen vornehmen“

tung 20 Prozent bei gleichzeitiger Verbreiterung der Berechnungsgrundlage“ gegenüber derzeit 26 Prozent (*d’Land*, 14.9.2018). Im Wahlpro-gramm von 2013 wollte sie den Betrieben dage-gen die Wahl lassen, ob sie über einen niedrigeren Steuersatz oder über den Weg von Abschreibun-gen weniger Steuern zu zahlen bereit seien.

Zur Förderung des ohnehin hohen Wirtschafts-wachstums will die CSV auch „wieder ‚First Mo-ver‘“ bei der Erschließung neuer Marktnischen für die Finanzbranche werden und bei „der Um-setzung europäischer Richtlinien werden wir das so genannte ‚Goldplating‘ weitestgehend verhin-dern“ (S. 8), die Übererfüllung europäischer Vor-schriften. „Das steuerliche Umfeld und die Lohn-nebenkosten müssen wettbewerbsfähig bleiben“ (S. 9). Notwendig seien eine „Vereinfachung der administrativen Prozeduren in Umweltfragen“ und „keine Ausweisung zusätzlicher Biotope auf Bauland“. Firmenneugründungen und Firmen-übergaben sollen steuerlich gefördert und in den Genehmigungsprozeduren entlastet werden. Die CSV erhofft sich weiteres Wachstum von der Weltraumtechnologie, einem „internationalen Health-Hub“ (S. 10), der Kreislaufwirtschaft und der Elektromobilität.

Denn das „Land braucht eine Wirtschaftspoli-tik, die neue Aktivitäten fördert“ (S. 9). Nur „qualitatives Wachstum durch Produktivitäts-steigerung und mehr Beschäftigung schaffen

es, zusätzliche Belastungen zu schultern, und diese Belastungen sind auf Grund des demogra-fischen Wandels unausweichlich“ (S. 23). Ange-sichts des „bisher einzigartigen Wachstums- und Wandlungsprozess[es]“ sei keine Drosselung des Wachstums, sondern „die Gewährleistung einer effizienten Kreislaufwirtschaft, eines verantwor-tungsvollen Umgangs bei Klimaschutz und Was-serversorgung“ nötig (S. 47).

Statt des einst von Jean-Claude Juncker und nun von DP und LSAP versprochenen kosten-losen Personentransports verspricht die CSV zur Begleitung des Wachstums kriegerisch eine „Mobilitätsoffensive“, das heißt, ähnlich wie die anderen Parteien, eine schnelle Straßenbahn, „bedingungslos ausgeschöpft[e]“ Möglichkeiten der Eisenbahn, „Bus à haut niveau de service“, „Fahrradautobahnen“ und den dreispurigen Aus-bau aller Autobahnen (S. 38).

Nach der sozialpolitischen Offensive der LSAP verspricht auch die CSV vage eine „Erhöhung des Mindestlohns, vor allem im Nettobereich“, das heißt über den Steuerweg, der die Unternehmen nichts kostet. Außerdem setzt sie sich „für die regelmäßige Anpassung des Mindestlohns an die allgemeine Lohnentwicklung ein“, wie sie ohnehin im Artikel 222-2 des *Code du travail* vorgeschrie-ben ist. Nachdem sie im Programm von 2013 „höchstens eine Index-Tranche pro Jahr“ gewäh-ren wollte (S. 26), bekennt sie sich nun ohne diese

Einschränkung zum Index als „feste[m] Bestand-teil unserer Politik“ (S. 18), allerdings nicht für Familienzulagen. Angesichts der von der LSAP vorgeschlagenen Verkürzung der Wochenarbeits-zeit beschränkt sich die CSV, ähnlich wie die DP, auf „flexible Arbeitszeitmodelle“ und „Arbeits-zeitkonten im Privatsektor“ (S. 16), nicht zur Ver-teilung von Produktivitätsgewinnen, sondern zum Schutz des Familienlebens. Das „reformierte Ge-setz über die Personaldelegationen“, bei dem die LSAP die OGBL-Kollegen auf Kosten des LCGB bedient hatte, soll geändert werden (S. 17).

Die CSV will die liberale Familienpolitik nicht demontieren, sondern verbessern, mit einem „Al-ternativmodell zur abgeschafften Erziehungszula-ge für sozial-schwache Familien“, einem zusätzli-chen Babyjahr (S. 24) und einer sozial gestaffelten „Allocation complémentaire pour familles nom-breuses“ für Familien ab drei Kinder (S. 26). Sie kündigt eine Verlängerung des Elternurlaubs auf acht Monate an; das wäre weniger lang als die DP verspricht, aber dafür offenbar mit verlängerter Entschädigung. Zudem verspricht sie noch im-mer die schon von Jean-Claude Juncker angekün-digte schrittweise „kostenlose Kinderbetreuung in der Grundschule“ (S. 25).

Wie die DP will die CSV aus Rücksicht auf die einflussreiche Ärzteschaft auch keine von den Linksparteien angekündigte Verallgemeinerung des *Tiers payant* in der Krankenversicherung,

**Das vor zwei Jahren versprochene mittelfristige Haushaltsziel von +0,25 Prozent steht nicht mehr im christlich-sozialen Wahlprogramm**

sondern bloß eine „Ausdehnung“ bei teuren und langwierigen Behandlungen (S. 24). Hatte Claude Wiseler am Heiligabend 2016 in einem Rundfunk-interview angekündigt, die Rentenleistungen zu kürzen, die Beiträge und das Renteneintrittsalter zu erhöhen, so kündigt das Wahlprogramm nun vorsichtiger eine Rentenreform im Sozialdialog an: „Zielsetzung ist es, die Rentenversprechen von heute einzuhalten; [n]eue Versprechen sollen nur dann gemacht werden, wenn sie mittel- und langfristig eingehalten werden können“ (S. 23).

Zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums will die CSV mit einen „Pacte Logement 2.0“ und einer „neue[n] privatrechtliche[n] Gesellschaft“ vor al-lem die Gemeinden für den Bau von Sozialwoh-nungen verantwortlich machen. Eine „national staatlich festgelegte Steuer“ soll die Spekulation mit Brachland im Bauperimeter und leerstehen-den Wohnungen belasten. Der Bau von Sozial-wohnungen durch Privatunternehmer und der Mietkauf sollen gefördert werden (S. 39).

Bei seiner Wahl zum Spitzenkandidaten im Ok-tober 2016 hatte Claude Wiseler angekündigt, bis 2029 die Gemeinden nach einem nationalen Re-ferendum zu einem Maximum von 60 Gemein-den zwangszufusionieren. Nun verspricht das Wahlprogramm unverbindlicher „eine Partner-schaftsplattform zwischen Staat und Gemeinden“, eine neue „Gemeindelandkarte“ und „verstärkte Kooperationen“, die „bis zu 2029 zu Fusionen führen“ sollen. „Über die gesamte Territorialre-form soll am Ende des Prozesses per Referendum abgestimmt werden“ (S. 42), das heißt vielleicht in einer späteren Legislaturperiode.

Die CSV will der liberalen Koalition keine Gele-genheit bieten, um Ängste zu schüren, dass mit der Rückkehr der „Pafen“ das Rad der Geschichte zurückgedreht wird. Deshalb gibt sie sich nicht nur in wirtschafts-, sondern auch in vielen gesell-schaftspolitischen Fragen liberal. Weder die vom Bischof hingekommene Privatisierung des Kle-rus, noch die Entmachtung des Kirchenfabriken soll rückgängig gemacht weren. Das Schulfach *Vie et société* soll nicht abgeschafft und der Reli-gionsunterricht nicht wieder eingeführt werden; wie schon Walter Benjamin erkannte, sollen statt-dessen als neue Religion der „Unternehmergeist sowie die betriebswirtschaftlichen Kompetenzen der Schüler gefördert werden“ (S. 53).

Auch als Zugeständnis an die von der ADR ver-suchten konservativen Wähler will die CSV aber die Scheidungsreform wieder ändern, „das Fami-lienbuch wieder einführen“ (S. 44), das Vermum-mungsverbot ausweiten, den Platzverweis einfüh-ren und „einen Militärdienst, à la carte“ über eine Dauer von drei bis zehn Jahren“ einführen (S. 63). Sie „lehnt unter den heutigen Umständen die Le-galisierung der rekreationellen Anwendung von Cannabis ab“, verschließt sich aber nicht weiteren Diskussionen (S. 29).

Gratis-Kinderbetreuung, weniger Bürokratie, mehr Lehrer – aber bloß keine weiteren Strukturreformen. So lauten die Wahlversprechen im Bildungsbereich

# Alternativlos

Ines Kurschat

Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen, lautet die legendäre Antwort des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt auf Forderungen seines Parteikollegen Willy Brandt während des Bundeswahlkampfes 1980, bald darauf gern und oft aufgegriffen von Jacques Santer. Das Bonmot scheinen sich die Parteien hierzulande zu Herzen genommen zu haben, zumindest was die schulpolitischen Versprechen in ihren Wahlprogrammen angeht. Die Bedeutung der Bildung beschwören sie alle, für die CSV steht sie an „erster Stelle“ (obwohl bei der dreiteiligen Vorstellung ihrer Pläne für Luxemburg das Schulwesen erst im dritten und letzten Teil Erwähnung findet). Aber alle wollen für die kommenden fünf Jahre vor allem eines: Ruhe. Echte Kritik, einen Gegenentwurf zu Meischs Umbau des öffentlichen Schulsystems gar trauen sich nur die kleinen Parteien, die eh keine Aussicht haben, die Regierung zu stellen.

Die großen Parteien behalten zentrale Eckpunkte von Meischs Schulpolitik bei: den Ausbau der Kinderbetreuung und die Aufwertung des Luxemburgischen etwa, das Mehr an Schulautonomie, die neue Orientierungsprozedur und die Grundschulzeugnisse, das erweiterte Sprachenangebot für die, die sich mit dem herkömmlichen Unterricht schwertun. Meischs Ansatz, der wachsenden Schülervielfalt mit mehr Differenzierung des Sprachenangebots zu begegnen, scheint alternativlos: für die Koalitionäre Déi Gréng und LSAP, aber auch für die CSV, die das erweiterte Sprachenangebot nicht als „alleinige Lösung“ sieht, es gleichwohl nicht zurückdrehen will.

## DP: Weiter so!

Das dickste Bildungskapitel hat die Demokratische Partei vorgelegt. Offiziell ist es Ergebnis gemeinsamer Beratungen zwischen Fraktion und Basis, tatsächlich stammt der Bärenanteil aus Meischs Feder. Der Minister und sein engster Berater, Lex Folscheid, haben die Bildungspolitik der vergangenen fünf Jahre bestimmt, das Wahlprogramm soll Kontinuität demonstrieren. Der Tenor: Die dicksten schulpolitischen Bretter sind gebohrt, mit der sprachlichen Gratis-Frühförderung, mit der Lyzeumsreform, der umgebauten *Éducation différenciée* und der Gründung von Regionaldirektionen. Die DP verspricht daher vor allem, bereits beschlossene Maßnahmen umzusetzen oder fortzuschreiben, wie die geplante Elternvertretung für den außerschulischen Betreuungsbereich nach Vorbild der Grundschule, die Reform des

Sprachenunterrichts und die Revision diesbezüglicher methodisch-didaktischer Materialien oder den weiteren Ausbau des internationalen öffentlichen Schulangebots.

Sollte seine Partei gewinnen, will Meisch ein Element umsetzen, das er in seinem Buch *Stark Kanner* beschrieben hat: Ein parteienübergreifender *Lëtzebuurger Bildungsdësch* mit Akteuren aus Schule und Zivilgesellschaft (dazu zählt der Ex-Banker die Wirtschaft) soll die Debatte „verschlichten“ und die Ausrichtung der Bildungspolitik diskutieren. Grundlage wären Empfehlungen jener Beobachtungsstelle, die Meisch gegen Kritik ins Leben gerufen hat (und deren Mitglieder der Minister benennt). Die Idee stammt, wie viele seiner Maßnahmen, nicht von Meisch selbst, sondern wurde im Ausland entwickelt und erprobt.

## LSAP: Gleiche Chancen, nur wie?

Die LSAP äußert sich zu diesem Vorstoß nicht, will aber mehr Absprache. Sie erneuert ihr Bekenntnis zu einer „starken öffentlichen Schule, die für Chancengerechtigkeit sorgt“ und verspricht der Privatisierung von Bildungsangeboten „mit Widerstand“ zu begegnen. Zugleich „befürwortet“ die Partei „ein vielseitiges, international ausgerichtetes Schulangebot, das den Bedürfnissen einer heterogenen Schülerpopulation im Rahmen des öffentlichen Unterrichts gerecht wird“. Man könnte meinen, die Sozialisten wollten Wählern Antworten auf Herausforderungen der Zeit bieten, wie der Digitalisierung, Automatisierung und zunehmenden Flexibilisierung. Doch im Bildungskapitel steht hierzu ein Satz: „Schulen müssen diese Entwicklung proaktiv begleiten und ihre Schulprogramme entsprechend anpassen.“

Es fehlt an einer Gesamtvision für die öffentliche Schule. Das mag daran liegen, dass die parteiinternen Beratungen erschwert wurden, weil für einen Mitarbeiter kurzfristig Ersatz gefunden werden und die Nachfolgerin sich erst in die komplexe Materie einfuchen musste. Doch das Problem liegt tiefer: Ausgerechnet die Partei, die sich Gerechtigkeit und Umverteilung auf die Fahnen schreibt und die den Modernisierungsreigen in der öffentlichen Schule begonnen hat, wirkt in bildungspolitischer Hinsicht kopf- und führungslos. Mit Claude Haagen hat die Partei einen Lehrer zum Präsidenten, aber seine Mehrfachbelastung als Bürgermeister, Abgeordneter und Parteichef führte dazu, dass in Sitzungen, wenn ein neuer



Zur diesjährigen *Rentrée* in den öffentlichen Schulen waren mehr als 85 600 Schülerinnen und Schüler eingeschrieben

Schul-Gesetzesentwurf zu diskutieren war, oft erst die Zuständigkeitsfrage geklärt werden musste: Für eine Partei, die lange die Schuldebatte wie kaum eine andere geprägt hat, ein programmatisches Vakuum, das sich rächt: Ganztagschulen und Gratisbetreuung haben die Liberalen umgesetzt. Eltern wissen, wie wichtig Bildung ist, damit ihre Kinder gute Jobaussichten haben. Doch sogar beim Lieblingskind des LSAP-Spitzenkandidaten Etienne Schneider, der Weltraum-Industrie, fehlt es an Konzepten, wie das in Schule und Ausbildung umzusetzen ist.

## Déi Gréng: DP light

Die Grünen haben eine Vision – nur ist sie nicht viel anders als die der DP. Ihr Programm hält an der Forderung fest, Schüler bis zum 15. Lebensjahr in einer Gesamtschule gemeinsam zu unterrichten. Auf der Oberstufe sollen sie, gemäß dem Modell der internationalen Schulen, einem in Haupt- und Nebensprachen gegliederten Lehrplan folgen. So wollen Déi Gréng gewährleisten, dass „Schwächen in einer Sprache nicht automatisch zum schulischen Misserfolg führen“.

Schüler sollen „gecoacht“ werden, Déi Gréng unterstützen mehr Schulautonomie, wollen die Inklusion fördern und Schulen ihre Zeiten flexibler handhaben lassen. Zudem wollen sie den Koeffizienten für das Lehrpersonal erhöhen. Von diesen Vorstößen abgesehen, sucht man große Würfe vergeblich. Déi Gréng versprechen „Ruhe und Vertrauen“, ein Zugeständnis an die erschöpfte Stimmung in vielen Schulen. Sie wollen die Zusammenarbeit zwischen den Schulpartnern verbessern und greifen dafür Meischs Forderung nach einer Bildungsplattform auf, die Personalbedarf, Bildungsinhalte und Rekrutierungsmaßnahmen „im Grundschulwesen analysieren und nachhaltige Lösungsansätze entwickeln“ soll.

Hundertprozentig ist die Zustimmung zu Meischs Reformen aber nicht: Den *Précoce* wollen Déi Gréng erneut unter die Lupe nehmen und untersuchen, ob die kommunale Vorschule erreicht, was sie verspricht. Die Grünen wären nicht grün, wenn sie nicht die Themen Nachhaltigkeit und den Abbau der Geschlechterungleichheit in ihr Programm aufgenommen hätten. Auch der Vorschlag, doch weisungsberechtigte Grundschuldirektionen einzuführen, steht erneut darin.

## CSV: Taktische Unschärfen

Die größte Oppositionspartei kommt ebenfalls auf Schulleitungen zurück und will diese „vor Ort in der Schule anwesend“ haben. Die neu geschaffenen Regionaldirektionen stellt sie nicht in Frage. Gleichwohl überrascht die Lektüre ihrer bil-

## Das Zögern liegt auch daran, dass niemand weiß, in welche Richtung sich die Schulqualität künftig entwickeln wird – und niemand die Wähler mit weiteren Reformen vergrätzen will

dungspolitischen Vorschläge am ehesten: Denn obwohl Martine Hansen und Françoise Hettogaasch das Dossier gut kennen und die parteiinterne Arbeitsgruppe seit Jahren zur Bildung Analysen und Kommentare verfasst, ist das Kapitel schwach auf der Brust: Dass die Vorschläge stichpunktartig aufgeführt sind, lässt das Kapitel zusätzlich unausgegoren wirken, so als seien die Vorschläge nicht zu Ende gedacht.

Statt eigener neuer Schwerpunkte setzt die Partei auf die Auswertung bestehender Maßnahmen. Das entspricht der „Ruhe“, die die Partei in der Schulpolitik verspricht. Trotzdem fragt sich, wie das Bildungssystem, ginge es nach der CSV, in zehn, zwanzig Jahren aussehen soll. Womöglich nicht viel anders als heute, außer mit mehr Tablet-Klassen, aufgefrischem Methodenunterricht und mehr Praktika auf der Oberstufe im *Classique*. Pädagogische Vorschläge fehlen, respektive sind den Schulen überlassen, dessen erweiterten Entscheidungsspielraum die CSV gutheißt. Dabei bleibt unklar, worin die Anreize liegen, sich pädagogisch zu verbessern: Die Christlich-Sozialen verlassen sich auf das von Mady Delyvaux gesetzte und von Meisch weiterentwickelte Instrumentarium, wie Schulentwicklungsplan und verstärkte Vernetzung. Beim Sprachenunterricht will die CSV Gewichtung, Lehrpläne und Methoden überdenken, dies im Dialog mit den Schulpartnern. Beim Werteunterricht will sie „Inhalte überarbeiten“, wie, das verrät sie nicht. Die zögerliche Haltung lässt sich als Zugeständnis lesen, dass niemand genau weiß, in welche Richtung sich die Schulqualität nach Meischs Reformen entwickeln wird.

Wahrscheinlich aber bleibt die CSV aus taktischen Gründen inhaltlich vage: Im Falle eines Wahlsiegs kann sie sich den Koalitionspartner aussuchen und verhandeln, ohne später den WählerInnen

gegenüber eingestehen zu müssen, Kernanliegen aufgeweicht oder aufgegeben zu haben.

## Links der Mitte: Pro *Tronc commun*

Diese Sorge haben die kleinen Parteien nicht und deshalb finden sich in ihren Programmen fundamentalere Überlegungen zum Bildungssystem: Ausgenommen ist nur die ADR, die ihr Programm diesen Freitag veröffentlicht und angekündigt hat, zum wissensbasierten Unterricht zurückkehren zu wollen. Den Wunsch, in alte Zeiten zurückzukehren, teilt die ADR übrigens mit déi konservativ: Letztere gehen auf zentrale Fragen wie die große Heterogenität und die fortschreitende Spezialisierung nicht einmal im Ansatz ein.

Für déi Lénk steht fest, dass Meischs Schulreformen „die Schäden der frühzeitigen Orientierung in verschiedene Schultypen nicht wettmachen“ können. Die Schule habe „ihre Rolle als Garant für die Chancengleichheit und als Vorreiter[in] für eine gerechte Gesellschaft aufgegeben“. Die Antwort der Linken (die sich teils bei Forderungen des SEW inspiriert haben): Mittel- bis langfristig müsse eine „Schule für alle“ her, in der Schüler vom ersten Zyklus bis zum Ende der Schulpflicht (16 Jahre) zusammen unterrichtet würden. Den *tronc commun* fordert auch die Kommunistische Partei, gekoppelt an eine Budgeterhöhung um 30 Prozent. Das gehe nur mit mehr Personal, einer Erhöhung der Effektivität, angepasste Unterrichtsmethoden. Die Linken sind, wie die KPL, gegen die Privatisierung und gegen die Schulautonomie, wie Meisch sie vorsieht. Während die Kommunisten eine polytechnische Sekundarschule wollen, schweben déi Lénk „demokratische und kooperative Schulen“ vor, die pädagogisch autonom sein sollen: in der Schüler und Lehrkräfte über Inhalte und Ausrichtung entscheiden. Insbesondere die Schüler will déi Lénk stärker einbinden, ein Zugeständnis an potenzielle junge Wählende.

## Piraten: Modular und individuell

Ebenso radikal, wenngleich in eine ganz andere Richtung argumentiert die Piratepartei. Sie will ein modulares System, „das optimal auf die persönlichen Schwächen und Stärken der Schüler“ eingeht. Dafür solle es Pflicht- und Wahlmodule geben, die der Schüler bis zur zehnten Klasse besucht. Ab der 10<sup>er</sup> kämen Spezialisierungsmodule hinzu, die eine Schülerin nach ihren Interessen belegt. Die Piraten wollen Schulen wie die auf dem Campus Geesseknäppchen und dem Campus Limpertsberg zusammenlegen, um die jeweiligen Module anbieten zu können. Dann sei auch das Zusammenlegen von *Classique* und *Technique* kein Hindernis mehr, so die Partei, die die Lehrergehälter von der Unterrichtsqualität abhängig machen will.



# Durant un mois, le candidat tête de liste des libéraux Xavier Bettel et ses équipes sillonnent le pays sous le titre *De Premier bei lech*. Reportage à Dudelange

## Le « modernisateur » bleu dans le Sud rouge

josée hansen



Sven Becker

Dans le généreux hall d'entrée du centre culturel régional Opderschmelz, là où on achète d'habitude ses tickets pour une soirée de jazz dans la belle grande salle toute en boiseries, de petites mains ont monté une table de gadgets électoraux du DP : des plans du pays (en luxembourgeois !) sont disposés en éventail, tout comme une version ultra-abrégée du programme électoral en format A4, quelques stylos, des chocolats et des *fortune cookies* chinois sous cellophane flanqué du logo du DP pour faire sourire (on les ouvrira après pour voir ce qu'ils prédisent). Mais contrairement aux festivals et aux concerts de jazz, la maîtresse des lieux Danielle Igniti, ancienne présidente des Femmes socialistes et toujours très à gauche, n'est pas là pour accueillir le public – ni même le Premier ministre et ministre de la Culture. Son successeur présumé à la direction, John Rech, leur a faussé compagnie lui aussi : il est candidat sur la liste socialiste aux élections législatives du 14 octobre. Son visage orne les poteaux des réverbères dans toute la ville, comme ceux de ses collègues Mars Di Bartolomeo, Alex Bodry ou Dan Biancalana. Bienvenu dans le Sud rouge, là où le LSAP reste encore dominant. Et où le DP ne joue pas de grand rôle.

Aux législatives de 2013, le LSAP a obtenu plus de 32 000 suffrages de liste à Dudelange, le DP un peu plus de 9 000 ; Mars Di Bartolomeo a été plébiscité avec 5 000 voix contre 1 524 pour Claude Meisch, moins que le dernier sur la liste socialiste. Aux communales de 2017 et 2011, le DP ne s'est même pas présenté ; en 2005, il n'avait obtenu que 3,73 pour cent des suffrages, un pour cent de moins que l'ADR et même pas le dixième du LSAP, qui régnait alors encore seul grâce à sa majorité absolue (57,76 pour cent des voix). « Lors de la dernière réunion électorale du DP ici, il y avait cinq personnes dans la salle – chaque spectateur de plus sera déjà une victoire », lance Xavier Bettel en rigolant lorsqu'il débarque de sa grosse limousine allemande garée sur le parvis, devant les énormes escaliers du centre culturel. Bettel a profité de l'été pour maigrir et retrouver sa forme physique d'il y a cinq ans pour cette campagne électorale, la première qu'il fait en tant que Premier ministre sortant. Pim Knaff, échevin libéral à Esch-sur-Alzette depuis l'année dernière, est là pour l'accueillir collégialement – « qui aurait cru que nous entrerions au conseil échevinal à Esch ? » lancera Bettel pour le présenter plus tard sur scène.

À l'entrée de la salle, un petit groupe s'est formé pour surveiller ce qui se passe côté public. Eugène Berger, le président du groupe parlementaire et conseiller communal à Roeser est là, comme Claude Meisch, le ministre de l'Éducation nationale et de la Jeunesse, tête de liste au Sud, avec son collègue Pierre Gramegna, ministre des Finances et « Escher Jong », dont c'est la première campagne. Des membres de la section locale et du parti central organisent la technique, la traduction simultanée en français et autre logistique sous le contrôle discret d'une employée du Opderschmelz. Xavier Bettel est à l'heure. Une équipe de la radio socioculturelle 100,7 le suit avec micro et appareil photo pour un portrait qui devrait être diffusé aujourd'hui, vendredi. Quelques photographes plus ou moins professionnels documentent tout, comme une équipe vidéo. La soirée sera un succès, il y a quelque 80 spectateurs dans la salle, 130 vers la fin, les mines se décontractent. Même dans une ville ouvrière, les libéraux ont désormais leur électorat, qui, à l'image des candidats, sont indépendants, hommes et femmes d'affaires, fonctionnaires ou enseignants.

Visiblement inspiré du *Juncker on tour* des précédentes échéances, *De Premier bei lech* tente de faire profiter le parti de la relative popularité de son Premier ministre en organisant des raouts locaux autour du bilan de Xavier Bettel et de son gouvernement. Le concept, lancé lundi 17 septembre à Mertzg, dans cet Est dominé par le CSV, a donc fait halte mardi 18 à Dudelange avant de continuer pour huit dates en tout – la dernière aura lieu à

deux jours des élections, le 12 octobre dans la capitale, ce sera un *homerun* pour Bettel. Alors que les campagnes électorales se passent cette fois beaucoup sur les réseaux sociaux, les partis ne peuvent pas abandonner les formats plus classiques, comme les table-rondes publiques organisées par les médias (*RTL*, *Luxemburger Wort*, *PaperJam*, *Forum...*), les interviews et face-à-face des radios et de la télévision, les réunions électorales dans les villes et villages, les présences sur les marchés et autres manifestations populaires. Les têtes de listes comme Claude Wiseler (CSV) ou Etienne Schneider (LSAP) jouent la carte de la proximité en allant à la rencontre de leurs électeurs. Les campagnes ne se sont donc pas vraiment déplacées dans le monde virtuel, juste éparpillées. Pour les candidats, cela implique un engagement beaucoup plus intense et une présence tous azimuts.

Les 23 candidats et candidates du DP pour le circonscription Sud s'installent dans la première et deuxième rangée du Operschmelz, des hommes en costumes soignés et des femmes apprêtées dans des robes modernes, peu de jean, c'est un grand moment quand même que de se présenter aux élections. À la fin des discours, ils trouveront bien le temps de faire quelques *selfies* à deux ou à plusieurs pour immortaliser l'instant. Carole Olinger, 39 ans, enseignante, est la seule candidate locale. Arrive un Pierre Gramegna des plus joviaux pour les saluer : « Wéi geet et hei ? ! » lance-t-il aux unes en les embrassant, parlant italien aux autres. Décontraction semble être le maître-mot de la soirée. Ça sent le parfum très fort fraîchement appliqué. Les policiers qui assurent la sécurité de Xavier Bettel jettent un regard dans l'assemblée avant de donner leur ok et de se positionner discrètement en fond de salle. On est « entre soi », pas d'hostilité visible. À 20h05, la présidente du parti, Corinne Cahen, arrive en robe rouge sportive et s'assied sur sa chaise réservée au centre de la première rangée. Ça peut commencer.

Les MC (*masters of ceremony*) de la soirée seront Claude Meisch et Pierre Gramegna, ils arrivent sur scène en costume-cravate sombre, juste devant une énorme affiche électorale les montrant tous les deux grandeur nature et en marche aux côtés de Xavier Bettel – ce sera une mise en abyme inquiétante plus tard dans la soirée, lorsque les vrais candidats seront devant leur propre image... « L'enthousiasme que nous rencontrons dans le pays nous encourage ! » commence Pierre Gramegna, micro en main. Un enthousiasme qui provoquerait les mêmes frissons (« dat Kribbelen am Bauch ») que ce fameux jour de décembre 2013, lorsque fut scellée la révolutionnaire coalition DP/LSAP/Verts, « n'est-ce pas Claude ? » Et Meisch de répondre que oui, il se souvient très bien de ce frisson-là, mais qu'il en a eu d'autres depuis, en exerçant son mandat, comme par exemple lors de l'ouverture du lycée à Mondorf-les-Bains le week-end dernier, lorsque des parents sont venus le remercier pour cette école.

« Tu étais en effet très actif dans ton domaine ? ! » interjette Gramegna, et Meisch de faire un bref résumé de ses activités : les crèches multilingues, les vingt heures de garde gratuites, les investissements, « mais ça, tu le sais bien Pierre, parce que nous avons fait beaucoup de ces choses ensemble » « Oh oui, je le sais, tu étais un compagnon bien cher ! » reprend Gramegna, s'assurant les rires dans la salle. « Les gens ne se pressaient pas pour devenir ministre des Finances à l'époque », se souvient pour sa part Gramegna, qui assure que ce gouvernement a réussi parce qu'il a notamment su combler une moins-value d'un milliard d'euros, cette source d'argent provenant du commerce électronique s'étant tarie suite à la réforme européenne de la TVA. « Nous n'avons pu faire nos réformes, comme celle des impôts – qui a profité à tout le monde – que parce que nos finances étaient saines », s'enorgueillit-il, rappelant le choc LuxLeaks et la mauvaise image du Luxembourg en tant que paradis fiscal à son arrivée. Mais le gouvernement s'est battu contre cette image en concédant à

l'abolition du secret bancaire. « Et l'avenir, Claude ? Comment le vois-tu ? » Brillant, bien sûr, Claude Meisch voit un avenir radieux. Si et seulement si le DP peut continuer ses réformes dans l'éducation, qui ne s'arrêteront jamais. Et Gramegna de promettre monts et merveilles avec des mots-clés bien rodés : croissance économique, logement, développement des niches économiques qui réussissent au pays, comme les finances, la logistique ou le *space mining*. Côté social, le DP « est le seul parti à promettre l'abolition des classes d'impôts » ce qui ne « sera pas aisé comme réforme, mais nécessaire ». Et l'homme providentiel de la soirée, « la véritable star » selon Gramegna, « l'homme qui a tellement fait pour le pays en modernisant son image, vers l'intérieur comme vers l'extérieur », ce sera, bien-sûr, Xavier Bettel. Il est 20h15, tout est minuté.

En 45 minutes, Bettel prône le dialogue, la proximité et l'échange avant tout, insiste sur l'importance du choix des électeurs pour le DP parce qu'il est encore « extrêmement motivé » pour continuer ces importantes réformes du pays, dont beaucoup auraient déjà été réalisées, comme celle des impôts, en faveur des familles, « surtout les monoparentaux », celle du congé parental et du droit d'avortement ou encore la séparation de l'État et de l'Église... Mais pour pouvoir réaliser tout ça, il faut avoir les moyens financiers nécessaires – soit de la croissance économique « dont tout le monde semble faire un ennemi en ce moment » souffusque-t-il. La croissance doit être intelligente et contrôlée, voire accompagnée par des investissements dans les infrastructures – cinq voies d'autoroute au lieu des six promises par d'autres partis, *co-working spaces* et télétravail – ou la gratuité du transport public. Bettel parle librement sur base de notes, il a visiblement appris à s'exprimer avec emphase et passion, a recours à ses mains pour pointer, faire preuve d'enthousiasme ou signifier l'ouverture. Le pays qu'il décrit est un pays moderne dont les infrastructures (de santé ou de culture) nous seraient enviées à l'étranger. Et là, bonus, il invoque sa mère qui a reçu une nouvelle hanche et profite du Rehazenter si luxueux – comme Juncker invoquait toujours son père pour donner une touche humaine à ses grands discours. À Dudelange, Bettel vante les mérites de l'industrie, qui « prend des racines là où elle s'implante, contrairement aux nouvelles technologies », et ceux de l'Europe, pacificatrice de tout un continent (voir *d'Land* 37/18)...

Et son public adore. Il est très diversifié, le public de Dudelange : des couples d'un âge certain, mais aussi des jeunes, parfois sceptiques en entrant, assez enthousiastes à la fin, à en juger par les applaudissements. Les dernières questions, peu avant 22 heures, porteront pourtant sur l'index. Une dame âgée trouve injuste qu'elle ne reçoive que 9,80 euros de plus par tranche indiciaire. « Ah non ! », en cela Bettel et Gramegna sont unanimes, « l'index est garant de paix sociale. On n'y touchera pas. Du tout... ». La dame se sent incomprise, elle voudrait plus d'argent, rien d'autre. Pourquoi pas un référendum ? « Un référendum sur l'index... Euh... Non, certainement pas ». Ricanements dans la salle. La soirée se termine.



Le *fortune cookie* du DP prône l'humanisme

**En 45 minutes, Bettel prône le dialogue, la proximité et l'échange avant tout, insiste sur l'importance du choix des électeurs pour le DP parce qu'il est encore « extrêmement motivé » pour continuer ces importantes réformes du pays**

La tournée des caciques du parti est un spectacle huilé, où les candidats têtes de listes s'adonnent à des dialogues décontractés devant un public conquis

Deutschland

# Die Belobigung

Martin Theobald, Berlin

Es gibt politische Entscheidungen, die sind nur sehr schwer erklärbar. Wie jene: Hans-Georg Maaßen, Chef des Verfassungsschutzes, musste diesen Dienstag seinen Hut nehmen. Anlässe gab es dazu genug. Unter den höchsten Schutzbedürfnissen der Gesichtswahrung, Abwägung aller politischen Empfindlichkeiten und in Betrachtung des Gehalts Maaßens wurde er als Staatssekretär ins Bundes-Heimatministerium versetzt. Verdiente er bisher ein Grundgehalt von etwa 11 600 Euro im Monat, wird es nun auf über 14 100 Euro steigen. Robert Habeck, Vorstandsvorsitzender der Grünen, schrieb dazu auf seinem Internetblog: „Wenn man Hartz IV bekommt und sich nicht wie gefordert regelmäßig beim Amt meldet, werden die Leistungen gekürzt – bis zu 100 Prozent des Regelsatzes. Wenn der Chef des Verfassungsschutzes Unwahrheiten und Behauptungen in die Welt setzt, das Parlament belügt, Verschwörungstheorien schürt – kurz Schritte macht, die das Vertrauen in den Verfassungsschutz zerstören, dann wird er befördert.“

Für das Hin und Her vor der Versetzung Maaßens hat es Gründe gegeben. Es sollten keine politischen Karrieren beschädigt, es musste den verschiedenen Flügeln der Parteien entsprochen werden. Es sollte still geschehen, zum Wohlgefallen aller. Ohne Kratzer. Weder für die Biografie von Horst Seehofer, der in drei Wochen in Bayern eine Landtagswahl zu meistern hat, noch für den Fortbestand der Großen Koalition.

Doch vor allem legten die Protagonisten in der Causa Maaßen Wert darauf, der AfD nicht das Wort zu reden, dass jeder, der es auch nur wagt, Angela Merkel zu kritisieren, politisch entmachtet, abgeschoben und abgestraft würde. Doch genau das Gegenteil ist eingetreten. Die AfD hielt wieder einmal ein Stöckchen hin – und die Politik sprang darüber. Mit der jetzt gefundenen Lösung befeuert man Politikverdrossenheit und Populismus nur noch mehr. Wer Fehler macht, der wird belohnt. Mit Steuergeldern.

Die politische Sphäre hat wieder einmal die Wahrnehmung darüber ausgeblendet, wie Entscheidungen außerhalb des Parlaments, jenseits von Kanzleramt, Parteizentrale und Ministerien wirken. Habeck dazu: „In der Welt jenseits der politischen Spiele wird jemand, der Fehler macht, bestraft oder man verzeiht ihm die Fehler. Aber niemand wird abgesetzt und gleichzeitig befördert.“ In ihren taktischen Verhandlungen hätten die Vorsitzenden der Parteien der Großen Koalition bestätigt, dass die Politik jedes Vorurteil von Vetterwirtschaft und Selbstbedienungsmentalität bediene. „Sie schaden dem Ansehen und der Funktionsfähigkeit von Behörden“, so Habeck weiter. Wenn man jemanden, der Unsicherheit schüre und seinen Posten für eine eigene politische Agenda missbrauche, noch belohne, setze man ein verheerendes Signal für die Funktionsfähigkeit des Staates.

Das Wohl eines Staates und einer Gesellschaft darf nicht vom Parteienwohl in einem Bundesland, der Vita eines sturköpfigen Mannes abhängen oder der Arithmetik im Politikbetrieb folgen. Wenn die Politik Volk und Wähler nur noch zu Randfiguren und Ausführenden, Empfängern und Betroffenen von Entscheidungen macht, verliert sie den Kontakt zum Souverän. Das beflügelt Populismus und Extremismus.

Doch genau hier liegt die Crux. Politiker nehmen ihr eigenes Handeln oder Nicht-Handeln selten in die Verantwortung für gesellschaftliche Verrohung, Politikverdrossenheit und Extremismus. Was oft als Rhetorik der Verdrossenen und Abgehängt galt, wird durch die Causa Maaßen bestätigt.

Robert Habeck beendet seinen Beitrag mit der Bewertung, dass das Vorgehen in der Sache Maaßen für ihn ein Schritt zu viel gewesen sei. „Dachte ich davor noch oft, ja, es ist ein Gewürge, aber wer weiß, was danach kommt, denke ich seit gestern, dass wir mit dieser Regierung mehr zu verlieren haben als zu gewinnen. Die Entscheidung, Herrn Maaßen zu befördern, war eine selbstvergessene, selbstgerechte Entscheidung, die mehr zerstört als heilt. Und niemand der Damen und Herren würde sie richtig finden, wenn sie sie nicht selbst getroffen hätten. Das ist aber der Gradmesser für die Frage, ob man sich abgeschottet und abgekoppelt hat von der Realität: Ist diese Entscheidung irgendwie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger?“



France

# La gauche et l'immigration



Sur la question de immigration, Jean-Luc Mélenchon marche sur un fil

Emmanuel Defouloy, Paris

Comment échapper au thème de l'immigration à l'approche des élections européennes du 26 mai 2019 ? Ou plutôt, comment aborder cette question pour les partis de gauche, dans le contexte de la montée de l'extrême droite en Europe ? Tel est le défi compliqué qui se pose à Jean-Luc Mélenchon et son mouvement La France insoumise (LFI) en cette rentrée politique en France.

En Italie comme en Allemagne, des mouvements issus de la gauche n'hésitent plus en effet à bousculer les fondamentaux de leur camp et à remettre en cause l'ouverture des frontières, pour tenter de garder ou récupérer l'électorat populaire. Outre-Rhin, Sahra Wagenknecht, figure de Die Linke et épouse d'Oskar Lafontaine, vient de lancer le 4 septembre un nouveau mouvement, Aufstehen (Debout), qui entend lutter contre l'ultradroite de l'AfD en « limitant l'immigration ». Non seulement Sahra Wagenknecht critique la politique migratoire d'Angela Merkel, mais elle appelle à en finir avec la « naïveté » de la gauche et sa « bonne conscience sur la culture de l'accueil ». Un positionnement resté toutefois minoritaire au congrès de Die Linke en juin dernier, le parti revendiquant le maintien d'une ligne « claire et solidaire » avec les migrants.

En Italie en revanche, ce discours est désormais au cœur du pouvoir. En grande partie issu de la gauche, le Mouvement cinq étoiles (M5S) de Luigi Di Maio gouverne désormais en coalition avec la Ligue, le parti d'extrême droite de Matteo Salvini, en menant une politique anti-immigrés. Un rapprochement symbolisé dans le champ intellectuel par le philosophe trentenaire Diego Fusaro, très écouté dans les médias. Pour cet essayiste qui se réclame ouvertement de Karl Marx et d'Antonio Gramsci, le clivage droite-gauche a été remplacé au temps du capitalisme financier par un nouveau clivage « haut-bas », entre les « seigneurs » de la

## Ces débats sur les liens entre immigration et problèmes sociaux traversent une grande partie de la gauche européenne et ne manquent pas d'agiter le paysage politique français

globalisation et les « serfs » du « précaire ». Dans ce schéma, il soutient que les migrants sont de nouveaux « esclaves », « déportés » par le « totalitarisme du marché » pour faire baisser le coût du travail en Europe.

Ces débats sur les liens entre immigration et problèmes sociaux traversent une grande partie de la gauche européenne et ne manquent pas d'agiter le paysage politique français, avec cette question centrale : comment la concurrence se met-elle en œuvre ? Uniquement par les délocalisations et la sous-traitance, entre ouvriers du Nord et travailleurs des pays à bas coûts ? Ou également au sein même des pays dits développés, entre ouvriers installés de longue date et nouveaux arrivants ? Pour une partie de la gauche, Jean-Luc Mélenchon avait franchi une ligne rouge, en juillet 2016 au Parlement européen, lorsqu'il avait dénoncé « une Europe de la violence sociale, comme nous le voyons dans chaque pays chaque fois qu'arrive un travailleur détaché, qui vole son pain aux travailleurs qui se trouvent sur place ».

Le 25 août dernier, lors de la rentrée politique des « insoumis » à Marseille, le leader du mouvement s'est également attiré des critiques, après avoir déclaré : « Oui, il y a des vagues migratoires, oui, elles peuvent poser de nombreux problèmes aux sociétés d'accueil quand certains en profitent pour baisser les salaires en Allemagne. Nous disons : honte à ceux qui organisent l'immigration par les traités de libre-échange et qui l'utilisent ensuite pour faire pression sur les salariés ».

Malgré un positionnement très clair lors de la campagne présidentielle de 2017, quand Jean-Luc Mélenchon avait fait respecter en meeting à Marseille une minute de silence en mémoire des migrants morts en Méditerranée, ce qui ne l'a pas empêché de recueillir 19,6 pour cent et plus de sept millions de voix au premier tour de l'élection, LFI est donc régulièrement sommé par des communistes, des socialistes ou des écologistes de dissiper ses ambiguïtés sur l'immigration. Juste avant la Fête de l'Humanité, Ian Brossat, adjoint communiste à la mairie de Paris, vient ainsi de tweeter : « En 1939, mon grand-père juif a fui la Pologne pour échapper à l'antisémitisme. Heureusement pour lui, il est tombé sur des gens qui lui ont ouvert la porte, et non sur des doctes qui auraient disserté sur les Sept plaies d'Égypte avant de lui tendre la main ». Pour le PC, il faut préserver l'accueil et ne pas faire des migrants « les boucs émissaires de la crise ».

À quelques mois des élections européennes, que La France insoumise voit comme une première étape pour rassembler la gauche autour d'elle en vue de la présidentielle de 2022, Jean-Luc Mélenchon marche donc sur un fil, et il n'a pu que désavouer un porte-parole qui a adopté un discours très proche de celui de Sahra Wagenknecht ou Diego Fusaro. Dans *L'Obs*, Djorje Kuzmanovic a déclaré que « la bonne conscience de gauche empêche de réfléchir concrètement à la façon de ralentir, voire d'assécher les flux migratoires (...) Plutôt que de répéter, naïvement, qu'il faut 'accueillir tout le monde', il s'agit d'aller à l'encontre des politiques ultralibérales (...) Lorsque vous êtes de gauche et que vous tenez sur l'immigration le même discours que le patronat, il y a quand même un problème... Ce que nous disons n'a rien de nouveau. C'est une analyse purement marxiste : le capital se constitue une armée de réserve ».

Aussitôt, Jean-Luc Mélenchon a fait savoir que « le point de vue qu'il exprime sur l'immigration est strictement personnel. Il engage des polémiques qui ne sont pas les miennes ». C'est que dans le paysage émiétié de la gauche, et compte tenu du piteux état de forme des autres familles politiques, LFI semble bien le seul mouvement à même de rassembler. « La crise du leadership populaire est réglée : me voici ! », a lancé son leader en cette rentrée.

Alors que le parti macroniste et l'extrême droite du Rassemblement national (ex-FN) sont au coude à coude dans le dernier sondage pour les élections européennes, avec respectivement 21,5 et 21 pour cent des intentions de vote, beaucoup à gauche ne récoltent en effet que des miettes : les écologistes cinq pour cent, le PS 4,5 pour cent, le mouvement Génération-s de Benoît Hamon quatre pour cent et le PC 1,5 pour cent. Crédité de 12,5 à quatorze pour cent des votes selon les sondages, La France insoumise est clairement au centre du jeu. Et sa position sur l'immigration également.

.....

# 2013/2018

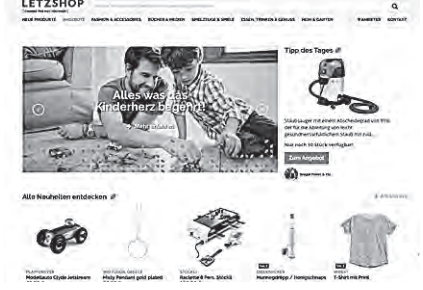
## ticker

.....

### Amazon erneut im Visier

Die EU-Kommission hat eine vorläufige Untersuchung gegen Amazon eingeleitet, um zu prüfen, wie der Konzern die Daten der Dritthändler auf seiner Handelsplattform nutzt. E-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, die Amazon bereits Steuernachzahlungen in Höhe von rund 250 Millionen Euro an den Luxemburger Staat aufgebrummt hat, will die doppelte Rolle von Amazon als Konkurrent der Händler und als ihr Plattform-Anbieter untersuchen und hat dazu Fragebögen an einige Händler geschickt. Die Händler machen auf der Amazon-Plattform Milliardenumsätze, auf denen Amazone Provisionen kassiert. Einer von ihnen berichtete dem *Land* vergangenes Jahr (*Land*, 22. Dezember 2017) von seiner Erfahrung als Händler bei Amazon. Der Zulieferer seines Bestsellerproduktes hatte ihm plötzlich mitgeteilt, ihm das Produkt nicht weiter liefern zu können. Zeitgleich nahm es Amazon in die eigene Produktpalette auf... ms

### Von Algenmittel bis Industriestaubsauger



Seit dieser Woche ist die Online-Verkaufsplattform für den Luxemburger Einzelhandel Letzshop online. Der Tipp des Tages am gestrigen Donnerstag war ein Industriestaubsauger von Makita, der bei Breger Frères & Fils für 179 Euro im Angebot war. Sieht man davon ab, dass die Webseite visuell im Stil der Nation-Branding-Kampagne gehalten ist, ist die Webseite professionell ausgeführt. Doch beim Makita-Staubsauger fehlen beispielsweise genaue Angaben zu Modell und technischer Leistung. Rund 120 Einzelhändler bieten ihre Waren an und das Angebot ist recht eklektisch. Von Kinderspielzeug zu Produkten zur Algenbekämpfung im Teich, von Battin-Bier über Designer-Schmuck und Küchenmaschinen zu Motorrad-

fahrer-Lederkluft. Einzelne Händler bieten mehrere tausend Einzelprodukte an (die Buchhandlung Ernster scheint mit über 300 000 Einzeleinträgen ihr gesamtes Lager ins Angebot aufgenommen zu haben) während es bei anderen kein Dutzend ist (der Konkurrent Alinea führt 13 Bücher/Bildbände). Suchen kann man sowohl nach Produktkategorien, als nach Anbietern, aber die Navigation ist nicht ganz frei von Tücken, ebenso die Lieferbedingungen. Die werden zwar klar und deutlich angegeben: Der Kunde kann seinen Einkauf selbst im Geschäft abholen, eine kostenlose Lieferung wählen, die in ein bis zwei Werktagen eintrifft oder 11,99 Euro bezahlen, damit am gleichen Tage geliefert wird. Dieses „Prime-Angebot“ innerhalb Luxemburgs kostet so viel, wie eine Lieferung ins Ausland. ms

### Punktsieg

Luxemburg hat in Sachen Steuer-Rulings einen Punktsieg erzielt. „Die EU-Kommission hat festgestellt, dass die Nichtbesteuerung bestimmter Gewinne von McDonald’s in Luxemburg keine unzulässige staatliche Beihilfe darstellt, da sie mit dem luxemburgischen Steuerrecht und dem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Luxemburg und den USA im Einklang stand“, teilte die EU-Kommission am Mittwoch mit. Finanzminister Pierre Gramegna freute sich in einer Mitteilung über die Erklärung: „Je me réjouis que la Commission constate que l’application des règles en vigueur à l’époque était conforme au droit communautaire. La présente décision réconforte la position du Luxembourg selon laquelle ce n’est pas parce que l’application des règles en vigueur à l’époque a pu aboutir à un résultat qui ne correspond plus à l’esprit actuel du cadre fiscal national et international, que cette application constitue une aide d’État“. Die Argumentation der EU-Kommission kann in der Tat überraschen, hatte sie bisher bei Rulings, derer sie sich angenommen hatte, gesagt, diese seien selektiv, weil sie anderen Luxemburger Firmen in vergleichbarer Position nicht zur Verfügung stünden und es kann wahrlich niemand behaupten, dass die Pizzeria an der nächsten Ecke sich das Steuerabkommen zwischen den USA und Luxemburg zunutze machen kann.

McDonald’s Franchising Europe, um deren Steuer-Ruling es ging, wurde inzwischen aus dem Luxemburger Firmenregister gestrichen. Als sich McDonald’s aus Luxemburg zurückzog, hatte Gramegna *RTL* gesagt: „Wenn McDonald’s eine neue Briefkastengesellschaft an einem anderen Ort haben will, dann kann der Konzern das gerne machen – aber hier in Luxemburg ist dafür kein Platz mehr.“ (Foto: sb) ms



### Secrétaire d’État à la Place

C’est en toute discrétion que l’ABBL a envoyé ses « réflexions et priorités » aux principaux partis politiques en amont des législatives. (À l’exception de déi Lénk et du KPL qui semblent avoir été boycottés.) Dans ce document non public – mais dont le *Land* s’est procuré une copie –, le lobby des banques et banquiers n’est pas tendre avec le gouvernement sortant. L’ABBL évoque un « dialogue plus difficile avec les autorités », des « changements soudains et imprévus de la législation », des retards dans la transposition de directives européennes et une coordination entre ministères et administrations « insuffisante » résultant d’un « fonctionnement en ‘silos’ des départements ministériels ». Au niveau européen, dans les services de la Commission, du Parlement et du Conseil, « les Luxembourgeois » seraient « absents » ou « en recul ». Mais l’ABBL critique également le pouvoir judiciaire, notamment « la maîtrise insuffisante par les tribunaux des problématiques spécifiques à la Place financière ». Et de plaider pour

« un pôle judiciaire dédié aux affaires financières et économiques, dont les moyens seraient en adéquation avec l’importance de la Place financière et des évolutions technologiques ». Bref, le lobby bancaire fait un plaidoyer pour un État fort. Donc apte à protéger ses intérêts en Europe.

Au même moment, l’ABBL exige un renforcement du Haut comité de la Place financière, « en tant que laboratoire de développement et d’amélioration des produits et des services dont les métiers de la Place financière ont besoin » ; ce qui reviendrait à consacrer son rôle de *ghostwriter* des projets de loi. Pas de surprise non plus sur la fiscalité : l’ABBL veut un abaissement du taux global d’imposition à 21 pour cent, ce qui constituerait « le maximum admissible ». Enfin, l’ABBL souhaite de voir nommé « un ministre ou un secrétaire d’État entièrement dédié à la Place financière disposant des ressources qualitatives et quantitatives adéquates. » Gilles Roth (CSV) comme ministre du Budget et Laurent Mosar (CSV) comme secrétaire d’État à la Place financière ? bt

### Laffer excess

À l’inverse de l’ABBL, qui a donc opté pour la discrétion, l’Association luxembourgeoise des fonds d’investissement avait convié la presse pour présenter ses revendications électorales. Et elle n’a pas hésité à tirer sur la corde fiscale. La taxe d’abonnement (actuellement de 0,05 respectivement de 0,01 pour cent) serait « pénalisante » par rapport à d’autres places financières. Bénéficiant d’une imposition quasi-zéro, les fonds domiciliés au Luxembourg (mais gérés depuis Londres, New York ou Francfort) semblent donc dorénavant revendiquer une imposition zéro. Entre 2005 et 2017, les recettes issues de la taxe d’abonnement sont passées de 493 à 971 millions euros. L’industrie des fonds a pourtant bénéficié d’une spectaculaire spirale de défiscalisation : En 2000, elle payait un euro pour 7 771 euros d’actifs nets ; en 2014, elle payait un euro pour 14 689 euros. L’augmentation des recettes est donc due à la poussée vertigineuse des actifs domiciliés au Grand-Duché. Par ailleurs, l’Alfi demande de développer les fonds immobiliers : cette niche – encore peu dans le viseur des autorités

Wer auf der Webseite der DP, nicht ihrer Wahlseite, sondern der normalen DP-Webseite, französische Version, unter dem Menü-Punkt „Programm“, die Analyse der DP zum Ist-Zustand in der Finanzbranche aufruft, erfährt dort: „Le gouvernement n’a pas réussi à préparer notre place financière pour l’avenir, bien qu’elle soit actuellement l’un des piliers les plus importants de notre économie (...)“. Die Bankenvereinigung ABBL schließt sich dieser Analyse bestimmt an (*siehe unten*). Aber da die DP in der noch laufenden Legislaturperiode nicht nur den Finanzminister, sondern auch den Präsidenten der parlamentarischen Finanz- und Haushaltskommission stellte, kann man davon ausgehen, dass sich um ein Versehen handelt und die Parteimitarbeiter einfach vergessen haben, ihr Programm seit 2013 auf allen Kanälen zu aktualisieren. ms

européennes – qui permet également aux HNWIs et promoteurs luxembourgeois de théoriser *ad aeternam* leurs plus-values à un taux d’imposition de 0,01 pour cent (*d’Land* du 20 avril 2018). bt

### Becca « peur de rien »

Flavio Becca ne boude pas son plaisir en amont du match entre son club, le F91 Dudelange, et l’AC Milan en Ligue Europa. Dans une de ses rares interviews, accordé cette semaine au *Quotidien*, le nabab de l’immobilier et mécène sportif tonitrué : « Je n’ai peur de rien, même pas de la mort ! Même pas du diable ! Alors le Milan AC ! Moi, je veux sauver l’honneur du football luxembourgeois [...] ». Empêtré dans une guérilla judiciaire et médiatique avec Eric Lux et Gérard Lopez (menée via *LuxPrivat*), Flavio Becca explique vouloir intervenir dans le débat public : « Je me suis rendu compte que j’étais beaucoup trop en retrait. Contrairement à un Gérard Lopez par exemple, qui dit beaucoup de contre-vérités selon moi. Et puis en 2011, on m’a piégé avec ces perquisitions visant à faire tomber Juncker. Maintenant, vis-à-vis des politiciens, de la FLF, je dis ce que je pense. » bt

### Chômage

Début septembre, le taux de chômage officiel s’établit à 5,5 pour cent, soit 14 936 demandeurs d’emplois résidents (une baisse de 803 personnes sur une année.) En y ajoutant les résidents affectés à une mesure pour l’emploi (4 584) et les frontaliers inscrits à l’Adem (2 633), on arrive à plus de 22 000 personnes. Les profils les plus recherchés par les employeurs sont les informaticiens, les comptables, secrétaires, banquiers et le personnel de cuisine. bt

### Bus fantôme

Cette semaine, Sales-Lentz a présenté ses premiers minibus à conduite autonome au Pfaffenthal et à Contern (bien que saturés de capteurs et de caméras, un conducteur devra être à bord et la vitesse moyenne tournera autour de vingt kilomètres à l’heure). Dans un communiqué, le Landesverband critique des « bus fantômes » qui menaceraient de rendre obsolètes les

conducteurs. Le syndicat appelle à une réduction du temps de travail pour que le progrès technique bénéficie à tous. bt

### Anfassen, anschauen, wenden

Die Zentralbank stellte diese Woche die neuen 100- und 200-Euro-Scheine vor, die ab kommendem Mai in Umlauf gebracht werden. Damit ist die Europa-Serie „komplett“, wie es in der Mitteilung der BCL heißt. Die 500-Euro-Scheine werden abgeschafft. Die Zentralbanken raten den Verbrauchern, die Scheine nach der Methode „Anfassen, anschauen und wenden“ zu prüfen. Die neuen Scheine werden weniger hoch aber genau so lang sein, wie die aktuellen der ersten Europa-Serie und weisen als neue Sicherheitsmaßnahme zum Schutz vor Fälschungen unter anderem ein „Satelliten-Hologramm“ sich um die Stückelung drehender Euro-Zeichen aus. Ab kommendem März sollen Broschüren ausgeteilt werden, damit sich die Verbraucher konkret sehen können, wie die neuen Scheine ausschauen. ms



Pêche illégale et déforestations en Amazonie – un rapport suédois analyse le rôle des « tax havens »

# L’impact environnemental des paradis fiscaux

Georges Canto

La publication des « Panama Papers » en 2016 et des « Paradise Papers » en 2017 a jeté un éclairage cru sur l’univers des paradis fiscaux. Avant même la divulgation de ces documents, leur rôle dans l’économie mondiale avait été abondamment décrit, mais surtout sous l’angle politique, économique et social. Leur impact écologique, sous la forme notamment de leur soutien à des activités économiques potentiellement préjudiciables à l’environnement, a jusqu’à présent été largement ignoré. En tout cas dans le monde universitaire, car des articles de presse ont déjà été écrits sur ce thème, comme par exemple sur les liens entre la destruction de la forêt tropicale en Indonésie et les sociétés d’huile de palme opérant par le biais des îles Vierges britanniques, et sur les sociétés-écrans impliquées dans la surexploitation des diamants en Afrique de l’ouest.

Cette lacune est en partie comblée par les travaux d’une équipe internationale de chercheurs<sup>1</sup>, publiés dans le numéro de septembre de la revue *Nature Ecology and Evolution* sous le titre « Tax havens and global environmental degradation ». Ils confirment que les mécanismes d’évasion ou d’optimisation fiscale conduisent souvent à financer des actions de destruction de l’environnement.

Notons à ce stade que pour les auteurs la notion de « paradis fiscal » est pour le moins étendue, car 51 pays ou régions en font partie. En Europe la Suisse, le Luxembourg, l’Irlande sont dans le lot, tout comme Andorre, Monaco, Saint-Marin, Chypre et Malte. Ailleurs dans le monde, Hong-Kong, le Liban, Bahreïn et le Costa-Rica y sont inclus. Cela étant, les cas évoqués dans l’étude concernent presque exclusivement les habituels « tax havens » exotiques, surtout dans l’Atlantique et aux Caraïbes.

Pour identifier et quantifier les liens entre les paradis fiscaux et l’environnement, les chercheurs se sont intéressés au domaine de la pêche et à celui de l’exploitation forestière au Brésil. Ce choix n’a pas été fait au hasard. Dans les deux cas il s’agit de « ressources communes » pour des millions de personnes dans le monde : l’océan constitue une source vitale de protéines et de moyens financiers, surtout dans les pays à faible revenu et à déficit alimentaire. Quant à la forêt amazonienne, elle est, par sa taille (5,5 millions de kilomètres carrés contre 4,3 pour l’ensemble des pays de l’UE) essentielle pour stabiliser le système climatique de la planète entière.

En matière navale, un grand nombre de paradis fiscaux sont connus de longue date pour octroyer des « pavillons de complaisance ». Ces pays, dont le Panama est le plus emblématique, sont dotés de faibles capacités de surveillance et de sanction et la plupart du temps ne pénalisent pas les navires naviguant sous leur pavillon, même s’ils violent le droit international. Mais ils relèvent habituelle-

ment de la flotte de commerce (transports de marchandises et de passagers). On connaît moins la situation des bateaux de pêche. Au niveau mondial, on en recense 258 000 et seulement 4,4 pour cent sont actuellement immatriculés dans un paradis fiscal. En revanche 70 pour cent des 209 bateaux impliqués dans des activités de pêche illégales, non déclarées ou non réglementées y sont ou y ont été enregistrés. Le Belize et, à nouveau, le Panama sont particulièrement concernés, avec à eux deux près des trois quarts des navires fraudeurs. Dans ces pays il est facile de contourner les quotas de pêche, de même que la réglementation sur l’entretien des bateaux et le droit du travail.

L’activité de pêche illégale représenterait entre onze et 26 millions de tonnes de poissons capturés chaque année. Elle participe à la surexploitation des océans, mais elle a aussi des impacts sociaux et politiques énormes pour les pays, notamment africains et latino-américains, qui voient leurs ressources abimées ou détruites, sans en bénéficier directement ou via les impôts.

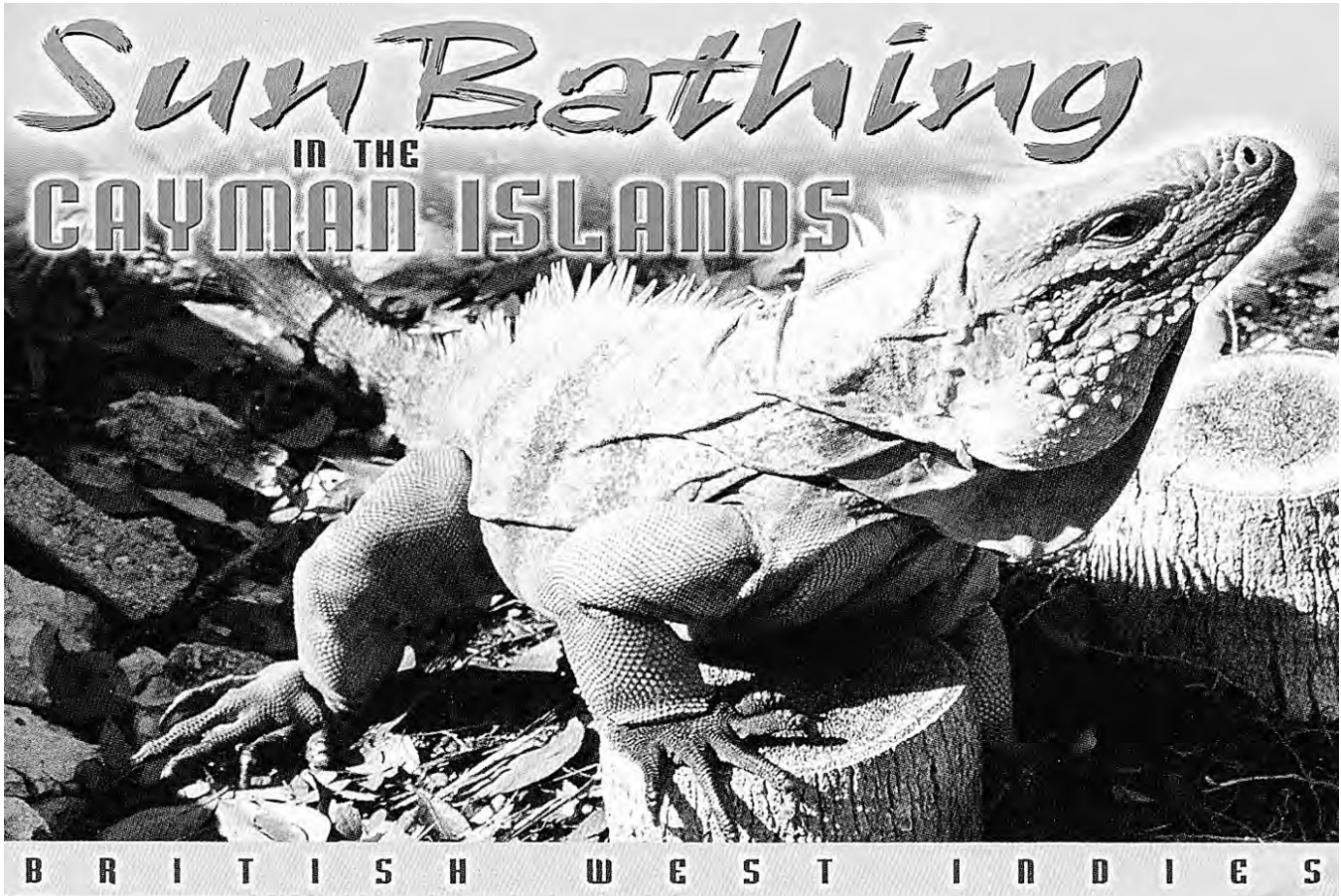
L’article révèle que, grâce au secret issu de la combinaison de paradis fiscaux-pavillons de complaisance, certaines sociétés parviennent à armer des bateaux à double identité, l’une pour la pêche légale, l’autre pour les activités clandestines. « La nature globale de la chaîne de valeur de la pêche, les modes complexes de propriété des bateaux et les capacités de contrôle limitées de nombreux pays

côtiers rendent le secteur vulnérable aux paradis fiscaux », déclare le co-auteur Henrik Österblom.

En Amazonie la déforestation est en marche, notamment pour faire place à l’élevage (production de viande de bœuf) et à la culture du soja. Sur la base de documents fournis par la Banque centrale du Brésil, l’article propose la première quantification des capitaux étrangers investis dans ces deux secteurs en Amazonie brésilienne, dans quatre entreprises d’abattage (représentant 38 pour cent de la capacité brésilienne) et dans cinq sociétés de culture et de broyage du soja (48 pour cent de la capacité), dont plusieurs sont des multinationales connues (Cargill, JBS, Louis-Dreyfus).

Sur plus de dix ans (octobre 2000 à août 2011), environ 27 milliards de dollars leur ont été transférés de l’étranger, de différentes manières (apports en capital, prêts directs ou indirects, avances de trésorerie). Sur ce montant, 18,4 milliards, soit 68,4 pour cent, l’ont été par le truchement de paradis fiscaux. Pour certaines des neuf sociétés étudiées, la proportion monte à 90, voire à cent pour cent.

Le secteur du soja est largement dominant avec 15,4 milliards, cinq fois plus que la viande de bœuf (trois milliards). Mais dans les deux cas, les capitaux proviennent en grande majorité des îles Caïmans, un territoire d’outre-mer du Royaume-Uni situé par la partie ouest de la mer des Caraïbes. Ces îles de 62 000 habitants offrent aux



Les capitaux finançant les déforestations en Amazonie passent via les îles Caïmans, juridiction opaque et à fiscalité ultra-légère

investisseurs trois avantages-clés d’un paradis fiscal : efficacité juridique, imposition ultralégère et secret total. Ce qui leur a permis de voir transiter, loin devant les Bahamas, 90 pour cent des fonds destinés aux sociétés liées au soja et 76 pour cent de ceux liés à la viande, soit au total la bagatelle de seize milliards d’euros (4,5 fois le PIB annuel).

La nouvelle étude fait partie d’un projet en cours intitulé « Earth System Finance : New perspectives on financial markets & sustainability », conduit par le Stockholm Resilience Centre, une structure universitaire, en partenariat avec Future Earth, un programme de recherche international, sur dix ans. Elle a été difficile. Si les chercheurs se sont limités à deux domaines d’activité, c’est aussi en raison du secret des affaires, qui entrave la capacité d’analyser comment les flux financiers transitent par des centres *offshore* affectent les activités économiques localement et de quelle manière ils impactent l’environnement.

Même pour les deux secteurs choisis les obstacles n’ont pas manqué. L’analyse du rôle des paradis fiscaux dans les activités de pêche non durables et illégales a été réalisée en combinant plusieurs ensembles de données sur les navires de pêche : base de données de la FAO, documents des organisations régionales de gestion des pêches et même rapports d’Interpol. La traçabilité des bateaux et de leurs pavillons est difficile, de sorte que le nombre de cas de fraude est sans doute très supérieur à celui des cas connus. Pour la forêt amazonienne, les données

**Entre 2000 et 2011, environ 27 milliards de dollars ont été transférés à des firmes impliquées dans l’abattage de l’Amazonie. Sur ce montant, 18,4 milliards, soit 68,4 pour cent, l’ont été par le truchement de paradis fiscaux**

de la banque centrale du Brésil ont été complétées par l’interrogation directe des sociétés concernées. Malgré cela les informations restent parcellaires.

L’article se termine par une phrase curieuse : « L’absence de liens de causalité clairement établis entre les paradis fiscaux et les changements environnementaux globaux ne devrait pas empêcher d’autres enquêtes », écrivent en effet les auteurs. Ils veulent sans doute dire par là que, selon eux, les centres *offshore* ne contribuent pas directement à la dégradation environnementale mais indirectement par leur rôle de facilitateurs dans l’organisation d’activités frauduleuses ou abimant la planète et dans le recyclage des profits qu’elles génèrent.

C’est déjà beaucoup. Les « Paradise Papers » avaient déjà révélé que plusieurs entreprises du secteur des énergies fossiles (Total, Engie, Glencore) avaient recours à des montages financiers complexes et des sociétés *offshore*, pour investir dans des projets charbonniers, gaziers ou pétroliers.

C’est pourquoi les auteurs suggèrent que, pour relever le défi écologique présenté par l’utilisation des paradis fiscaux, on commence par mieux mesurer, grâce à l’intervention des principaux forums et organisations internationaux, tels qu’Onu Environnement, les coûts environnementaux des avantages fiscaux (qualifiés de « subventions cachées ») procurés par les centres *offshore*.

<sup>1</sup> Victor Galaz, Beatrice Crona, Alice Dauriach, Jean-Baptiste Jouffray et Henrik Österblom, de l’université de Stockholm et de l’Académie royale des sciences de Suède, ainsi que Jan Fichtner de l’université d’Amsterdam.

## Chronique Internet

# Google courbe l’échine en Chine

Jean Lasar

Google a développé le prototype d’un moteur de recherche pour mobiles taillé sur mesure pour le marché chinois, s’inclinant ce faisant devant les exigences de censure et de flicage digital des autorités chinoises, selon le site *The Intercept*. L’information n’a été ni commentée ni démentie par Google. *The Intercept*, qui met en avant le fait que les recherches effectuées à l’aide de ce moteur, baptisé *Dragonfly*, sont automatiquement reliées au numéro de portable de la personne effectuant la recherche, indique par ailleurs qu’au moins cinq employés de Google ont choisi de quitter l’entreprise pour protester contre ce qu’elles considèrent comme une dérive dangereuse.

Le moteur de recherche s’est longtemps enorgueilli de ne pas céder aux demandes de Pékin en matière de contrôle en ligne, avec son slogan officieux « don’t be evil », reformulé en « do the right thing » lors de la création de la holding Alphabet en 2015. Des

informations circulaient depuis quelque temps sur une inflexion de cette approche qui permettrait à Google de s’attaquer directement à l’énorme marché chinois. Si les informations de *The Intercept* sur *Dragonfly* se confirment, on pourra sans doute dire qu’il ne lui reste pas grand chose de son noble positionnement initial.

*Dragonfly* consisterait à bloquer les recherches sur des thèmes jugés sensibles par les autorités chinoises : dissidents politiques, liberté d’expression, démocratie, droits de l’Homme ou manifestations pacifiques, avec l’exclusion de mots-clé comme « protestations étudiantes » ou « prix Nobel » en mandarin. Le moteur de recherche *Dragonfly* serait opéré par une joint-venture basée en Chine, ce qui laisse à penser que les autorités chinoises n’auraient pas beaucoup de mal à mettre la main sur les données collectées ou à actualiser selon leur bon vouloir la liste des termes à bloquer ou à surveiller.

Au-delà de la censure, un tel moteur de recherche stockerait de telles requêtes, qui seraient dès lors accessibles aux services de renseignement chinois et leur permettraient d’identifier les personnes s’intéressant à ces thèmes. Au vu du triste état des droits de l’Homme en Chine, il ne semble guère faire de doute que ces services se serviraient sans hésiter de tels renseignements pour arrêter et interroger les personnes ainsi identifiées. Citée par *The Intercept*, Cynthia Wong, de l’ONG Human Rights Watch, s’inquiète que cela permette « un traçage et un profilage beaucoup plus détaillés du

comportement des gens » et que « relier des recherches à un numéro de téléphone rendrait beaucoup plus difficile pour les gens d’éviter le type de surveillance abusive qui est omniprésente en Chine ».

Parmi les informations triturées par *Dragonfly*, il y a celles sur la météo et la pollution en Chine : celles-ci seraient systématiquement fournies par une source gouvernementale chinoise. Une façon magique de faire disparaître les informations sur les particules dangereuses pour la santé, ou du moins de les minimiser et littéralement « enfumer » les internautes chinois sur l’état de l’air dans leur région. Jack Poulson, un des employés de Google qui a préféré démissionner plutôt que participer à l’élaboration de *Dragonfly*, a écrit à l’état-major de Google qu’il voyait « notre intention de capituler face aux exigences de censure et de surveillance en échange de l’accès au marché chinois comme un abandon de nos valeurs et de notre position de négociation à l’égard des gouvernements dans le monde entier ».

Ce ne sont pas que les Chinois qui vont souffrir de cette inflexion de la politique de Google, qui, faute de démenti, semble avérée. C’est aussi une mauvaise nouvelle pour les internautes occidentaux, qui vont devoir redoubler de vigilance pour préserver leurs droits et leurs libertés dans l’univers numérique. Avec Google qui s’incline devant Pékin, se munir d’un robuste VPN (réseau virtuel privé) et crypter ses communications relève désormais de l’indispensable kit de survie online.

# Und es gibt doch einen Supermarkt hier

# Ferien in Beaufort

Michèle Thoma

„So etwas haben wir hier nicht, das hier ist ein armes Dorf“, weist mich der kleine Mann im grauen Kittel in dem kleinen Laden zurecht. Das unerreichbare Objekt der Begierde für das Camping-Mädchen ist ein Kreuzworträtselheft. Ein paar Jahre später, Ende der Sechziger, wird es hier schon Frikadellen geben, Fritten und jede Menge kleine Holländer. Kleine Holländer, so nannten wir kleinen Luxemburgerinnen die langen, blonden, lustigen Jungs im Schwimmbad und abends in der Disco.

Die kleinen Holländer auf dem Campingplatz, immer noch baumlang und flachsblond, albern immer noch herum im Schwimmbad, wie beruhigend, spritzen immer noch verückt quiekende Mädchen an. Die Bademeister tragen aber jetzt Trikots, auf denen „Lifeguard“ steht, und die Wiese, einst von Transistorradioterterrorist\_innen belagert, ist zur Steppe geworden, stellenweise zur Wüste, aus Baumwipfeln sind seltsame Wedel geworden. So stelle ich mir Geiernester vor. Auch auf dem Campingplatz scheint die Klimamutation schon zugeschlagen zu haben, in der Sahara-Hitze erinnert das Zeltareal an Flüchtlingslager in der Wüste. Die meisten Camper\_innen logieren aber gehoben in Holz-Tipis oder in Wohnmobilen, die Wohnmobile sind, oder in Mini-Villen. Die tragen Nummern, manche Briefkästen und Warnschilder vor Hunden. Wo stand unser Wohnwagen vor über 40 Jahren? Der improvisierte Pfad hat jetzt einen Straßennamen, dort, wo ich im Gras las, pudelt sich ein roter Löwe auf einer Fahne auf. Buddhas, Masken, Arrangements von Steinen und Muscheln haben Hollywood-Schaukel und Gartenzwerge abgelöst, alle sind individualistisch geworden. Geranien werden immer noch gern getragen.

Im Bistro beim Eislaufplatz ohne Eis höre ich, dass nicht die Klimakatastrophe die Bäume entlaubt hat. Sie wurden lediglich geputzt.

Wasser, wo kriegt die Heimattouristin Wasser her, ohne sich total zu ruinieren? Von einem Supermarkt geht die Legende, leider ist er nie dort, wo ich gerade bin. Und die menschliche Sitte, Wasser zu Kaffee oder Wein auszuschenken, wird hierzulande nicht gepflegt, sogar die Herberge, die mir eine Woche lang ein freundliches Obdach bietet, lehnt so ein Ansinnen selbst zu Mahlzeiten ganz entschieden ab. In der Burg schmeckt das Wasser nach Chlor, im Schwimmbad warnt mich eine holländische Camperin vor Chemieeinsatz. Dann dringt auch noch die Kunde eines gekippten Sees an mein Ohr. Im Camping-Büro schenkt sich der junge Mann aber dann demonstrativ Leitungswasser ein: Das trinken wir hier den ganzen Tag!

Neben dem Campingplatz wächst bei einem blumig bemalten Häuschen ein Sonnenblumenwäldchen in den blauen Himmel, ein Mann mit Strohhut gießt, idyllisch wie in französischen Gärtner-Filmen. Ist es Privateigentum? Es ist Paradies, antwortet der Herr der Blumen.

Ich suche das alte Herz von Beaufort. Die imposante Kirche, Neugotik aha, zeigt mir gleich mal die kalte Schulter, Gottesdienste sind nicht angeboten, drei Pfarrer *www* erreichbar. Die Kirche ist beinahe immer zu, sagt der Chef des Hotels nebenan. Und wenn nicht, dann ist sie sowieso leer. Wen interessiert das noch? Und wen interessiert der Friedhof noch?

Der Chef ist allein im im Braunton der Sechzigerjahre gehaltenen und mit dem entsprechenden Mobiliar ausgestatteten Café. Der Gang zur Toilette gerät zum Trip in die Sixties, aber ohne *Flower Power*. Der Wirt schaltet sein Hörgerät ein, ich bekomme Filterkaffee wie vor tausend Jahren im Café de Paris. Ein paar Gäste tauchen in der mittagsleeren Hitze auf, der Chef plaudert Holländisch mit ihnen. Das Hotel Binsfeld wird mein Lieblingsort in Beaufort.

Obschon ich keine *Paschtéit* hier bekomme. Mein ehrgeiziger Plan, mir jeden Tag meines Beaufort-Aufenthalts woanders eine Königinpastete einzuverleiben, erweist sich als unrealistisch. Herr Binsfeld empfiehlt mir die vom Hotel Meyer, die

**Warum ist es hier so totenstill, was geht hinter diesen farbenfrohen Fassaden vor, warum lebt hier niemand oder nichts? Mitten in dem Ort, durch den einst abends aufgekratzte Teenie-Trupps streunten?**

sei echt. Die anderen unecht? Wieder eine Illusion weniger, aber ist das nicht das Ziel jeder Reise?

Warum ist es hier so totenstill, was geht hinter diesen farbenfrohen Fassaden vor, warum lebt hier niemand oder nichts? Mitten in dem Ort, durch den einst abends aufgekratzte Teenie-Trupps streunten? Warum ist die Disco, die es immer noch an der immer gleichen Stelle gibt, der legendäre Flying Durchman, mitten in der Saison so eiskalt geschlossen wie die Kirche? Wo sind überhaupt die Menschen? Hier bellen eine nicht mal Hunde an.

Die Portugiesen sind weg, sagt Herr Binsfeld, dann sind alle weg. Auch die Kinder.

Wenn wir die Holländer nicht hätten, wäre es ganz leer.

Ein paar Meter weiter, auf der Terrasse des „Portugiesencafés“, dessen Koch im Urlaub ist, verarscht mich der Kirchturm mit seinen vier aufgestellten Mittelfingern, ein wirklich eigenwilliger Stil. Gegenüber gibt es vor einem schön stattlichen Haus Kunst, ein paar Betonklötze mit betrübter Wasseroberfläche. Ein anamorpher Brunnen, wie es in der hochkomplexen Erläuterung heißt.

In der *Groussgaass* steht ein Kreuzwegkreuz, die Schrift weg gewischt von der Zeit. Manche Häuser sind verwahrlost wie die Gräber auf dem Friedhof, den ich bald entdecken werde, mit allerhand Verdorrtem vor der Tür. In der verlassenen Post mit den verlassenen Briefkästen wird kein Brief mehr aufgegeben.

Bei Mato aber ist was los, die Terrasse meist voll. Mato ist ein vor Energie strotzender Siebzigerjähriger, der einst aus Kroatien kam. Heimweh hat er null, hier hat er alles, was er braucht, sagt er



Von einem Haus grüßt mich die *Madonna dos Emigrantes* solidarisch

auf Luxemburgisch. Wo die Flüchtlinge sind, die bei ihm untergebracht sind? Die haben einen Hintereingang, strenges Terrassen- und Touristenverbot. Aber schlecht geht es ihnen nicht, sie kriegen alles gratis, Unterkunft, Öffis, Schwimmbad und Verpflegung geliefert. Sie würden „sech schecken“, sagt ein Gast, nur arbeiten würden sie nicht wollen und auch nicht können.

Die tüchtigen Jugoslawen haben sie uns weggenommen und weggeschickt!, beklagt sich ein anderer Einheimischer.

Ich sitze auf einer Bank im Wald, Wohnwagen-Flashbacks suchen mich heim. Ein alter Mann setzt sich zu mir, die Dame an seiner Seite wird mir als Polin vorgestellt, die sich um ihn kümmert. Anschließend geht es um die *Beeforter* Luft, an der etwas Besonderes sein muss, etwas Außerordentliches, Geheimnisvolles. Sie ist nicht nur einfach gut.

Ich gehe in den unter der Hitze immer noch tiefen, grünen, tiefgrünen Wald, er ist immer noch der Märchenwald, das Müllerthal wird schließlich mit „th“ geschrieben wie in alten Märchen. Und

wenn der Wolf? Ich spreche laut ins Handy, um ihm Angst zu machen, endlich eine Straße, ich liebe Autos. Vor dem am Waldweg gelegenen Haus steht vor einem Truck ein junger Mann, nein, es gebe hier keine Wölfe, seine Kinder spielten im Wald. Aber dafür eine Hinrichtungsstätte, ein paar Meter weiter. Ich stehe vor dem bescheidenen Kreuz mit der winzigen Muttergottes und schaue in den letzten Himmel. Er schaut heiter zurück.

Herr Binsfeld schüttelt den Kopf, der Gast hinter dem Bierglas auch. Hinrichtungsstätte in *Beaufort*?, niemals! Dafür ist er für die Folterkammer. Dass die Folterkammer in der Burg ein *Fake* sei, hält er für Blödsinn. Gott sei Dank, damit hat mir ein bestimmt auch Eingeweihter viele Illusionen geraubt, all der Kindheitsgrusel für nix.

Alle Illusionen will die Reisende nicht verlieren.

Rätsel über Rätsel, *Beaufort* ist rätselhaft. Geheimnis um die Portugies\_innen, wenn es so viele gibt, warum gehen sie nicht in die Kirche? Sind sie derart integriert? Und warum sehe ich quasi nie jemand, dem ich das Etikett Flüchtling aufkleben könnte? Weil ich sowieso niemand sehe?

Warum ist die Burg so groß? Viel größer als in der Kindheit, meist ist es umgekehrt, alles wird kleiner. Ist das meiste angeklebt, Burgen wachsen doch nicht?

Und gibt es wirklich einen Supermarkt hier? Und nicht nur Eisenwarenhandlungen, gleich zwei in der *Groussgaass*, so viele auf engem Raum habe ich nur in Mauritius gesehen.

In der Rue du Château stehen auf beinahe allen Briefkästen portugiesische Namen. Ich finde die sand- und lavendel- und siena- und ockerfarbenen Häuser geheim belebt, auch wenn sie offensichtlich verlassen sind. Von einem Haus grüßt mich die *Madonna dos Emigrantes* solidarisch.

Unterwegs zu meiner Herberge nahe der Burg komme ich an zwei stattlichen Herrschaften vorbei, die in sich gesunken, aber doch mächtig vor einer Haustür Stellung bezogen haben. Sie scheinen Geduld zu haben. Sie sind aus Stein und ihre Schädel aus Bein.

In meiner Herberge schlafen die weißblonden und weißhaarigen Tourist\_innen früh, und sie stehen früh auf. Die freundlichen Damen aus Montenegro sprechen Holländisch mit den Touristen. Königinpastete gibt es nicht, ich steige auf Strammer Max um.

Richtung Reisdorf gibt es Reihenhäuser, deren Vorgärten Flächen aus schwarzem oder hellem Schotter sind. Sehr praktisch, wie auf Friedhöfen.

Auf dem *Beeforter* Friedhof auch. Er ist aber auch ziemlich romantisch. Geborstene Grabplatten, offene Gräber, übermoost, verwildert, eine Katze döst in der Sonne. Aber auch rosiger Marmor, das eine oder andere bürgerliche Grab mit Zeichen, das nur eine echte Bildungsbürgerin entschließen könnte. Die Frauenheiligenquote ist mangelhaft, aber dann, okay, genügend, lächeln doch ein paar Madonnen. Und Danke, liebe Portugies\_innen, dass ihr in dieses grabsteinerne Land euer Gold, eure Süße, euer heiliges Herzblut bringt. Herzen, Heilige, Vögel, Ornamente.

Es gibt doch einen Supermarkt. Ich entdecke ihn am letzten Tag. Mit dem Altersheim, er ist gleich daneben. Delhaize steht äußerst diskret am Wegrand, Delhaize heißen sie also jetzt. Ich kaufe Wasser und eine *Revue*, die, wie sich später herausstellt, von der letzten Woche ist. Dafür ist Thierry auf dem Cover, *der* Thierry.

Ins Altersheim kann jede rein, ein paar Alte sagen *Moien*. Ich Alte sage *Moien*. Es gibt Blick auf den Wald und die Wiese, den Delhaize und den Friedhof gleich nebenan.

Ich versorge mich schon mal mit Prospekten, ganz schön teuer.

Bevor ich fortgehe, gehe ich noch einmal durch das alte Herz von *Beaufort*. Ich sehe einen alten Mann zu Fuß gehen, ich höre Geschirrklopper aus einem farbigen Haus. Wie Urlaub im Süden.

Vielleicht ist der Süden wieder da.



Eine Eisenwarenhandlung in der *Groussgaass*. Es gibt noch eine zweite in derselben Straße. So viele Eisenwarenhandlungen auf engem Raum habe ich nur in Mauritius gesehen



# La loi du 1<sup>er</sup> août 2018 met en œuvre le Règlement général sur la protection des données (RGPD)

# Quelles particularités au Luxembourg ?

Hervé Wolff

Si le Règlement général sur la protection des données (RGPD), d'application directe, est en vigueur depuis le 25 mai 2018, et a vocation à constituer un cadre harmonisé au sein de l'Union européenne, ce n'est que le 16 août 2018 qu'a été publiée la nouvelle loi portant organisation de la Commission nationale pour la protection des données et du régime général sur la protection des données (la Loi du 1<sup>er</sup> août 2018).

Elle abroge la loi du 2 août 2002 qui servait jusqu'alors de cadre juridique en matière de traitements de données personnelles.

La Loi du 1<sup>er</sup> août 2018 a pour objectif d'une part d'investir la Commission nationale pour la protection des données (CNPd) de missions étendues qui lui sont conférées par le RGPD et de la doter de pouvoirs accrus (partie 1), et de définir le cadre légal des dispositions spécifiques au droit luxembourgeois – et en particulier celles relatives à la surveillance des salariés (partie 2).

## Champ de compétence, missions et pouvoirs de la CNPD

La CNPD a été instaurée par la loi du 2 août 2002 et était chargée de contrôler et de vérifier l'application de la loi, d'assurer la gestion des formalités administratives auxquelles les responsables de traitement étaient soumis, et avait le pouvoir de prononcer certaines sanctions administratives. La plupart des formalités administratives auxquelles les responsables de traitement étaient soumis ont été supprimées et en particulier l'obligation générale de notification préalable des traitements de données ainsi que les demandes d'autorisation préalable de certains traitements (transferts de données vers les pays tiers, traitements à des fins de surveillance, et cetera) – ceci afin de se conformer à la nouvelle philosophie du RGPD visant à responsabiliser les responsables de traitements de données.

La Loi du 1<sup>er</sup> août 2018 étend le champ de compétences de la CNPD aux traitements de données personnelles tombant dans le champ d'application de



L'employeur pourrait fonder un traitement à des fins de surveillance des salariés sur le consentement du salarié. Même s'il est admis que le consentement du salarié n'est pas considéré comme libre et éclairé du fait du lien de subordination lié au contrat de travail

la loi du 1<sup>er</sup> août 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données personnelles en matière pénale ainsi qu'en matière de sécurité nationale, à l'exception des traitements de données à caractère personnel effectués par les juridictions.

Cette loi étoffe également les missions de la CNPD, détaillées dans le RGPD et notamment à l'article 57.

Une de ses missions principales est de contrôler l'application du RGPD et de veiller à son respect.

Dans ce cadre, la CNPD a notamment une mission de sensibilisation (i) du public et sa compréhension des risques, des règles, des garanties et des droits relatifs au traitement, et (ii) des responsables de traitement et sous-traitants en ce qui concerne les obligations qui leur incombent. La CNPD est égale-

ment en charge de fournir sur demande à toute personne concernée des informations sur l'exercice de ses droits, de traiter les réclamations introduites par ces mêmes personnes, de traiter les notifications des violations de données, d'effectuer des enquêtes sur l'application du RGPD, de conseiller le parlement et le gouvernement ou d'autres institutions au sujet de mesures législatives ou administratives.

Afin de mettre concrètement en œuvre ces missions, la CNPD a d'ores et déjà mis en ligne sur son site web plusieurs formulaires et outils :

- un formulaire de notification des violations de données – permettant à chaque responsable de traitement de se conformer à son obligation de notifier les violations de données à caractère personnel à la CNPD dans un délai de 72 heures après en avoir pris connaissance si la violation en question est susceptible d'engendrer un risque pour les droits et libertés des personnes concernées ;
- un formulaire de déclaration du délégué à la protection des données (DPO) – chaque responsable de traitement ou sous-traitant doit en effet communiquer à la CNPD les coordonnées du délégué à la protection des données (DPO) s'il en a désigné un ;
- un formulaire de demande de consultation préalable permettant au responsable de traitement d'obtenir un avis de la CNPD sur l'analyse d'impact qu'il a réalisée – chaque responsable de traitement s'il a identifié des traitements de données personnelles susceptibles d'engendrer des risques élevés pour les droits et libertés des personnes concernées (traitement de données sensibles à grande échelle par exemple), doit mener une analyse d'impact relative à la protection des données ;
- un outil interactif permettant notamment de vérifier le conformité au RGPD et de gérer le registre des traitements ;
- des lignes directrices sur différents sujets et notamment sur les obligations auxquelles le responsable de traitement peut être soumis, la documentation de la conformité, l'analyse d'impact relative à la protection des données, la vidéosurveillance, le délégué à la protection des données, et cetera.

En parallèle, les pouvoirs de la CNPD sont également étendus en application de l'article 58 du RGPD et des articles 12 à 14 de la Loi du 1<sup>er</sup> août 2018.

La CNPD peut obtenir du responsable de traitement l'accès à toutes les données personnelles traitées et à

**Il sera intéressant de voir si, et dans quelle mesure, la CNPD, voire les juridictions, useront de leurs pouvoirs d'interprétation du RGPD, dont certaines dispositions restent assez vagues et à l'appréciation de ceux qui doivent les appliquer et s'y conformer**

toutes les informations nécessaires à l'exercice de ses missions. Elle est en mesure de dénoncer toute violation du RGPD aux autorités judiciaires et a elle-même le droit d'ester en justice. Elle peut en outre mener des enquêtes sous la forme d'audits sur la protection des données et a le droit d'obtenir accès à tous les locaux du responsable du traitement. On peut noter que la CNPD avait déjà ces pouvoirs sous l'empire de la loi du 2 août 2002.

L'une des nouvelles prérogatives de la CNPD concerne les pouvoirs de sanctions et la possibilité d'imposer des amendes administratives, telles que prévues à l'article 83 du RGPD, ainsi que des astreintes, alors que jusqu'à présent, la CNPD n'avait pas ce pouvoir. La Loi du 1<sup>er</sup> août 2018 prévoit cependant que l'État et les communes ne peuvent pas se voir infliger d'amendes administratives ou d'astreintes.

Les violations par le responsable de traitement de ses obligations lui incombant en vertu du RGPD, font l'objet d'amendes pouvant s'élever jusqu'à vingt millions d'euros ou, dans le cas d'une entreprise, jusqu'à quatre pour cent du chiffre d'affaires annuel mondial total de l'exercice précédent, le montant le plus élevé étant retenu.

Les amendes doivent être dans chaque cas effectives, proportionnées et dissuasives. Le RGPD prévoit qu'il doit être tenu compte de circonstances aggravantes ou atténuantes pour décider s'il y a lieu d'imposer une amende administrative et pour fixer le montant de l'amende.

Ces circonstances concernent plus particulièrement la nature, la gravité et la durée de la violation, si la violation a été commise délibérément ou par négligence, si des mesures ont été prises pour atténuer le dommage subi par les personnes concernées, le degré de responsabilité du responsable de traitement compte tenu des mesures techniques et organisationnelles mises en œuvre, le degré de coopération du responsable de traitement avec la CNPD, les catégories de données personnelles concernées par la violation, ou la manière dont la CNPD a eu connaissance de la violation.

En outre, selon l'article 49 de la Loi du 1<sup>er</sup> août 2018, la CNPD peut, par voie de décision, infliger au responsable de traitement des astreintes jusqu'à concurrence de cinq pour cent du chiffre d'affaires journalier moyen réalisé au cours de l'exercice social précédent, ou au cours du dernier exercice social clos, par jour de retard à compter de la date qu'il fixe dans sa décision, pour le contraindre à communiquer toute information que la CNPD a

## Zu Gast

# Nicht alle Parteien sind gleich

Ali Ruckert

Anders als das öffentlich dargestellt wird, ist der Wahlkampf, der gegenwärtig geführt wird, kein fairer. Aber das war lange gewußt, bevor dieser Wahlkampf begann, so dass die KPL keinen Grund sah, ein „Fairness-Abkommen“ zwischen den Parteien zu unterzeichnen, welches dazu da ist, die Wirklichkeit zu verschleiern, nach dem Motto: „Alle Parteien sind gleich, aber einige sind gleicher als andere.“

Dank des Parteienfinanzierungsgesetzes haben die in die Chamber gewählten Parteien und die Piraten Geld wie Heu, das sie während der nächsten Wochen ausgeben können – meistens, um Versprechen aufzuwärmen, die sie während der vergangenen Jahre nicht erfüllten oder um neue Wahlversprechen zu erfinden, von denen sie heute schon wissen, dass sie diese weder morgen noch übermorgen erfüllen werden. Allein der Druck von Zeitungen und Broschüren und deren Verteilung durch die Post und das Aufstellen von Riesen-Plakatflächen werden Hunderttausende Euro verschlingen.

## Ali Ruckert ist Präsident der Kommunistischen Partei Luxemburgs

Die KPL hingegen bekommt keinen Cent aus der Staatskasse und kann ihre gedruckten Argumente weitgehend nur dank der freiwilligen, unentgeltlichen Hilfe ihrer Mitglieder flächendeckend verbreiten. Aber auch das wird nur im Bezirk Süden der Fall sein und kann nur in dem Maße erfolgen, wie die Militanten der KPL genug Spenden sammeln werden, um die Kosten für den Wahlkampf zu finanzieren.

Obwohl alle Parteien, die in den vier Bezirken kandidieren, eigentlich gleichgestellt sein sollten, ist das nicht der Fall, da die Kommunisten zu einer ganzen Reihe von politischen Wahlsendungen und -veranstaltungen nicht eingeladen werden, da diese oft ausschließlich den Parteien aus der Chamber vorbehalten bleiben. Das gilt nicht nur für das Fernsehen und die Tageszeitung des Bistums, sondern auch für demokratische Organisationen der so genannten Zivilgesellschaft, wie etwa den Mouvement écologique und die Gewerkschaft SEW-OGBL, die KPL-Vertreter bei Rundtischgesprächen ausgrenzen.

Hier besteht offensichtlich die Absicht, den Kommunisten so wenig wie möglich Gelegenheit zu geben, die Schaffenden mit ihren Argumenten davon zu überzeugen, dass es für sie von großem Nutzen sein wird, wenn die KPL die Chambertribüne nutzen kann, um über die wahren Probleme der Lohnabhängigen und Rentner zu sprechen und ihre Forderungen und die ihrer Gewerkschaften und Organisationen vorzutragen und damit die anderen Parteien zu zwingen, Farbe zu bekennen.

Denn es gibt für die Lohnabhängigen aus dem Privatsektor und dem öffentlichen Dienst viele gute Gründe, KPL zu wählen und am 14. Oktober den Kreis über Liste 5 zu schwärzen, angefangen bei bildungspolitischen, sozialen und antimilitaristischen Forderungen, bis hin zu gesellschaftspolitischen Alternativen zur bestehenden finanzgetriebenen Ausbeutergesellschaft, deren Mechanismen, welche von den „staatstragenden“ Parteien garantiert werden, die bestehenden Ungerechtigkeiten immer wieder reproduzieren und noch größer machen.

Fünf Forderungen aus dem Programm der KPL seien hier stellvertretend genannt, weil sie zu den absoluten Prioritäten der Kommunisten gehören:

- Damit der Mindestlohn, die Teuerungszulage und die Familienzulagen um 20 Prozent erhöht werden.
- Damit mehr Mietwohnungen gebaut und niedrigere Mieten gesetzlich verankert werden.
- Damit die Lohnabhängigen und Rentner niedriger besteuert werden, die Banken und das Großkapital aber deutlich höher.
- Damit Schluss gemacht wird mit dem Geldverpulvern für militärische Aufrüstung.
- Damit Tausende Lohnabhängige mehr wert sind als ein Aktionär.

Allein dies sind fünf gute Gründe, am 14. Oktober Liste 5 zu wählen. „Deng Stëmm fir eng kosequent Opposition“ kann entscheidend dazu beitragen, dass diese Forderungen in Zukunft Gehör finden..

demandée, ou à respecter une mesure correctrice que la CNPD a adoptée.

Enfin, outre les amendes et les astreintes, la CNPD dispose de tout un arsenal coercitif qui peut être appliqué en cas de violation du RGPD. La CNPD peut donner des avertissements, rappels à l'ordre, enjoindre le responsable de traitement de se conformer au RGPD, ou de communiquer à une personne concernée une violation de données. Elle peut aussi imposer une limitation temporaire ou définitive, y compris une interdiction de traitement, pour ordonner la rectification ou l'effacement de données personnelles ou la limitation du traitement.

Une exception notable aux pouvoirs de la CNPD concerne certaines professions soumises à une obligation de secret, telles la profession d'avocat, de notaire, de l'audit, qui prévoit que les pouvoirs d'accès aux données personnelles, aux informations et le cas échéant aux locaux du professionnel visé, ne peuvent se faire que dans le cadre des règles régissant leur profession.

On peut encore noter que toute décision de la CNPD qui sanctionnerait un responsable de traitement est susceptible de recours devant le tribunal administratif qui statue comme juge du fond.

### Dispositions spécifiques en droit luxembourgeois

Le législateur a choisi de limiter au minimum les particularités du droit luxembourgeois des données personnelles par rapport au RGPD. Au vu des pouvoirs élargis de la CNPD, on peut s'attendre à ce que des précisions quant à l'interprétation et l'application du RGPD seront à l'avenir apportées par la CNPD, voire par les tribunaux administratifs dans le cadre de recours éventuels contre des décisions de la CNPD.

Les dispositions spécifiques ont vocation à s'appliquer uniquement aux responsables de traitement (et aux sous-traitants) établis à Luxembourg.

#### Les traitements à des fins de journalisme ou d'expression universitaire, artistique ou littéraire

Les dispositions dérogatoires de la loi du 1<sup>er</sup> août 2018 sont prises afin de se conformer à l'article 85 du RGPD qui prévoit que les États membres concilient, en adoptant des dispositions légales spécifiques, le droit à la protection des données personnelles et le droit à la liberté d'expression et d'information, y compris le traitement à des fins journalistiques et à des fins d'expression universitaire, artistique ou littéraire.

Ces dispositions spécifiques – détaillées à l'article 62 de la Loi du 1<sup>er</sup> août 2018 – ont pour but de ne pas entraver le travail des journalistes et chercheurs en limitant les exigences légales. Ils ne sont par exemple pas soumis aux restrictions des transferts de données vers les pays tiers, ni à l'interdiction de traiter des données sensibles, y inclus des données judiciaires, si ces données ont été rendues publiques par la personne concernée ou sont en rapport direct avec la vie publique de la personne concernée.

De plus, et afin de protéger leurs sources, les journalistes et chercheurs ne sont pas soumis à l'obligation d'information des personnes concernées quant au traitement de données effectué, si cette obligation compromettrait la collecte des données ou une publication en projet. De même, le droit d'accès des personnes concernées à leurs données est différé en ce qu'il ne peut pas porter sur des informations relatives à l'origine des données et qui permettraient d'identifier une source.

#### Les traitements à des fins de recherche scientifique, historique ou statistique

L'article 89 du RGPD donne la possibilité aux États membres de prévoir des dérogations à certains droits prévus par le RGPD lorsque des données personnelles sont traitées à des fins de recherche scientifique ou historique ou à des fins statistiques. Ceci inclut plus particulièrement le domaine de la recherche publique ou privée.

Le législateur luxembourgeois a utilisé cette possibilité en prévoyant aux articles 63 à 65 de la Loi du 1<sup>er</sup> août 2018 que les personnes concernées pourront ne pas avoir de droit d'accès, de droit de rectification, de droit à la limitation du traitement et de droit d'opposition, à la condition que certaines mesures appropriées additionnelles soient prises par le responsable de traitement.

Ces mesures, définies à l'article 65 de la loi sont obligatoires et incluent la désignation d'un délégué à la protection des données, la réalisation d'une analyse de l'impact des opérations de traitement envisagées sur la protection des données, l'anonymisation ou la pseudonymisation des données effectuée par

## En ce qui concerne les traitements de données à des fins de surveillance des salariés, le gouvernement luxembourgeois a fait le choix de libéraliser le régime juridique

### Traitement de données à des fins de surveillance des salariés

La loi du 1<sup>er</sup> août 2018 modifie l'article L.261-1 du code du travail qui régit les traitements de données effectués par l'employeur à des fins de surveillance dans le cadre des relations de travail.

Ces mesures de surveillance peuvent inclure la vidéosurveillance, la surveillance du courrier électronique, la surveillance de l'utilisation d'Internet, l'enregistrement des conversations téléphoniques des salariés, le contrôle électronique des accès par les salariés, la surveillance électronique des horaires de travail, et cetera.

La modification de cette disposition a fait l'objet d'avis assez tranchés pendant le processus d'examen du projet de loi. Et pour cause, l'idée générale de la mise en œuvre du RGPD et de la nouvelle loi était d'aller vers plus de droits et de garanties pour les personnes concernées, et plus de contraintes pour les responsables de traitements afin de garantir plus efficacement la protection des données personnelles.

Or force est de constater qu'en ce qui concerne les traitements de données à des fins de surveillance, le gouvernement et le législateur luxembourgeois ont fait le choix de libéraliser le régime juridique applicable à la surveillance des salariés, ce qui

explique, les positions critiques, non seulement de la Chambre des salariés mais également de la Commission consultative des droits de l'homme à l'égard du texte tel qu'il était présenté, la CNPD de son côté, soutenant la modification apportée.

En effet, l'ancienne version de l'article L.261-1 du code du travail prévoyait cinq cas d'ouverture limitatifs dans lesquels une surveillance des salariés était légitime. Le traitement de données à des fins de surveillance sur le lieu de travail n'était par conséquent possible que s'il était nécessaire :

1. pour les besoins de sécurité et de santé des salariés, ou
2. pour les besoins de protection des biens de l'entreprise, ou
3. pour le contrôle du processus de production portant uniquement sur les machines, ou
4. pour le contrôle temporaire de production ou des prestations du salarié, lorsqu'une telle mesure est le seul moyen pour déterminer le salaire exact, ou
5. dans le cadre d'une organisation de travail selon l'horaire mobile conformément au présent code.

Comme l'a à juste titre relevé la CNPD dans son avis sur le projet de loi, « en prévoyant une liste limitative de finalités légitimes, le législateur a dès lors exclu qu'un employeur puisse mettre en

œuvre un traitement de données à des fins de surveillance pour d'autres finalités »<sup>1</sup>.

Or le nouvel article L.261-1 du Code du travail, prévoit désormais que le traitement de données à des fins de surveillance des salariés ne peut être mis en œuvre par l'employeur que dans les cas visés à l'article 6 du RGPD, c'est-à-dire les conditions générales de licéité des traitements de données.

Concrètement, cela signifie que l'employeur pourrait fonder un traitement à des fins de surveillance des salariés sur le consentement du salarié, alors que jusqu'à présent il était explicitement prévu à l'article L.261-1 du Code du travail que le consentement de la personne concernée ne rend pas légitime le traitement mis en œuvre par l'employeur – et que par ailleurs il est admis que le consentement du salarié n'est pas considéré comme libre et éclairé du fait du lien de subordination lié au contrat de travail<sup>2</sup>.

Cela signifie aussi que l'employeur peut désormais fonder un traitement à des fins de surveillance des salariés s'il considère que le traitement est nécessaire aux fins des intérêts légitimes qu'il poursuit, condition de licéité qui reste vague et sujette à interprétation, même si cette condition suppose la mise en balance des intérêts respectifs du responsable du traitement de données et de la personne concernée.

La CNPD a soutenu cette modification, parce qu'elle considèrerait que l'ancien article L.261-1 du code du travail était contraire à la jurisprudence de la Cour de Justice de l'Union européenne, et contraire au RGPD car il enlève à l'employeur la possibilité de légitimer un traitement à des fins de surveillance sur le lieu de travail sur la base de ses intérêts légitimes, et qu'il modifie la portée de l'un des principes de l'article 6 du RGPD<sup>3</sup>.

En revanche, la Commission consultative des droits de l'homme et la Chambre des salariés ont considéré dans leurs avis sur le projet de loi que « le texte de loi proposé offre en fait moins de protection aux salariés que l'article L.261-1 du Code du travail actuel » et recommandaient « de revenir à une liste limitative de finalités autorisées dans le cadre de relations de travail »<sup>4</sup>.

Par ailleurs, et afin de compenser la suppression de l'autorisation préalable qui était nécessaire pour mettre en place un traitement à des fins de surveillance dans le cadre des relations de travail, le législateur a prévu un mécanisme selon lequel l'employeur doit informer préalablement à la mise en œuvre du traitement le comité mixte, ou à défaut la délégation du personnel ou à défaut encore l'Inspection du travail et des mines. Cette information doit notamment contenir une description détaillée de la finalité du traitement, ainsi que les modalités de mise en œuvre du système de surveillance, et un engagement formel de l'employeur de ne pas détourner les finalités du traitement.

En outre, dans les quinze jours suivant l'information préalable, la délégation du personnel, ou à défaut les salariés concernés, peuvent soumettre une demande d'avis préalable relative à la conformité du projet de traitement à des fins de surveillance du salarié à la CNPD qui doit rendre son avis dans le mois de la saisine. La demande d'avis a en outre un effet suspensif du projet de surveillance pendant ce délai. Il n'est cependant pas précisé si cet avis de la CNPD a un effet contraignant sur la mise en place du système ou s'il est simplement consultatif, ce qui rendrait son utilité toute relative. Le Conseil d'État estime pour sa part que cet avis préalable équivaut en réalité à une autorisation<sup>5</sup>.

En conclusion, si la volonté du législateur de limiter les spécificités nationales par rapport au RGPD au minimum, afin de se conformer à l'objectif d'harmonisation du cadre juridique de la protection des données au sein de l'Union européenne semble atteint, il sera intéressant de voir si, et dans quelle mesure, la CNPD, voire les juridictions, useront de leurs pouvoirs d'interprétation du RGPD, dont certaines dispositions restent assez vagues et à l'appréciation de ceux qui doivent les appliquer et s'y conformer.

Hervé Wolff est avocat à la Cour, LG Avocats.

<sup>1</sup> Avis complémentaire de la CNPD sur le projet de loi 7184, 25 avril 2018, page 3

<sup>2</sup> Article 29 Working Party, Guidelines on consent under Regulation 2016/679 adopted on 28 November 2017, paragraph 3.1.1.

<sup>3</sup> Voir note 1

<sup>4</sup> Avis complémentaire de la Commission consultative des droits de l'homme sur le projet de loi 7184, page 4, qui cite l'avis de la Chambre des salariés

<sup>5</sup> Avis du Conseil d'État sur le projet de loi 7184, 30 mars 2018, page 27



Les amendes peuvent s'élever jusqu'à vingt millions d'euros ou, dans le cas d'une entreprise, jusqu'à quatre pour cent du chiffre d'affaires annuel mondial total de l'exercice précédent



Cela fait un moment que l'on n'avait plus vu Simone Decker au travail au Luxembourg, probablement dix ans, depuis *Elo – Inner exile/outer limits* au Mudam. C'est donc avec beaucoup d'impatience qu'on attend le vernissage de son exposition personnelle intitulée *Clashtest*, qui aura lieu demain, samedi 22 septembre, à partir de 11h30 au centre d'art Dominique Lang à Dudelange. Pour cette « non-rétrospective », elle a amené d'anciennes œuvres comme matériau de départ, vingt ans d'art qu'elle cite, recycle, interroge, retravaille ou commente avec un clin d'œil. Decker, qui est née en 1968 à Esch-sur-Alzette et vit et travaille à Francfort, est en résidence à Dudelange depuis le début du mois et s'amuse à travailler sur mesure pour cet espace difficile. Elle avait représenté le Luxembourg à la biennale de Venise en 1999 et s'était vue consacrer deux monographies au Casino. Dans son travail, elle questionne avec beaucoup d'humour la perception et la place du spectateur. jh

Sven Becker

## Politique



### Scout toujours !

C'est Nancy Braun, actuelle directrice administrative du Casino Luxembourg, qui remporte la course au poste de coordinateur général de l'année culturelle Esch 2022, annonçant le conseil d'administration de l'asbl organisatrice, présidée par le maire CSV d'Esch-sur-Alzette Georges Mischo, hier en fin d'après-midi. Après avoir reçu quelque 600 candidatures pour les quatre postes à pourvoir dès octobre, l'asbl avait chargé une société privée de l'évaluation des candidatures et des premiers entretiens. Quatre finalistes étaient finalement qualifiés jusqu'à la dernière étape, deux entretiens avec les responsables politiques. Nancy Braun (photo : LinkedIn) avait plusieurs jok'ers : elle a travaillé pour le DP, le parti du Premier ministre et de l'échevin à la Culture à Esch, Pim Knaff ; elle a l'expérience d'une année culturelle pour avoir été l'adjointe de Robert Garcia en 2007 ; elle connaît les (dys)fonctionnements de l'organisation eschoise pour avoir fait partie du comité d'accompagnement... Et surtout, c'est une grande pragmatique devant l'Éternel, scout toujours, qui met la main à la pâte quand il faut. Entrant en fonction le 1<sup>er</sup> novembre, elle pourra assister au recrutement de l'équipe, notamment du directeur artistique. jh

## Politique



### « Pas de sexe, pas de rôle »

La danseuse, chorégraphe, conseillère communale à Luxembourg-Ville et candidate du DP pour les élections législatives Sylvia Camarda est au centre d'une polémique sur les réseaux sociaux qui visait initialement son maître, l'artiste et chorégraphe anversois Jan Fabre. Dans une lettre ouverte publiée le 12 septembre sur le site belge *Rektoverso.be*, une vingtaine d'anciens danseurs de Fabre l'accusent de harcèlement moral et sexuel. Fabre traiterait ses danseurs et surtout ses danseuses comme des chiens, les humiliant constamment afin d'en faire ce qu'il appelle ses « guerriers de la beauté ». Ces anciens, dont huit ont même le courage de signer avec leurs noms, racontent comment Fabre manipule et utilise ses danseurs, leur reprochant des prises de poids ou leur imposant des séances photos « semi-crêtes » comme prétexte pour ses avances sexuelles. Il y a une quinzaine d'années déjà, son slogan aurait été « pas de sexe, pas de rôle ». Dans un entretien au *Quotidien*, Sylvia Camarda, ancienne danseuse de Fabre, prend sa défense : Fabre n'aurait que l'art en tête et il faudrait bien travailler pour correspondre à son idéal. Elle-même aurait passé « de longues nuits (...) à faire des photos » et n'aurait jamais eu de problèmes. Ces filles seraient probablement frustrées parce qu'elles n'auraient pas eu de nouveau contrat. Camarda s'est faite dézinguer aussi sec par les féministes militantes sur les réseaux sociaux, critiquant son manque de sensibilité, d'empathie et de solidarité avec ces victimes de harcèlement. En effet, le droit de cuissage n'existe plus depuis un bon moment et le mouvement *#metoo* a enfin libéré la parole de milliers d'artistes qui en ont marre des abus de pouvoir dans le domaine des arts. jh

## Politique



### Du concret, enfin ?



La Naga (pour « Nationalgalerie ») est une farce, une parodie de Richtung 22, mais beaucoup de gens, aussi des artistes, y ont cru, tellement les frontières entre réalité et satire sont poreuses désormais. Le collectif a profité de l'hystérie du repli identitaire en phase préélectorale et du *Zukunft op Lëtzebuergesch* du DP pour promouvoir son spectacle, qui sera joué du 24 au 29 septembre sous forme de visite guidée de leur galerie d'art nationale installée dans le bâtiment de l'ancien Hariko à Bonnevoix (informations et réservations : [facebook.com/Nationalgalerie.lu](https://facebook.com/Nationalgalerie.lu)). Ils seront ainsi synchrones avec le dernier sprint de Jo Kox pour le compte du ministère de la Culture, dans le cadre du lancement d'un *Plan de développement culturel* : jeudi prochain, 27 septembre, le ministre libéral de la Culture Xavier Bettel, son secrétaire d'État Guy Arendt et Jo Kox présenteront, au Kinneksbond à Mamer, la version définitive de ce texte, dans laquelle seront prises en compte les remarques des acteurs culturels envoyées durant l'été. Ce sera surtout l'occasion de dévoiler un calendrier de mise en œuvre de la soixantaine de mesures préconisées. Le document, qui est déjà disponible sur [culture.lu](https://culture.lu), prévoit un plan d'action jusqu'en 2028. jh

## Export



### Semer à tout vent

Un an avant la grande rétrospective qui sera consacrée à son œuvre au Mudam, sous le commissariat d'Enrico Lunghi, l'artiste luxembourgeois Bert Theis, mort en 2016, est à l'honneur dans plusieurs villes européennes. L'espace de recherches plastiques Avto à Istanbul consacre par exemple une exposition intitulée *Provisional green space* à sa militance artistique contre la marchandisation de l'espace public, notamment à Milan où il habita – Theis avait forgé le terme de *Fight specific art* (jusqu'au 29 octobre ; photo : Avto ; informations : [avtoonline.org](https://avtoonline.org)). Et à Toulouse, le commissaire du *Printemps de septembre* et fidèle ami de Bert, Christian Bernard, lui rend hommage en intégrant ses bancs blancs dédiés à la réflexion et au prélésement dans le programme du grand festival qui commence aujourd'hui ([printempsdesseptembre.com](https://printempsdesseptembre.com)). jh



### Addendum

Les photos que Raymond Clement a prises de Dexter Gordon, Charlie Mingus et Sam Jones accompagnant l'article « Les faubourgs du jazz » de Paul Rauchs dans le *Land* de la semaine dernière feront partie de sa rétrospective sur le jazz, à partir de septembre 2020 au Tunnel de la BCEE. Le portrait de Chet Baker est d'Alex Vermast.

## Art contemporain



### La belle et la bête



Giuseppe Licari avait participé à la grande exposition *Public Art Experience* du Fonds Belval en 2016 et son installation est restée dans la mémoire de ceux qui l'avaient vue : pour *Schlak*, il avait sacralisé les scories des usines sidérurgiques de la Minette luxembourgeoise en les présentant comme des bijoux, sur des socles brillants et éclairés par des spots ponctuels. Sur cette photo grand format (TPC), il présenta les résidus de l'usine comme un paysage rocheux islandais. Danielle Igniti a donc invité l'artiste italien qui vit et travaille à Rotterdam pour une des dernières expositions dont elle a la charge aux Centres d'art à Dudelange : en parallèle à Simone Decker à Dominique Lang (voir ci-dessus), Licari se voit offrir une exposition personnelle à Nei Liicht, intitulée *The promised land* (curatrice : Sofia Eliza Bouratsis), qui est un prolongement et un approfondissement de son travail sur le processus industriel, ses déchets et les paysages qu'il crée, véritable preuve de l'anthropocène (vernissage demain, samedi 22 septembre à partir de 11h30 ; exposition jusqu'au 25 octobre ; informations : [galleries-dudelange.lu](https://galleries-dudelange.lu) et [giuseppelicari.com](https://giuseppelicari.com)). jh

## Musiques



### Décharge céleste

La Rockhal accueille ce dimanche, 23 septembre les sulfureux Californiens de Deafheaven. Sulfureux, car la formation s'attire depuis ses débuts les foudres de certains ayatollahs du *black metal*. Pourquoi ? Si leurs trois albums dont le récent *Ordinary corrupt human love se* réclament ouvertement de ce genre extrêmement codifié, Deafheaven n'hésite pas à triturer ces codes. Modes majeurs, compositions épiques et progressives, intros joués au piano, ambiances *shoegaziennes* voire postrock ainsi que des rythmiques lorgnant vers le jazz se superposent aux *blast beats* et autres *growls pig squeal* usuels. Certains y voient un coup de maître et adoucent la *hype* qui entoure le groupe, d'autres crient à l'opportunisme mystificateur. La première partie sera assurée par Inter Arma, qui pratique plutôt du *metal* lent, menaçant et atmosphérique entre Pink Floyd et Neurosis. da

### Rats de studio

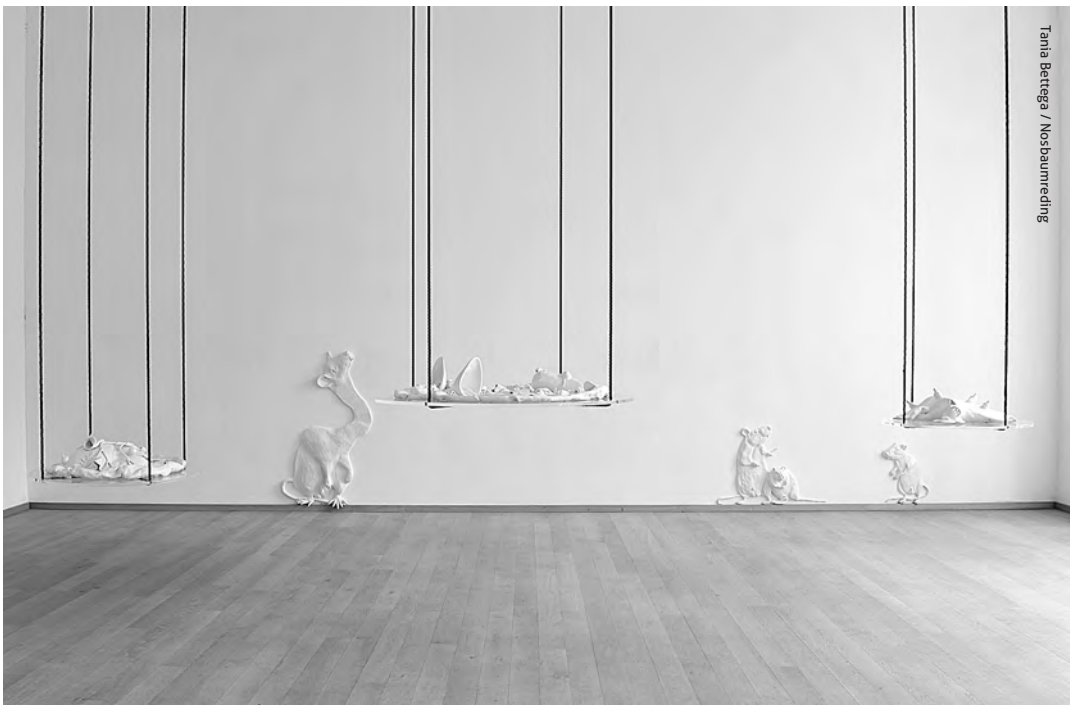
Son Lux fera également une apparition à la Rockhal mardi 25 septembre. Le projet de Ryan Lott s'est mué peu à peu en un groupe protéiforme, mais garde les mêmes velléités qu'à ses débuts : proposer une pop synthétique aussi symphonique qu'expérimentale pour la forme, tandis que le fonds se veut introspectif. La voix étranglée et poignante de Lott confiant ses atermoiements se confronte à un terreau sonore ciselé, méticuleux et foisonnant. L'équilibre vacillant est réussi haut à la main sur disque comme le prouve l'impressionnant *Brighter Wounds*, qui peine paradoxalement à émouvoir. da

Art contemporain

# L’homme est un rat pour l’homme

josée hansen

Il y aurait entre 1,6 et 1,7 rats par habitant (!) à Paris, soit 3,8 millions, estimait l'expert en hygiène et sécurité français Pierre Falgayrac en début d'année dans une interview au *Monde*. Ces rats urbains nichent dans les égouts, où il y a de l'eau en abondance, une température constante et pas de prédateurs. La nourriture, ils vont la chercher là où ils la trouvent, et, parce qu'ils éliminent les déchets humains, Falgayrac estime qu'ils sont même utiles dans les grandes villes – en un an de vie, un rat mangerait ainsi jusqu'à neuf kilos de déchets. À ses yeux, il n'est pas nécessaire de les éradiquer, puisque leurs populations s'autorégulent selon la disponibilité de nourriture. Mais, associés aux grandes épidémies et à la maladie, les rats font peur, des vidéos circulant sur les réseaux sociaux ont poussé la maire de Paris, Anne Hidalgo, à prendre des mesures contre la recrudescence des rats ; depuis, de petits panneaux demandant aux utilisateurs de ne pas laisser traîner de nourriture dans le squares et parcs publics ont été apposés partout.



Derrière l’artisanat bien fait, le monde d’Aline Bouvy est plein de surprises

faisant fonction de carton d'invitation, est du Bouvy tout craché : punk toujours, elle est à la fois féministe engagée, assez rentre-dedans dans sa militance politique, et représentante de cet humour belge un rien subversif qui se déguste une bière dans une main et une frite-sauce-samurai dans l'autre.

Aline Bouvy, née en 1974 au Luxembourg, où elle passe une partie de son enfance, mais résidant et travaillant désormais à Bruxelles, on l'a connue en duo avec John Gillis, puis découverte une première fois en solo en 2014 chez Nosbaum-Reding, avec sa très puissante exposition *Politics of intimacy* en 2014, où elle montrait de grands tableaux noirs et blancs en linoléum et surtout un environnement infra-sonore qui vous prenait aux tripes. Mais Bouvy, il ne faut jamais la chercher deux fois au même endroit : cette fouguese touche-à-tout essaye tous les matériaux et toutes les techniques pour servir son art engagé, foncièrement critique du système capitaliste. Elle est passée de la peinture à l'huile par la vidéo, la broderie ou le collage à la sculpture et, depuis peu, la faïence.

Thématiquement, cette fois, c'est le consumérisme – ou la surconsommation plutôt – et le sexisme

qui y passent : les pizzas sculpturales blanches joliment présentées sur des plateformes en plexiglas sont décorées de morceaux de salami, de tomates, d'olives, de fromage... et de vagins et autres organes sexuels. Ces œuvres d'apparence si inoffensive parlent de manière presque subliminale de la marchandisation du corps humain, surtout celui de la femme, et des tendances cannibalistes du capitalisme. Idée poussée encore plus loin dans la dernière salle, avec cette installation formellement radicale : un mur de bottes de paille teintées en noir avec une fenêtre blanche dans laquelle trône une photo d'un spray « anti-cannibalisme » pour cochons – un spray réel qu'elle a trouvé dans un magasin pour éleveurs à la frontière belgo-luxembourgeoise. Il paraît que les cochons, omnivores (comme les rats), développent leur côté cannibale en captivité. Comme les hommes, qui s'aiment et se déchirent en couple, ou qui se dévorent l'un l'autre dans nos sociétés capitalistes. Une exposition manifeste.

L'exposition *People with vaginas* d'Aline Bouvy dure encore jusqu'au 13 octobre à la galerie Nosbaum-Reding, 4, rue de Wiltheim à Luxembourg ; ouvert du mardi au samedi de 11 à 18 heures ; [www.nosbaumreding.lu](http://www.nosbaumreding.lu)

Theater

# Nur noch Leere

josée hansen

Da steht er wieder auf der Bühne, beim Schlussapplaus der Premiere seiner Inszenierung von Büchners *Lenz*, am letzten Samstag in der Box des Schiffbaus (der zum Schauspielhaus Zürich gehört): Werner Düggelin, den seine Freunde zärtlich „Dügg“ nennen. Dass er wieder da steht, ist erstaunlich und rührend zugleich, denn der Regisseur ist in seinem 89. Lebensjahr, war letztes Jahr sehr krank und hat schon mehrmals angekündigt, er wolle aufhören, alles hinschmeißen, er habe endgültig die Nase voll vom Theater. Doch er kann es nicht lassen. *Lenz* ist seine 53. (!) Regiearbeit am Schauspielhaus Zürich, nach seinem Brel-Abend letzte Saison – damals wie jetzt mit seinem treuen Freund André Jung (siehe *d'Land* vom 26. Mai 2017). Die Arbeit interessierte besonders, weil Büchners Novelle derzeit sehr viel in Europa gespielt wird – oft von großen Schauspielern wie dem Belgier Johan Leysen unter Jacques Osinski zum Beispiel, oder dem Luxemburger Luc Feit unter Frank Feitler. Die Lust am Vergleich liegt also nahe: Was haben Altmmeister Düggelin und Büchner-Fan Feitler gemeinsam in ihrer Regiearbeit? Was unterscheidet ihre Lektüre?

Der Minimalismus ist es, der beide Inszenierungen verbindet. Frank Feitler brauchte im TNL nur sieben mit Eiswürfeln gefüllte Metalleimer, Werner Düggelin konnte in Zürich auf einen Bühnenbildner zurückgreifen: Raimund Bauer hat ein sehr reduziertes, lichtdurchflutetes Bühnenbild auf drei Ebenen gebaut, in dem man natürlich gleich die Hommage an Caspard David Friedrichs berühmtes romantisches *Eismeer* erkennt. Drei Möbelstücke aus massivem Holz für drei Schauspieler: Düggelin inszeniert den Text als Polyphonie, die sich nach der Einleitung durch Erzähler André Jung nach und nach verdichtet. Vielleicht gewinnt das Stück besonders in Zürich an Intensität, in der Stadt, in deren Spiegelgasse sowohl Lenz als auch Büchner zeitweilig gelebt haben und von wo aus Lenz ins Steintal im Elsaß zog – der Zug fährt einen ähnlichen Weg, die Gebirgskronen, die dunklen Wälder die Büchner in seinem Fragment so lange poetisch beschreibt sind dem Reisenden nicht fremd.

André Jung sitzt hinter seinem Pult, trägt seine Lesebrille und liest die Erzählpassagen in dieser ihm eigenen Manier vor, mit seinem einzigartig, fast schon wöllüstig gerollten „r“: wie Lenz am Leben verzweifelt, in die Berge zieht, um sich zu erholen,

## Altmeister Werner Düggelin inszeniert Büchners *Lenz* in Zürich als Polyphonie für drei Schauspieler

den Pfarrer Oberlin kennenlernt und Gott sucht. Oberlin, ein enthusiastischer Jirka Zett, gesellt sich zu ihm und erinnert sich an seine erste Begegnung mit Lenz, wie er ihm einwilligt, auch mal zu predigen, da die Leute ihn, Oberlin, und seine Sprache nicht zu verstehen scheinen. Lenz, im ständigen Wechselbad der Gefühle, mit viel Wärme gespielt von Jan Bluthardt, sucht Gott, *will* glauben. Doch wie kann dieser Gott das Leiden auf Erden ertragen? Lenz versteht nicht, dass der vermeintlich Allmächtige nicht alle Menschen zu retten vermag. Die beeindruckende Passage des toten Kindes in Fouday, das Lenz wieder zum Leben erwecken wollte, es jedoch nicht kann, wo er in den Himmel greift und „so der Atheismus in ihn“ gelangt, wird hier zurückhaltend vorgelesen, unterlegt von einem Männerchor vom Band, die Schauspieler jedoch haben die Bühne verlassen.

Werner Düggelins *Lenz* ist eine Chronik des Scheiterns und der Desillusion. Es ist ein Kommentar über unsere Gesellschaft, in der man an der Wirklichkeit verzweifelt, seinen romantischen Glauben an die Liebe, an das Leben und an Gott verliert und am Ende, wie Lenz, nur noch „alles so tut wie die Anderen“, sich anpasst, und in dieser existentiellen Leere, bloß noch weiterlebt. Lenz sei für ihn „was die Franzosen ‚un

Films made in Luxembourg

# Ënnerierdesch

Ënner de grouse Mythe vun der Lëtzebuenger Kultur geeschtert ëmmer erëm deen, dass et verkannte Genie mat Lëtzebuenger Wuerzelen am Ausland géif, déi hei leider ni Fouss ze faasse kritt hätten – wéi den Edward Steichen, zum Beispill, oder den Hugo Gernsback, a, méi no bei eis, de Michel Majerus. Dofir gëtt et ewell eng Kurs vun den Direktere vun de Kulturinstituter, fir deer „Genien“ ze fannen a se heiheem ze weisen, mat engem groussen „Tada!“ De Frank Hoffmann mécht dat reegelméisseg mat sengen *Auteurs en résidence* am Théâtre national, fir d'lescht mam Daniel Dumont, an de Guy Daleiden vum Filmfong kumm esou mam Marco Serafini geschlappt. Lëtzebuenger, 1956 gebuer, zanter de Siwenzecher Regisseur fir déi däitsch Televisioun, ënner anerem fir Krimiserië *wéi Polizeiruf 110* – mee bis viru kuerzem kaum bekannt zu Lëtzebuerg (ausser am Filmmilieu). De Serafini sollt endlech heiheem unerkannt ginn an huet rezent mat Hëllef vum Filmfong de Longmétrage *Toy Gun* verbrach. An en huet et fäerdeg bruecht, deem nämlechte Filmfong an RTL 2015 ee Konzept vun enger Sitcom, dat en zanter fofzéng

## Déi nei RTL Sitcom *Zëmmer ze verlounen* beweist, datt Lëtzebuerg pop-kulturell nach ëmmer zimlech hannendran ass

Joer am Tirang leien hat (wéi e selwer an engem Interview op der Télé sot), unzedréien. E guff, wéi och den Thierry Faber fir *De Bësch*, 2015 no engem *Appel à projets*, vun engem Jury zrëckbehalen a säi Produzent Calach Films krut dono eng Hëllef vu je ronn 575 000 Euro vun RTL a vum Filmfong fir d'Serie ze realiséieren. D'Idee dohannert wir, och „jonke“ Schauspiller a Regisseuren (ënner anerem dem Yann Tonnar) eng Méiglechkeet ze ginn, fir esou klassesch Fernsehformater ze probéieren, housch et. Ugangs dës Joers guff gedréint an zanter de Rentrée gëtt se op RTL gesend. A fir et direkt, jonk a kloer ze soen: et ass ënnerierdesch.

D'Geschicht ass déi vum Max Weber, dee vum onëmgänglechen, schrecklech glaten RTL-Star Tommy Schlessen gespillt gëtt, dee wëll Schauspiller ginn, mee näischt op d'Rei kritt an dofir säi Liewe verhonzt. Direkt an der éischter Episode, „Henri, de Psychiater“, verléisst seng Fra de Max an hien ass eleng an engem vill ze groussen, an haaptsächlech vill ze deieren Appartement. Seng opdrénglech Schwéiermamm (d'Fabienne Hollwege rett, wat ze retten ass), déi nach ëmmer bei him an- an ausgeet, wéi wa se doheem wir, réit him, dach e Sous-Locataire ze huelen, fir dass e selwer de Loyer ka bezuelen. Déi Astuce erlaabt et dem Dréibuch, an all Episode en anere komesche Kauz als Sous-Locataire anzeféieren an esou och all Kéiers déi neidech Clichéen a Witzer (Psychiater si selwer krank, Dokteren maachen den Job nëmme weinst den décken Autoen...). Mee scho wann nëmmen no e puer Sekonnen déi éischt Laacher vum Band kommen – wei deemools beim Al Bundy, mee dat war an den Achzeger – stinn engem d'Hoer zu Bierg. De Max wunnt an engem Appartement, dat natierlech kee Schauspiller am Chômage sech kéint leeschten, an esou enger grousser Luxus-Schungskëscht matzen an der Stad – mee wahrscheinlech war dat de Bäidrag vun de Sponsoren (eng Immobilienagence an e Miwwelgeschäft). D'Dialoge si mat den Hoer erbäigezunn, d'Geschichte langweileg, fir ze stierwen, an den Humor mol net um Niveau vun der *Lëtzebuenger Revue*. Do kann ee sech natierlech soen: och pop-kulturell ass Lëtzebuerg eben ëmmer e puer Joerzénkten hannendran. Mä dat do Format ass just erfonnt ginn, fir Reklammen ze plazéieren, an et fret ee sech wierklech, firwat Steiersuen an esou eppes musse gestach ginn. Besonnesch wa kee Geld méi do ass, fir Filmer mat enger kënschtlerscher Ambitioun. **josée hansen**



André Jung (vorne) als Erzähler, Jan Bluthardt (links) als Lenz und Jirka Zett als Oberlin

pur‘ nennen“, sagt Düggelin im Programmheft: „Uns interessiert an dieser Figur Lenz seine Absolutheit. Ich halte solche Menschen wie ihn nicht für verrückt. Sondern dass sind Leute, die absolut leben: im Glauben, in der Liebe, in der Ablehnung.“ Was soll man, was kann man auch anderes machen als verzweifeln, an Idlib, an Chemnitz, am Brexit, an Trump oder an Blocher? „Für mich, sagt Düggelin, ist eine Welt ohne Wunder eine graue Welt“.

*Lenz*, nach der Erzählung von Georg Büchner, Regie: Werner Düggelin; Bühne: Raimund Bauer; Kostüme: Sabrina Bosshard; mit: André Jung, Jan Bluthardt, Jirka Zett; im Schiffbau des Schauspielhaus Zürich bis zum 17. Oktober; [www.schauspielhaus.ch](http://www.schauspielhaus.ch).

Cinéma

## Hypertension

Dans son générique annonceur, Thomas Lilti, médecin généraliste et réalisateur de films (*Hippocrate*, 2014), nous révèle le thème de son nouveau long-métrage, une fois de plus situé dans le milieu médical : des photos de l'immense hall du Parc des expositions à Paris, dans lequel plus de 2 000 étudiants attendent nerveusement les questionnaires de l'examen qui conclut leur année préparatoire en médecine. Les grands bacs bleus scellés contenant les formulaires sont amenés par chariots pendant que les visages des aspirants trahissent la tension extrême par des regards vides, des soupirs ou des ricanements nerveux.

*Première année* suit l'amitié passionnelle de deux étudiants tentant de passer cette fameuse étape en médecine en se penchant sur leur provenance et leurs approches différentes. Antoine (Vincent Lacoste), issu d'une famille de classe moyenne, essaie pour la troisième fois d'obtenir un classement suffisant en première année afin de continuer en médecine et non pas dans une des autres matières proposées, comme pharmacie ou dentaire. Benjamin (William Lebghil), enfant de médecin qui sort du lycée a plutôt choisi ses études par filiation. Alors

### Première année de Thomas Lilti suit l'amitié passionnelle de deux étudiants tentant de passer cette fameuse étape en médecine



Vincent Lacoste et William Lebghil

qu'Antoine se remet à un régime de révisions assidu dès la rentrée, Benjamin prend tranquillement ses aises et affiche une attitude plus enjouée à l'égard du défi qui l'attend. Lorsque le novice est mieux placé dès la première épreuve, le comportement d'Antoine change et prend la direction d'une névrose.

Le troisième long-métrage de Thomas Lilti vit surtout de sa valeur documentaire. Les queues devant les amphis, la cohue poussant contre les portes fermées du hall pour accéder à l'affichage des résultats ou l'ampleur que prend la distribution de polycopiés ne sont que quelques exemples du stress généré dans un environnement ultra-concurrentiel. L'énorme différence entre le nombre de candidats et celui des places disponibles fait régner une nervosité palpable à tout instant. Du coup, même les moments de détente prennent des allures extrêmes, lorsque les étudiants hurlent de toutes leurs forces pour acclamer l'étudiante placée en tête du classement ou lorsqu'ils envahissent un cours déguisés et obligent le prof à chanter une chanson grivoise.

Au niveau de la dramaturgie, *Première Année* a plus de mal à convaincre. Le plaisir qu'on éprouve à voir jouer le jeune duo d'acteurs Vincent Lacoste et William Lebghil ne vaut pas pour l'intrigue. Des ficelles scénaristiques trop apparentes rendent l'histoire souvent prévisible et le développement du film, partant du drame pour se diluer dans une bromance plutôt légère, est décevant.

Au final, le point de vue du réalisateur/auteur n'est pas clair : critiquer l'absurdité d'un système transformant les étudiants en « machines à répondre aux questions », comme le dit Benjamin ou nous dire qu'avec le bon mélange d'acharnement et de distance objective, c'est faisable. En tant que patients potentiels, on se dit qu'il est plutôt rassurant de savoir que les futurs médecins doivent connaître leurs cours sur le bout des doigts. Fränk Grotz

## Musique classique

# Bons baisers de Russie

José Voss

De Paris à Istanbul, en passant par Bruxelles, Eindhoven, Athènes, Éphèse, Ljubljana, Salzbourg, avec, de surcroît, deux vastes tournées à travers l'Espagne (San Sebastián, Madrid, Valence, Oviedo) et l'Allemagne (Cologne, Francfort, Stuttgart, Dortmund, Hanovre, Düsseldorf), l'Orchestre Philharmonique du Luxembourg sillonnera sans relâche, cette saison, une Europe qu'il connaît comme sa poche. Cette itinérance, on la retrouve également dans le choix des programmes, avec des détours du côté de la Russie, de l'Allemagne et de la France éternelles. Et, avec au pupitre, un Gustavo Gimeno, qui tient bon la barre et qui, en poste depuis 2015, poursuit avec bonheur sa belle aventure avec notre National.

Le 14 septembre, à la Philharmonie, c'est au premier de la série des sept « Grands rendez-vous » de cette saison que la phalange maison nous invitait, avec son directeur musical, confirmé à son poste jusqu'en 2022, et qui imprime de plus en plus sa patte à une formation qui aura à cœur de fêter ses 85 printemps, tout en sachant également laisser sa baguette alerte, le temps d'une soirée, à des collègues de toutes les générations et de tous les horizons.

S'ouvrant aux sortilèges de *Jeu de cartes*, la scintillante musique de ballet trop rarement jouée de Stravinski, continuant par le si peu connu *Concerto pour violon* du même compositeur, et se refermant sur les accents grandioses de la *Symphonie n° 5* de Tchaïkovski, Gimeno et le National ont consacré comme de coutume toute leur énergie à défendre, à côté d'un « tube » immarcescible, des pages méconnues du grand répertoire.

L'orchestration brillante de la pièce dansante qui, avec ses citations de *La Chauve-souris* de « Roi de la Valse » et de *La Valse* de Ravel ainsi que du *Barbier de Séville* de Rossini, ouvre on ne peut plus joyeusement le bal et est l'occasion pour



Leonidas Kavakos et Gustavo Gimeno, déchaînés, avec l'OPL

l'OPL de briller, au travers de tous ses pupitres, de mille éclats.

Brillant par ses qualités d'écriture, le *Concerto* permet à Leonidas Kavakos de faire admirer toutes les potentialités du violon (accords, doubles cordes, trilles, harmoniques) en même temps que toute l'étendue de son talent. Davantage taillé pour l'athlétisme que pour la musique, ou en tout cas pour l'énorme contrebasse que pour le frêle violon, l'Athénien n'a guère le physique de l'emploi.

Sur son fameux et précieux « Willemotte », un Strad de 1734, ses doigts de géant courent pourtant avec une agilité phénoménale. Fort d'une liberté d'archet qui lui donne toute autorité sur son instrument, fort aussi d'une maîtrise technique qui suffirait à le placer au rang des plus grands,

l'homme n'en est pas moins avant tout musicien. Et cela s'entend. Quant à l'OPL, il est un vrai partenaire à part entière, et non pas un simple figurant ou faire-valoir qui suivrait le soliste comme un toutou son maître. Enfin, c'est avec le même art accompli que Kavakos a gratifié le public de deux bis, dont un, absolument sublime, de Bach.

À cette soirée il fallait une apothéose : ce fut la *Cinquième* de Tchaïkovski, une symphonie qui compte parmi les plus populaires du répertoire et qui est sans doute la meilleure symphonie du plus occidental des grands compositeurs russes. Russe, elle l'est par ses harmonies « barbares », ses rythmes débridés, ses couleurs excessives, ses sautes d'humeur (d)étonnantes. Les attaques des Océliens sont tranchantes, les crescendos convaincants, les pizzicatos sans le moindre flot-

### Avec le concours de Leonidas Kavakos, l'OPL fête Stravinski et Tchaïkovski

tement. Cette densité sonore n'exclut ni l'élégance (*Valse* du troisième mouvement), ni l'intensité expressive (chant d'amour poignant de l'*Andante cantabile*). La joie de jouer se lit sur le visage des musiciens, qui, tous pupitres confondus et hormis l'un ou l'autre menu décalage, font preuve d'un engagement sans faille. Quant au maestro Gimeno, déjà particulièrement volcanique – j'allais dire en temps normal –, est, ici, dé-chai-né ! Avec ses *tempi* forcenés, ses éclats ravageurs de fanfares cuivrées, ce Tchaïkovski espagnol, étincelant sans être clinquant, provocateur sans être racoleur, fait bel et bien dans le genre « excusez-moi, mais je vais vous déranger ». On adore cette manière de secouer le cocotier ! Enfin, que dire du National, sinon qu'il démontre une fois encore son étonnante faculté d'adaptation au style de chaque compositeur et de chaque chef.

## Theater

# Körper im Grün

Claude Reiles

Der Fahrer des Kollektivs Maskénada fährt die vorletzte Zuschauergruppe in die Wiltzer Kaul, wenige Meter von der Kulisse entfernt, vor der die zweite Folge des Projekts *Kaz am Sak* präsentiert wird. Die Grundsteine des nie fertiggebauten Sanatoriums ragen aus dem wildgewachsenen Grün der Walddlandschaft hervor. Darauf ist die Eisen-skulptur *Einblicke, Ausblicke, Durchblicke* von Edmée Marth aus dem Jahr 2006 schwergewichtig vernagelt. In die beschauliche Stille der Kaul tönen die fernen Laute eines Konzerts, die Stimme eines Ansagers, Verkehrsrgeräusche. Bisweilen kommen Zweifel auf, ob sie nicht doch zum Konzept der *Création collective et performance* von Luisa Bevilacqua, Frédérique Colling, Catherine Elsen und Piera Jovic gehören.

Ein erster Termin am 10. Juni musste wegen einer Sturmwarnung abgesagt werden. Die über wenige Wochen hin erarbeitete und mit den Mitteln des *Creative Writing* erweiterte Produktion *Sanity* nach Tullio Forgariini wurde dem Publikum schließlich am 9. September als Überraschungsei geboten. *Kaz am Sak* ist den Zuschauern im Sinne der Bühne, des Plots und des Ensembles völlig unbekannt. Lediglich die Stadt Wiltz wird als Gemeinde vorab angekündigt, deren historisches Vermächtnis als Fundament für die drei Theater-nachmittage dienen soll.

Im Bild der eben skizzierten Naturbühne formt sich eine Geschichte. Insgesamt lassen sich die dramaturgischen Stränge der Handlung von Forgariini *Sanity* nur in Ansätzen fassen. Der Autor hat sein Bühnenstück in die historische Geschichte um Leopold Richard eingebettet, der der Liga gegen die Tuberkulose im Jahr 1908 mit einer Spende von 100 000 Franken zum Bau eines Sanatoriums ver-half. Krieg und schlechte Planung ließen das Vorhaben jedoch zum Fiasko werden, und der begonnene Rohbau blieb als nie genutzte Ruine zurück.

### Im Rahmen ihres Projekts Kaz am Sak präsentiert die Vereinigung Maskénada das Stück Sanity und überzeugt vor allem mit Performance-Kunst

Die vier namentlich nicht genannten Darstellerinnen verkörpern eine Ärztin, die sich um eine junge Schwangere kümmert, sowie die später abgestoßene Tochter und eine Mitbewohnerin. Sie alle befinden sich im Sanatorium und versuchen jede für sich mit ihrer physischen und mentalen

Lage klarzukommen. Während die Tochter dem Umstand, von der eigenen Mutter aufgegeben worden zu sein, mit Spott begegnet, fliehen andere in die abgekapselte Welt der unnachgiebigen Musikbeschallung unter einem grellpinkfarbenen *Bluetooth*-Kopfhörer. Die Ärztin hingegen unterstützt die zweifelnde Mutter in ihrem Bestreben, das Kind abzugeben.

Der fünfzigminütige Theaternachmittag besticht insbesondere durch die Art und Weise, mit der sich Darstellerinnen samt Plastik und Naturkulisse in statischen und dynamischen Bildern in Einklang bringen. Während die Produktion rhetorisch zu versteift ist und mimisch weniger überzeugt, gewinnt die Handlung um die Grenzen von Krankheit und Seelenschmerz gerade dann an Schwung und Intensität, wenn die Darstellerinnen ihre emotionale Zerrissenheit tänzerisch performen. Der Einsatz ihrer Körper zu eingespielten Rhythmen lässt das emotionale Spektrum an Einsamkeit, Sehnsucht und Laszivität über den

Tanz sehr viel stärker vermitteln, als es mimisch je zu erkennen ist. Gerade in diesen Momenten verschmelzen natürliche Umgebung, Mensch und Kunstobjekt zu einer greifbaren Sprache.

Zu dieser Sprache des Tanzes gesellt sich auch eine Sprache der Stille. Wiederholt wird dem Zuschauer aberlangt, sich mit diesen minutenlangen Momenten auseinanderzusetzen. Ohne die Handlung gänzlich und konkret zu erfassen, werden diese abstrakten, emotionalen Kunstmittel so manchen Zuschauer im Publikum beeindruckt und ergriffen haben.

*Sanity* von Tullio Forgariini; eine Produktion von u.a. Maskénada und Hydre Editions; Technik von Raphael Gindt; künstlerische Leitung von Catherine Elsen; Darstellung und weitere Texte von Luisa Bevilacqua, Frédérique Colling, Catherine Elsen und Piera Jovic. Keine weiteren Vorstellungen. Die dritte Produktion des Projekts wird am 24. November aufgeführt. Informationen unter [www.maskenada.lu](http://www.maskenada.lu)



Im Bild der Naturbühne formt sich eine Geschichte



Art contemporain

# Franz West, l’anarchie en art

Lucien Kayser

Ce qui ressort en premier, frappe d'emblée dans l'exposition consacrée à Franz West au niveau 6 de Beaubourg, rétrospective de quelque 200 œuvres, c'est une sorte de jubilation. Et pareil enjouement, pareille joie vive carrément, s'avère bien sûr expansive, saisit le visiteur au long des salles, n'est-il pas invité très vite à se saisir des *Passstücke*, pièce en plâtre avec une tige de métal, prothèses blanches, pour en jouer ensemble avec son propre corps ; il lui est même donné de le faire en toute discrétion, ou intimité, dans un box au rideau tiré. Et plus loin, jusqu'à la sortie, les sculptures-meubles sont là, telles assises en métal pour le moins, où il peut s'asseoir, comme sur les divans recouverts de tapis plus ou moins élimés, connus depuis une lointaine *Documenta*.

Voilà pour ce côté expansif, dans un certain sens, l'exposition a le même caractère dans le fait de s'être étendue. Les sculptures monumentales de l'artiste autrichien ont investi le Marais, une boule au musée national Picasso, des formes plus tarabiscotées au musée Cognacq-Jay, à la bibliothèque historique de la Ville de Paris. Leurs cours ou jardins, d'un coup, se sont mis à prendre une tout autre allure, plus vivante, anarchique, contre la belle et rigoureuse ordonnance architecturale. Car là on l'on introduit Franz West, il ne subsiste plus de règle, son art tire sa beauté de cette négation, de la confusion. D'où poussent les fleurs les plus inattendues.

Avant les *Passstücke*, ce sera pour les années 1970, Franz West, de son vrai nom Franz Zokan (avant qu'il ne reprenne le nom de sa mère), né en 1947, commence par régler ses comptes avec ce qu'il trouve autour de lui, à Vienne, l'art nouveau, l'actionnisme (qu'il rejette, le trouvant trop violent). Cela donne des dessins de très petit format, à la manière de, *Mutter Kunst*, dit-il, de l'art pour faire plaisir à sa mère, pour lui montrer qu'il travaille, alors qu'il considère comme idéal de ne rien faire et



*Passstücke*, en couleur mais sans utilisation

de pouvoir en vivre. Ce qui ne l'empêche pas de faire preuve d'une invention incensante, quelque 6 000 pièces répertoriées, essayant dans toutes les directions, où si souvent l'art et la vie se rejoignent.

Après les *Passstücke*, c'est la couleur qui s'introduit, souvent d'ailleurs des artistes amis la mettent sur les sculptures appelées légitimes. Et là, en plus de la coloration, et des formes incongrues du papier mâché, on s'arrête au jeu multiple, varié, des socles ; il en est de toutes sortes, et s'il peut encore y en avoir faits d'un bloc de bois, peint en blanc ou en gris, ailleurs des objets en tiennent lieu, pots de peinture vides, fers à béton tordus... Franz West fait socle de toute chose, et va jusqu'à inverser les rôles : dans la collaboration avec Heimo Zobernig, voilà que des socles se dressent sur les œuvres de West, sur une sculpture, sur une peinture, « le signe d'une grande ouverture d'esprit », commente Zobernig.

À côté de *Gruppe mit Kabinett*, des sculptures comme malaxées placées sur des tables, vous avez pris place sur des *Knotzen*, en aluminium laqué ; la langue autrichienne a de ces expressions, même si l'on n'y est pas tellement à l'aise pour se vau-



*Lemurenköpfe*, dans leur alignement

trer (et puis on est dans un musée). On ne le fera guère non plus sur les *Cool Books*, devant les *Lemurenköpfe* (il en est placés sur le Stubenbrücke à Vienne), dont Franz West voulait qu'on remplit les gueules de détrit. L'irrévérence fait partie de cet art, et l'impertinence des nombreuses peintures, collages plutôt, à partir de pages de magazines, où une vingtaine d'œuvres mises ensemble sur un mur portent comme titre *l'Art pour l'art* ; il est vrai que le visiteur reste extérieur, rien à manipuler, pas de quoi prendre place.

Dans *Psyche*, au contraire, si West joue encore sur les mots, et Freud est son référent si souvent, on est deux à pouvoir s'asseoir devant, avec l'image renvoyée et multipliée : *So wie der Gedanke zur Skulptur flieht...* Course ou fuite toujours passionnante, d'un bout à l'autre d'un œuvre libéré de toute contrainte, s'épanouissant dans le plus total ludisme (poussé à un point tel qu'il en acquiert une rigueur indéniable).

L'exposition Franz West au Centre Pompidou Paris dure encore jusqu'au 10 décembre ; [www.centrepompidou.fr](http://www.centrepompidou.fr)

Theatersaison 2018/19

## ... und dann, Herr Weltenbrand?

Claude Reiles

Die Frage nach der Rolle des Theaters in der Konfrontation mit dem Tagesgeschehen wirft Intendant Frank Hoffmann auch anlässlich der Vorstellung des TNL-Programms 2018/2019 am 12. September auf: „Einem Archäologen gleich erforscht es die Ruinen“, um sodann wie ein Zauberer „die Vergangenheit zurechtzurücken, neu zu erfinden“.

Gerade dann, so sehen es die Verantwortlichen des Théâtre National du Luxembourg, wenn kriegerrische Konflikte nicht mehr im Fokus der Öffentlichkeit stehen, wenn selbst die krudesten Verbrechen abstumpfen, die Kameras eingepackt werden, gerade dann müsse „das Theater das Wort ergreifen“. Thematisch kommt keine Bühne mehr umhin, sich mit dem grassierenden Nationalismus zu befassen, doch auch der vor hundert Jahren endende Erste Weltkrieg findet ein Forum in der Avenue du X Septembre. Kapitalismuskritik darf man als Dauerthema oder als alten Hut verstehen, ein Pfeiler der anstehenden Saison bleibt sie trotzdem.

In den Monaten Oktober, November und Dezember widmet sich Anne Simon mit Lars Werners *Weißer Raum*, Preisträger des Kleist-Förderpreises 2018, dem Nationalismus. In diesem so genannten *Well-Made Play* setzt sich das Ensemble sowohl mit der Objektivität gutmenschlicher Sichtweisen als auch mit der Rolle des Staatsschutzes im Hinblick auf die rechte Szene auseinander. Diese Koproduktion mit Recklinghausen wirkt vielversprechend.

Dazu passt ebenfalls die hauseigene Produktion *L'île sauvage* nach Motiven von William Golding, Robert Louis Stevenson und Daniel Defoe. Serge Wolfsberger betrachtet darin die Entstehung neuer Zivilisationen im apolitischen Raum, deren Auswüchse an Ausgrenzung und Machtstreben an die derzeit wuchernden Strukturen tatsächlicher Gesellschaften erinnern. Zehn Jungen und



Ulrich Gebauer, Wolfram Koch (links), Jacqueline Macaulay und Maik Solbach in *Der Spieler*

Mädchen werden im Mai in dieser von Gianfranco Celestino choreografierten Produktion teilnehmen, für die am 20. Mai auch eine Schulvorstellung angedacht ist.

Die unmittelbare kriegerrische Auseinandersetzung findet in diesem Jahr jedoch ganz besondere Beachtung. Die Uraufführung von Wolfsmeils Rockmusikdrama *Wilhelm II. The crazy antiwar history rallye* inszeniert Stefan Maurer.

Im November wird das Publikum eingeführt in die dramaturgisch bisher wenig berücksichtigte Biografie des letzten deutschen Kaisers und dessen Zwiespalt zwischen Minderwertigkeitskomplexen und selbstherrlicher Machtgier. Brigitte Urhausen steht mit auf der Bühne in diesem auf dokumentarischer Recherche gründendem Projekt.



### Frank Hoffmanns erstes TNL-Programm nach seiner Zeit in Recklinghausen hat als Schwerpunkte unter anderem den Ersten Weltkrieg und Kapitalismuskritik

Sarah Grunert spielt darin eine Pilotin der US-Luftwaffe, die in ihrem Monolog sowohl die pervertierten Eigenarten eines digitalisierten und entmenslichten Dronenkrieges als auch die problematische Rolle der Frau innerhalb chauvinistischer Militärzirkel reflektiert.

Mit dem zwischenmenschlichen Krieg in Yasmina Rezas *Le Dieu du carnage* schließt Regisseur Frank Hoffmann das Thema ab. Musiker René Nuss und Bühnenbildner Christophe Rasche sind die ersten Namen, die mit dieser im März und April vorgestellten Produktion in Verbindung gebracht werden können. Details folgen.

Aus dem Programm an etwa 20 Produktionen sticht – wie bereits erwähnt – das Thema des Kapitalismus heraus. Mit der Kreation *Die Spieler* zu

Dostojewskis gleichnamigem Roman lässt Regisseur Frank Hoffmann zum einen eine Farce um Geld, Armut und Intrigen aufleben, gönnt sich zum anderen aber auch eine Hommage an die Ruhrfestspiele, für die er ab 2004 tätig war, indem er die Darsteller dieses Ensembles (darunter Wolfram Koch) reihenweise auftreten lässt.

Doch auch Henrik Ibsens *Peer Gynt* findet im Februar seine Bühne. In einer Produktion des Theaters an der Ruhr inszeniert und mimt der italienisch-deutsche Regisseur diese Geschichte um einen verblendeten Träumer und Lügner, der aus seinem tristen bäuerlichen Nest auszieht, „um Kaiser der Welt zu werden“.

Mit Rafael David Kohn stellt das Theater den diesjährigen *Auteur en résidence* vor, der seine Theatertätigkeit als Techniker am Théâtre du Centaure begann und mittlerweile mehr als 20 Bühnenstücke verfasst hat. Kohn freut sich darauf, nach mehreren Inszenierungen, wie *Flaschenbrand* in Luxemburg oder *Bushmeat* in Gera, als diesjähriger Hausautor im Team an einem weiteren Text mitarbeiten zu dürfen.

Abschließend sei noch mit der szenischen Lesung *Fensterdall* von Pol Greisch an eine Hommage an den vor zehn Jahren verstorbenen Thierry van Werveke erinnert. Frank Hoffmann, Christiane Rausch, Nicole Max und Serge Tonnar lesen im Oktober.

Mit dem Streichquartett Quatuor de Luxembourg im Dezember und der Schlagzeugin Louisa Marxen im Januar sowie der Wiederaufnahme der herrlichen Hommage *Beethoven. Von Herzen – möge es zu Herzen gehen* mit André Jung und Jean Muller lässt sich das anstehende Programm des TNL musikalisch abrunden.

Weitere Details: [www.tnl.lu](http://www.tnl.lu)



Grand entretien avec le chercheur italien expert en migrations Ferruccio Pastore

# « La crise des migrants est une crise de la gouvernance européenne »

Interview : Fabrice Montebello

**Arrivé à la tête du ministère de l'Intérieur italien au mois de juin dernier, Matteo Salvini, le dirigeant du parti d'extrême-droite la Lega, a réussi à relancer « la crise migratoire » en Europe, alors même que les flux d'arrivées sur les côtes italiennes ont considérablement baissé. Comment expliquer ce paradoxe ? Un entretien avec le directeur du Fieri (Forum Internazionale ed Europeo di Ricerche sull'Immigrazione), Ferruccio Pastore.**

d'Land : *De quel moment date ce que l'on a appelé la « crise migratoire » en Europe ?*

Ferruccio Pastore : La réponse dépend vraiment de la perspective adoptée. Pour l'Italie, c'est une question centrale depuis plusieurs années, notamment depuis 2011, année du Printemps arabe qui a un peu bouleversé tout le système de contrôle des populations établi par l'Europe, et par l'Italie, avec les régimes autocrates présents sur l'autre rive de la Méditerranée. En 2011, cette « ceinture de sécurité » a perdu l'anneau central de la chaîne, c'est-à-dire la Lybie de Kadhafi. L'utilisation du mot « crise » date de cette période, et s'impose deux ans plus tard, lors du terrible naufrage de Lampedusa du 3 octobre 2013<sup>1</sup>. C'est un des nombreux, mais aussi un des plus impressionnants drames de cette immigration clandestine qui a convaincu le chef du gouvernement italien de l'époque, le président du conseil Enrico Letta (centre gauche) de lancer une opération de sauvetage d'envergure, à une plus grande échelle de ce qui existait auparavant et qui a été appelé Mare Nostrum.



Ferruccio Pastore

Pour le reste de l'Europe, la crise des migrants est plus tardive. Elle date du moment où des migrants qui n'étaient ni prévus, ni attendus, commencent à arriver au sein du pays hégémonique en Europe, c'est-à-dire en Allemagne. Et comme l'Allemagne contrôle l'agenda européen, c'est là que la crise, qui était une crise régionale italienne, devient une crise européenne.

Mais si on s'en tient aux chiffres, les faits ne sont pas sans précédents. On compte de 2011 à nos jours près de 750 000 personnes débarquées sur les côtes italiennes (cf chiffres du graphique 1). Lors de la guerre et de la dissolution de l'ex-Yougoslavie au dé-

but des années 1990, nous avions des chiffres comparables. Si l'on rappelle les efforts considérables d'autres pays (3,5 millions de réfugiés Syriens en Turquie, 1,5 million au Liban, 600 000 en Jordanie), l'alarme européenne en matière de « crise migratoire » a quelque chose d'assez incompréhensible.

Cela nous permet d'affirmer que nous avons moins affaire à une crise structurelle démographique ou économique qu'à une crise culturelle et politique de gouvernance de l'Europe. Les outils de régulation et les cadres interprétatifs avec lesquels l'Europe avait cru, pendant quelque temps, contrôler la question de l'immigration imprévue ne sont plus adéquats. En ce sens la crise au niveau européen date de 2015. Puis il y a eu une période d'affolement et de vide stratégique, où les décideurs politiques européens à tous les niveaux – y compris Angela Merkel, avec son « stop and go » sur l'ouverture et la fermeture des frontières – étaient désemparés. Cette situation a été temporairement arrêtée suite à l'accord avec la Turquie en mars 2016. Et pendant quelque temps on a eu l'impression que la crise pour Bruxelles et Berlin était résolue. En Italie ce n'était pas du tout le cas. La crise des migrants continuait et le pays a été plus ou moins forcé de trouver des solutions propres et unilatérales, enfin, bilatérales, au moins avec la Lybie. Et c'est Marco Minniti, le ministre de l'Intérieur du dernier gouvernement de centre gauche, qui a établi ces accords très controversés avec un certain nombre de centres de pouvoirs libyens qui ont en effet permis une chute des arrivées.

*Le nombre de migrants qui ont débarqué sur les côtes italiennes est passé de 181 000 en 2016 à 119 000 en 2017 et à environ 20 000 pour les huit premiers mois de l'année 2018 (voir graphique 1). Matteo Salvini, arrive au ministère de l'Intérieur au mois de juin. Il se présente en stoppeur de l'immigration et déclenche des polémiques européennes, alors même que les flux des migrants ont considérablement baissé.*

En fait, nous avons une crise purement endogène au système politique pluriel européen. Cette crise a été déclenchée par deux ministres de l'Intérieur à Berlin et à Rome, Horst Seehofer et Matteo Salvini, qui pour des raisons différentes ont pensé qu'il était nécessaire de sonner l'alarme. Salvini avait besoin de consolider son succès électoral et de détourner l'attention des électeurs des promesses faites en campagne électorale et totalement inapplicables. Ici, « l'immigration » est un cas exemplaire de ce que les Américains appellent ironiquement « Mass Distraction Weapons ». Seehofer doit faire face à de futures élections régionales en Bavière et il a très peur que son parti (la CSU) perde sa primauté et sa place de premier parti dans la région. Nous sommes ainsi entrés cet été dans une nouvelle période de crise et d'alarme et on nous parle d'une immigration hors contrôle, d'une criminalité (liée à cette immigration) qui augmente, etc. – de toute une série de discours qui relient entre elles la rhétorique de Salvini en Italie à celle de Orban en Hongrie, voire de Trump aux États-Unis. Dans le domaine des migrations, il est possible de construire



Des migrants sur un radeau de fortune sauvés par la garde-côte italienne, en 2014

## « Nous sommes entrés cet été dans une nouvelle période de toute une série de discours qui relient entre elles la rhétorique de Salvini en Italie à celle de Orban en Hongrie, voire de Trump aux États-Unis. »

une réalité alternative et de la maintenir vivante dans les esprits des électeurs, du moins de certains d'entre eux et toutes contradictions, toutes preuves, tous discours d'experts ou de chercheurs sont plus ou moins impuissants à corriger cette perception.

*Quelle est la réalité de l'immigration en Italie et en quoi Salvini se différencie de ses prédécesseurs dans ce domaine ?*

On compte plus de cinq millions d'étrangers en Italie (sur une population totale de 60,5 millions d'habitants – voir graphique 2) la plupart en situation régulière. De 2011 à aujourd'hui, il y a eu 750 000 personnes débarquées en provenance de la Méditerranée et cela représente un sous-ensemble de l'immigration parce qu'au total l'immigration en Italie dans ces six années a été environ de deux millions de personnes ; et la plupart de ces deux millions de personnes ne sont pas arrivées par bateaux mais dans le cadre du regroupement familial des anciens immigrés, de ceux qui étaient venus en Italie attirés par notre économie dans les années 2000. L'Italie est un pays qui continue à avoir un solde migratoire net positif. L'an dernier encore, on a enregistré 200 000 nouvelles résidences de personnes étrangères. Ce qui est plus important que les débarquements. C'est d'ailleurs au second gouvernement de Silvio Berlusconi, en 2002, avec un autre ministre membre de la Ligue du Nord (Roberto Maroni, ministre du Travail et des Politiques sociales), que l'on doit la plus grande régularisation jamais réalisée en Europe (égale peu de temps après en 2005 par l'Espagne), soit 647 000 immigrés. Dans ce contexte, « les 500 000 expulsions » promises par Salvini dans son programme sont fantaisistes et irréalisables. Les expulsions sont complexes et coûteuses. Elles n'ont jamais représenté plus de six pour cent des immigrés réguliers, sauf en 2004 (quatorze pour cent de la population immigrée régulière et 35 000 personnes en valeur absolue), qui faisait suite justement à la grande opération de régularisation du deuxième gouvernement Berlusconi. Le discours qui distingue depuis une trentaine d'années une immigration positive d'une immigration négative a pu satisfaire aussi bien le libéralisme de la droite modérée que celui d'une partie de la social-démocratie (l'idée c'est qu'on régularise ceux qui travaillent). Et « l'immigration choisie » de Sarkozy à Macron s'inscrit encore dans cette rhétorique. Avec Salvini, de l'immigration, on n'en veut pas du tout. Et c'est cela qui a changé.

*Pour les Italiens comme pour l'opinion publique européenne, il est difficile de distinguer entre migrants, réfugiés, travailleurs immigrés, réguliers ou clandestins. Celle ne fausse-t-il pas la perception du phénomène migratoire ?*

Les crises géopolitiques libyennes, syriennes, tוניsiennes, etc., et la dimension spectaculaire des débarquements ont masqué l'autre changement structurel important : la crise économique de 2008. Celle-ci a non seulement modifié les équilibres économiques, mais aussi migratoires.

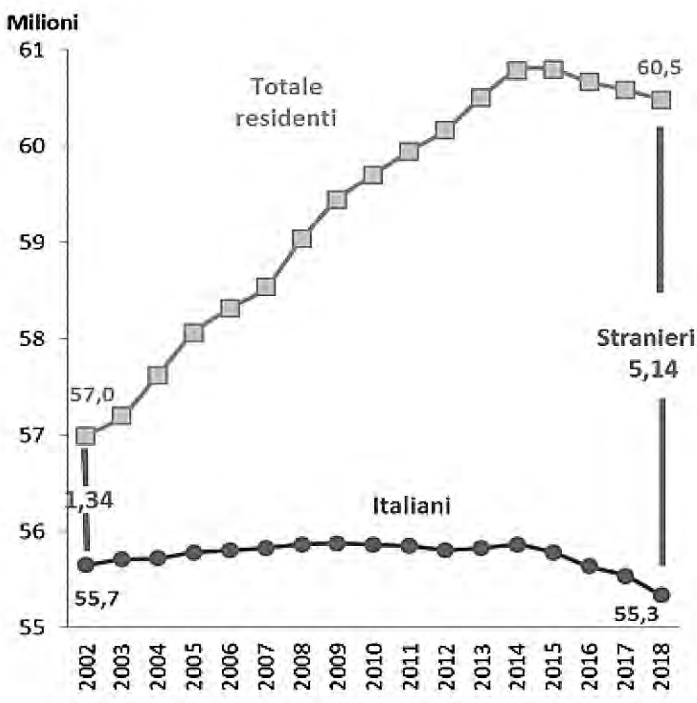
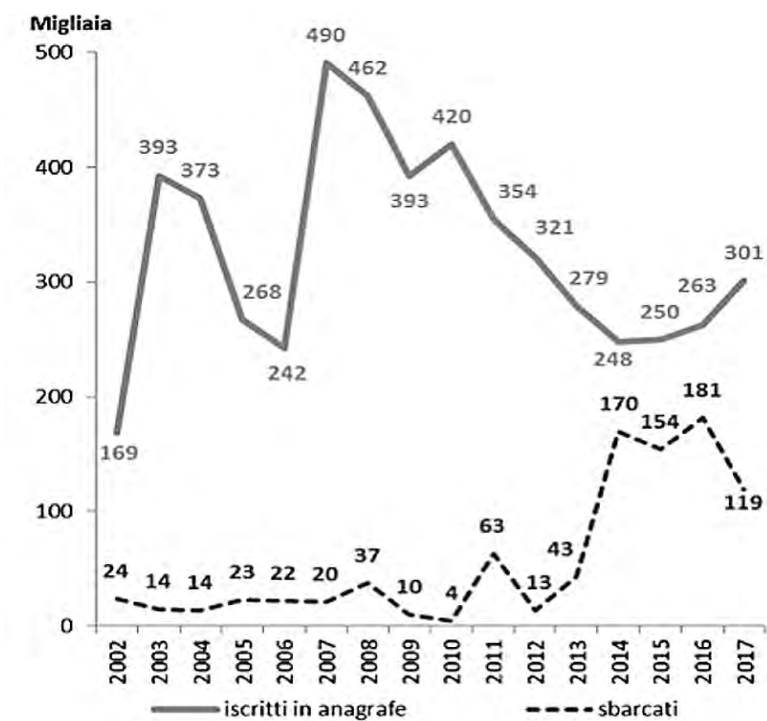
Dans la décennie qui a précédé la crise de 2008, les plus grands États d'immigration en Europe étaient

l'Espagne et l'Italie. L'immigration largement irrégulière était très rapidement régularisée, car il y avait un marché du travail qui fonctionnait et qui intégrait sans politique d'intégration ; il intégrait dans des positions subordonnées mais plus ou moins stabilisées. Et cela ne représentait pas seulement une intégration sociale mais aussi une stabilisation démographique. Ici, nous parlons de dix à douze millions de personnes si on considère l'ensemble des pays d'Europe du Sud, l'Italie, l'Espagne, mais aussi la Grèce et le Portugal. Des migrants arrivaient du Sud et de l'Est et trouvaient dans l'Europe du Sud, de quoi satisfaire leurs besoins. Ils n'étaient donc pas poussés à poursuivre le voyage vers l'Allemagne ou la Suède. Cette ceinture de stabilisation économique et démographique qui se trouvait en Italie et en général dans le sud de l'Europe s'est cassée avec la crise. En se brisant, elle a révélé la fragilité du modèle économique et social des pays d'Europe du Sud qui n'avaient pas su moderniser leur système productif.

Une immigration « low cost » s'est développée dans un contexte où le travail est toujours moins rétribué, surtout pour les travaux les moins gratifiants que les natifs refusent d'occuper. Avant 2008, l'Italie était le seul pays d'Europe qui possédait une corrélation négative entre croissance et immigration. Ce phénomène étrange était compensatoire de la baisse démographique du pays, de sa perte de compétitivité. L'immigration était comme une béquille car elle servait à tenir debout un pays qui n'avait plus de forces suffisantes. Toujours est-il que la crise de 2008 a réduit la capacité de fixer les immigrés, de les retenir. Cela a transformé l'Europe du Sud en couloirs de transit et rendu visibles les migrants dans l'ensemble de l'Europe, du Sud au Nord. La paupérisation des migrants n'a pas pour autant provoqué leur retour dans leur pays d'origine. C'est un autre paradoxe intéressant à noter. Tout le monde pense que la majorité des migrants sont irréguliers. Or les travailleurs immigrés du passé, qui venaient en situation irrégulière à la recherche de travail, ne le font plus car il n'y a plus vraiment de travail. Celui-ci a été pris par les demandeurs d'asile et les réfugiés qui sont, par définition, réguliers tant qu'ils ne sont pas déboutés.

<sup>1</sup> Le 3 octobre 2013, un bateau transportant 500 migrants clandestins africains fait naufrage à quelques kilomètres de l'île sicilienne de Lampedusa, la pointe la plus avancée du territoire italien au sud de l'Europe (à 200 kilomètres de la Sicile et 113 kilomètres des côtes tunisiennes). Le naufrage provoque la mort de 366 personnes.

Graphiques issus de Salvatore Strozza : « L'imbroglia statistico : i dati della propaganda politica contro gli stranieri (e gli italiani) », in : *Neodemos*, 04.09.2018 ; [www.neodemos.info](http://www.neodemos.info)



À gauche : étrangers inscrits au bureau de la population/registre d'état civil et étrangers débarqués (source : pour les inscrits Istat, Institut national de statistique, pour les débarqués ministère de l'Intérieur italien). Figure à droite : évolution de la population résidente italienne selon la citoyenneté (Istat)

# STIL

## Ode au vin

Salomé Jeko

« Un verre de vin à chaque repas, c'est ça le secret ! », clame ma grand-mère, 85 ans, une pêche d'enfer. Un conseil paraît-il prodigué par son médecin traitant et suivi à la lettre – pour une fois sans protestation – par sa fille, ma mère... qui en a d'ailleurs fait son argument de vente dans sa sommellerie ! À chaque réunion de famille, le vin est au cœur de l'attention. On juge sa robe, on commente son nez, on évoque sa bouche... puis on le goûte, chacun à sa façon. Moi, comme un bonbon, mon père avec quelques rondelles de saucisson et mon mari avec une bruyante aspiration. Toute une histoire, cette première gorgée...

Alors à l'heure où les raisins charnus des vignes ne demandent qu'à être vendangés – et où les dépliantes des foires au vin envahissent mon courrier – j'ai eu envie, moi aussi, de rendre un hommage écrit à ce divin breuvage. Enfin divin, ça se discute, car avouons-le, durant l'été, le vin a comme un petit coup dans le nez... Probablement étourdi par tout ce soleil, il entreprend, au péril de son identité, de partager son verre avec tout et n'importe quoi. Le voilà qui se frotte à des amas de glaçons, à des arômes de pamplemousse ou à des monticules de fruits coupés qui se mettent alors à l'appeler « sangria »... Loin de jeter la pierre à ces tentations estivales auxquelles on a tous un jour succombé, force est de constater que septembre remet tout le monde sur le droit chemin. Et tandis que les vignerons remplissent leurs cuves, nous remplissons nos caves...

Mais « pourquoi tant d'amour ? » me suis-je demandé l'autre soir sur ma terrasse, alors que je faisais langoureusement tourner mon verre de rouge dans ma main. Car c'est vrai au fond, hormis son bon goût, sa douce chaleur réconfortante, comment se fait-il que le vin fasse tant d'émules et ce depuis la nuit des temps. Car le vin ne connaît pas la crise – si l'on exclut toutefois le phylloxéra, l'insecte qui décima une grande partie du vignoble européen à la fin du XIX<sup>e</sup> siècle.

### « Un verre de vin par jour éloigne le médecin pour toujours »

Pour comprendre, revenons-en donc à ma grand-mère et à sa conviction profonde : « Un verre de vin par jour éloigne le médecin pour toujours ». Quelques recherches plus tard, il semblerait que cette affirmation soit loin d'être fausse : les polyphénols du raisin et l'alcool issu de leur fermentation confèrent au vin des vertus intéressantes. Ces dernières seraient d'ailleurs à l'origine de bon nombre de croyances populaires en faveur de Dionisos. Vraies ou fausses ? Tour d'horizon...



Salomé Jeko

#### Véridique : « le vin favorise la détente »

« Le vin fait maigrir ». En effet, il paraît que certains de ces fameux polyphénols précédemment cités transforment les graisses tenaces en graisses plus faciles à éliminer... un argument qui fait mouche en cette période post-Schueberfouer : 1-0 pour le vin. « Le vin est bon pour le cœur » : exact, il réduirait de vingt pour cent le risque d'accident cardio-vasculaire. 2-0 pour le vin, à condition bien sûr d'y aller mollo sur le saucisson... « Un verre par jour permet de lutter contre la dépression » : beaucoup oublient de spécifier que plusieurs verres favorisent au contraire l'état dépressif. Dans le même genre, « le vin rebooste ». Ou endort, là encore, tout est question de dosage. 2-0 statu quo.

Très véridique par contre : « le vin favorise la détente ». La jeune maman que je suis ne peut que confirmer : le vin augmente la production d'endorphines et provoque une relaxation immédiate...

3-0 bien mérité. Moins convaincant par contre, « le vin préserve la mémoire » – et les *blackouts* de nos pires soirées, on en parle ? Par contre « Le vin donne plus de goût au repas », c'est bien vrai. Grâce aux propriétés astringentes de cette boisson, notre palais parvient en effet à mieux percevoir la saveur des aliments. Et ça franchement, ça vaut carrément deux points : 5-0 pour le vin, en toute objectivité.

Bien sûr, je vous entends déjà me conseiller de mettre quand même un peu d'eau dans mon vin et de rappeler ici que celui-ci reste avant tout un alcool, à l'origine aussi de bien de maux et de morts, et qu'il se consomme donc avec modération. Toutes ces croyances et points marqués ne pèsent pas lourd par rapport aux conséquences d'une surconsommation régulière en la matière, donc pour mettre tout le monde d'accord, rappe-

lons ici cette recommandation de l'Organisation mondiale de la santé : « Au-delà de deux verres de dix centilitres par jour pour une femme, trois verres pour un homme, les effets négatifs l'emportent sur les effets positifs ». Ma grand-mère est dans les clous, je suis rassurée.

En cette rentrée déjà fort chargée, je reste néanmoins d'avis qu'il vaut mieux voir son verre à moitié plein qu'à moitié vide, question de philosophie. Avant que Beaujolais nouveau, embaumant la banane et l'exotisme chimique, fasse fuir les amateurs de bons crus et que le vin chaud saveur cannelle mettent à mal les meilleurs cépages, profitons des foires, des portes-ouvertes de caves et des fêtes viticoles de l'automne pour appliquer le conseil bien pensé d'Emile Peynaud, père de l'œnologie moderne : « Buvoons peu mais buvoons bon pour boire longtemps ».

#### L'endroit



Pour tous ceux qui sont originaires du coin Niedercorn-Lasauvage-Rodange, le café-restaurant **Bei der Giedel** est toujours resté un vrai écrin de nostalgie. De longues promenades du dimanche dans les bois et le long de l'ancienne ligne de chemin de fer sont restées ancrées dans leur mémoire, avec comme chute cette traditionnelle visite du petit café boisé où l'on se régalaient de tartines au jambon ou au *Kachkéis*. Le café a connu ses hauts et ses bas, mais bénéficie enfin d'un regain de vitalité après quelques années mornes et sans relief. Un boucher et un boulanger du coin se sont associés pour donner un nouvel envol à ce lieu *cosy* qui avait fini par avoir du plomb dans l'aile. Il est vrai que la cuisine continue d'offrir un choix hyper-basique, avec des tartines, des salades et surtout beaucoup de viande. Laquelle est de très bonne qualité, mais il faut dire que ni les amuse-gueules sans inspiration ni la salade à grandes feuilles et sans vinaigrette ne nous ont vraiment enchantés. S'il reste de sérieux efforts à faire de ce côté-là, nous décernerons une mention spéciale au service très avenant, souriant et rapide. Attention, par contre, lors de la réservation, le propriétaire précédant s'étant installé à Lasauvage en y emmenant le nom du local. S'il y a désormais deux « Bei der Giedel », il n'y en aura jamais qu'un seul authentique : celui de Niedercorn (tél. : 24 55 87 92 ; photo : GD).

#### L'objet

Ses **bavoirs pour enfants** jusque deux ans et demi sont irrésistiblement charmants. Surtout ceux ornés d'une cravate ou d'un nœud papillon, qui transforment Junior en vrai gentleman. Au Luxembourg House, vous les trouverez dans toutes les couleurs. Mais comme ce n'est pas le seul objet séduisant fabriqué par la créatrice, mieux vaut se diriger droit vers le siège de Stuff 4 kids by Loulou au 15, rue d'Ospern à Rédange. Ou vous trouverez, outre les bavoirs style grand gala, d'autres bavettes ornées d'un collier pour les demoiselles ou d'un hibou unisexe. Loiseau aux grands yeux, on peut aussi l'emmenner sous forme de doudou. Côté jouets, Loulou a imaginé une maison de poupées et un garage, avec voitures et accessoires, l'ensemble étant entièrement réalisé en tissu. Au rayon accessoires, de jolis sacs attendent mères et filles, l'extérieur étant fabriqué dans un tissu uni, l'intérieur à motifs joyeusement colorés. Des tapis de jeux et couvertures (de picnic) existent dans différentes tailles et sont couverts de jolis dessins enfantins. La plupart des objets sont personnalisables et peuvent être taillés sur mesure. (Pour prendre rendez-vous, téléphoner au 691 790 108 ou envoyer un message via le site [www.stuff4kidsbyloulou.com](http://www.stuff4kidsbyloulou.com)). GD



## Entre chien et loup

On appelle « entre chien et loup » le moment qui précède le crépuscule, l'heure de tous les dangers quand les contours des choses s'effacent et qu'on voit les loups garous sortir de leurs repaires et les feux follets s'allumer dans les sous-bois.

Dans son livre porté par un souffle narratif exceptionnel, l'historien Henri Wehenkel dresse le portrait de seize Luxembourgeois pris dans l'engrenage de la Collaboration –

grands bourgeois, ouvriers montés en grade, journalistes *völkisch*, cadres techniques ambitieux, artistes conformistes... L'auteur pénètre jusqu'aux niveaux des enjeux, des lieux de décision, des endroits où les chemins se séparent et où il faut choisir. Le livre donne à sentir ces choix dans toute leur urgence sans pour autant faire de jugement de valeur. Il s'agit, selon l'auteur, d'« éclairer les recoins obscurs de la société luxembourgeoise ».

Le livre de 304 pages richement illustré et qui se base sur une série d'articles du *Lëtzebuurger Land*, est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur [www.land.lu](http://www.land.lu), par téléphone 48 57 57-32, courriel [land@land.lu](mailto:land@land.lu) ou fax 49 63 09.